

Preußische Allgemeine

Nr. 2 · 15. Januar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Eine Reichsgründung und ihre Folgen

Betrachtungen zum 18. Januar 1871 und zu dessen Bedeutung für unsere Gegenwart **Seite 1 und Sonderbeilage**



Analyse Die USA vor dem Machtwechsel im Weißen Haus **Seite 2**



Geschichte Der erste Krieg mit lasergelenkten Waffen vor 30 Jahren **Seite 10**

FOTO: PANMAGO IMAGES; JUMA WIREIRA

AUFGEFALLEN

Das Wetter wird „migrantiger“

Die „Neuen deutschen Medienmacher*innen“ verstehen sich als „bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden mit unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Kompetenzen und Wurzeln“. Für „mehr Vielfalt in den Medien“ setzen sie sich ein und erhalten dafür neben Spenden Steuermittel in Millionenhöhe. Sie prangern an, dass sich „Chefredakteur*innen“ vor „konkreten Diversity-Maßnahmen“ scheuten und fordern bei Journalisten, Moderatoren und Schauspielern einen Anteil von 30 Prozent aus „Einwandererfamilien“.

Ein neues Projekt ist die „Wetterberichtigung“, eine „kleine Korrektur fürs Wetter, eine große für unsere Gesellschaft“. Das ist ernster gemeint, als der erste Blick vermuten lässt. Bekanntlich bekommen Wetterhochs und -tiefs Vornamen. Hierfür kann man Patenschaften erwerben. Den „Medienmacher*innen“ waren die üblichen deutschen Namen ein Dorn im Auge, woraufhin sie nun „die ersten 14 Patenschaften“ übernommen haben. Künftig hört man also in der Vorhersage von Ahmet, Chana oder Romani. Auf der Internet-Seite der Kampagne sagen die „Medienmacher*innen“, sie hörten „nicht auf, Wirbel zu machen. Wir kapern das Wetter 2021 und schleusen neue deutsche Namen in den Wetterbericht.“ Und: „Zieht euch warm an. Denn mit jedem neuen Hoch oder Tief wird unser Wetter migrantiger.“ Die „Medienmacher*innen“, behaupten, Deutschland sei ein „Einwanderungsland“. Mit Initiativen wie diesen befindet es sich zumindest genau auf dem Weg dorthin.

Erik Lommatzsch

POLITIK

Mehr als eine ideelle Schicksalsgemeinschaft

Warum die Nation und der demokratische Nationalstaat auch in Zeiten der Globalisierung unverzichtbar bleiben

VON RENÉ NEHRING

Seit 150 Jahren haben die Deutschen nun einen Nationalstaat. Mit der Gründung des Kaiserreichs im Januar 1871 endete die jahrhundertlange Zersplitterung des Vaterlandes in unzählige Einzelstaaten. Wenngleich dieses Deutschland nicht als vom Volke getragene Demokratie errichtet worden ist, sondern als Fürstenbund von oben, so hatte es doch immerhin eine Verfassung. Damals galt die Nation als fortschrittlich.

Diese positive Einstellung der Deutschen zu ihrer Nation endete mit der Katastrophe von 1933 bis 1945. Die Überhöhung der eigenen Volksgemeinschaft, so die vielfache Deutung, hatte patriotische Gefühle und Ideen fortan diskreditiert.

Doch nicht nur die Deutschen litten nach 1945 an und mit ihrer Nation. In Ost und West träumten Intellektuelle von neuen Menschen und alternativen sozialen Bindungen: vom „Sowjetmenschen“, der von seiner Herkunft losgelöst allein der Zukunft zugewandt leben sollte, im Osten – und vom „Weltbürger“, der sich ganz von seiner Herkunft losgelöst einer globalen Gemeinschaft verbunden fühlen sollte, im Westen. Die Nation erklärten nicht wenige Geisteswissenschaftler und Publizisten zu einer konstruierten und überholten Idee des 19. Jahrhunderts.

Doch dann kam 1989/91 – und mit dem Zerfall des Sowjetreiches auch die Wie-

dergeburts zahlreicher Nationen und ihrer Staaten. Viele Großdenker mussten einsehen, dass Kategorien wie Kultur, Religion und Sprache noch immer eine ungemaine Bindekraft besitzen.

Dass eine Nation keinesfalls ein beliebig replizierbares Konstrukt ist, musste die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts schmerzhaft erfahren. Nach den Terrorattacken vom 11. September 2001 scheiterte das Konzept des „Nation Building“, des Schaffens neuer Staaten nach westlichem Vorbild, in den zahlreichen Auseinandersetzungen mit Despoten und radikalislamischen Regimen in Nordafrika und im Nahen Osten kläglich. Es zeigte sich, dass eine Nation offenkundig auf anderen Fundamenten ruht als ein paar Nachhilfestunden in politischer Bildung.

Kein überholtes Konstrukt

Was genau eine Nation ausmacht, ist durchaus von Land zu Land verschieden. In Großbritannien ist es eher die Monarchie, in der Schweiz die Sonderrolle der Eidgenossen gegenüber ihren Nachbarn. Die Deutschen werden vor allem vom Bewusstsein einer Sprach- und Kulturgemeinschaft zusammengehalten, die bislang alle politischen Brüche überstand – weshalb die Nation auch nicht zerfiel, als das Land nach dem Zweiten Weltkrieg abermals geteilt wurde.

Dass Nation und Nationalstaat keinesfalls überholt sind, zeigt sich auch an der

Entwicklung der Europäischen Union. Seit der Verabschiedung des Maastrichter Vertrags 1992 versuchen europäische Eliten, die Mitgliedsländer der Gemeinschaft in einer „immer engeren Union“ aufgehen zu lassen. Diese freilich ist nicht nur mehrfach in Referenden von den Bürgern abgelehnt worden, sondern hat sich in wesentlichen Krisen als ungeeignet erwiesen, die angefallenen Probleme zu lösen (siehe zuletzt den Verlauf der Corona-Pandemie).

Die Globalisierung rückt auch die Bedeutung der Nationen für eine funktionierende Demokratie wieder in den Fokus. Auch wenn es sinnvoll ist, dass sich souveräne Länder zusammenschließen, um auf der Weltbühne ein größeres Gewicht zu haben, garantiert allein der demokratische Nationalstaat unverzichtbare Standards. Er allein ermöglicht allen Bürgern die barrierefreie Teilhabe an politischen Debatten (ohne Elitensprache oder Dolmetscher). Er ermöglicht eine empathischere Solidargemeinschaft als multinationale Gebilde (siehe die Hilfsbereitschaft bei Naturkatastrophen). Nicht zuletzt bietet er einen auf einem gemeinsamen Werteverständnis basierenden Rechtsraum. Ohne den demokratischen Nationalstaat wären die Bürger supranationalen Bündnissen, NGO's und Konzernen sowie deren Interessen schutzlos ausgeliefert.

So ist die Nation auch künftig in vielerlei Hinsicht unverzichtbar – entfliehen kann man ihr ohnehin nicht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie die rot-rot-grüne Bildungspolitik in Berlin an Corona scheitert **Seite 5**

Kultur

Zu seinem 500. Geburtstag erinnert eine digitale Ausstellung an Kaiser Karl V. **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Wie Wildschweine die Allensteiner Kulturszene erobern **Seite 13**

Lebensstil

Thailand feiert im Januar alljährlich die Hülsenfrucht Tamarinde **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 02
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Perspektiven eines Machtwechsels Wenige Tage vor der Vereidigung des neuen US-Präsidenten zeigt sich, dass die künftigen europäisch-amerikanischen Beziehungen von alten Problemen bestimmt sein werden

Kalte Schulter für Joe Biden

Der Nachfolger von Donald Trump will wieder stärker mit den Bündnispartnern in Europa kooperieren. Doch schon vorab erweisen sich Brüssel und Berlin in der Frage verbesserter Beziehungen als kurzsichtig

VON ANSGAR GRAW

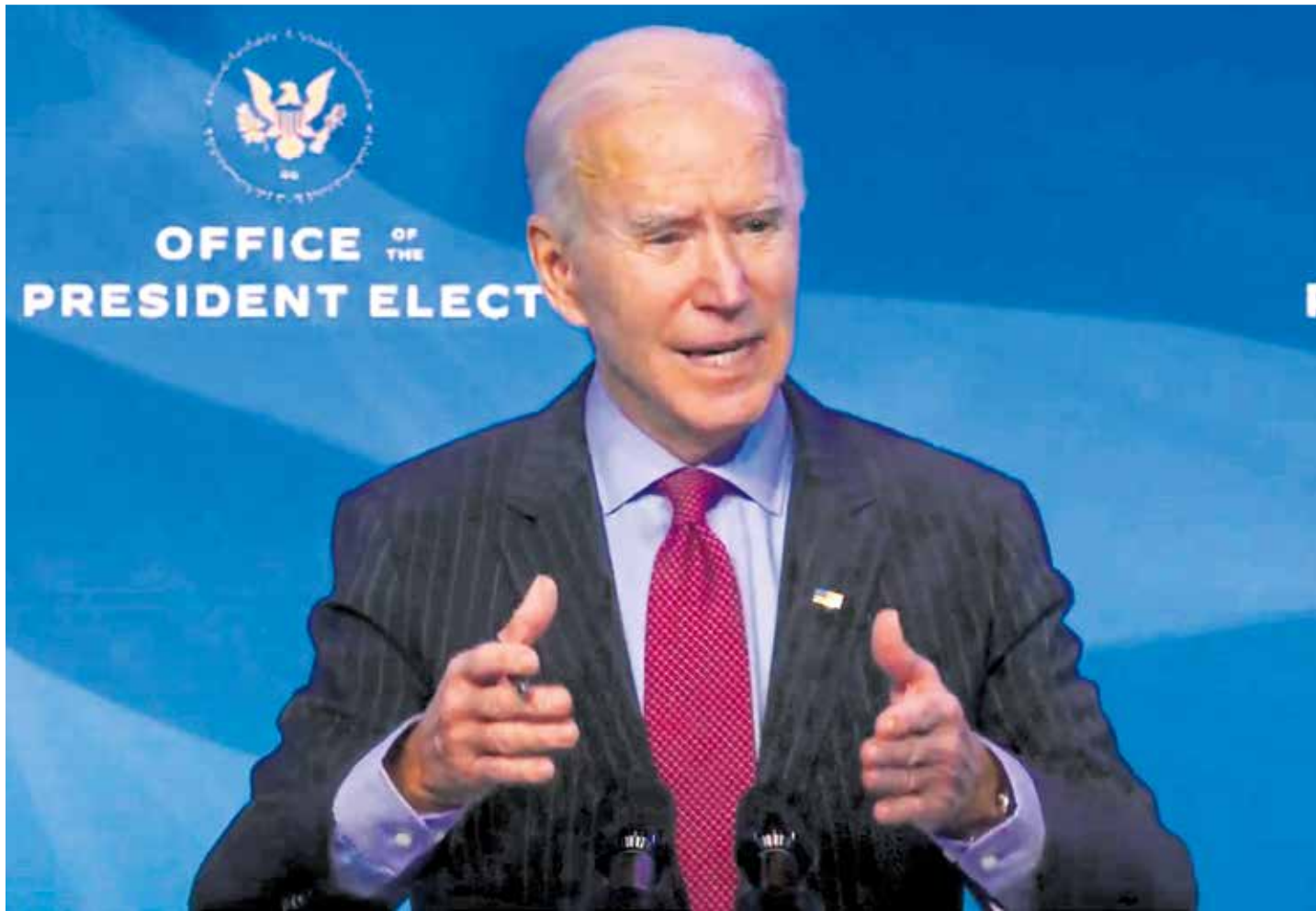
Wer von einem „Putsch“ spricht, der in den USA 14 Tage vor der Inauguration des 46. Präsidenten Joe Biden versucht worden sei, überschätzt die strategische Intelligenz des vermeintlichen Drahtziehers. Zwar handelte es sich um radikale Anhänger von Donald Trump, die am 6. Januar nach einer aufpeitschenden Rede des Noch-Präsidenten gewaltsam das Kapitol stürmten, Verwüstungen anrichteten und damit den Tod von fünf Menschen auslösten.

Aber nichts deutet auf einen Plan hin, auf eine Idee, wie man durch diese Aktion der Demokratieverachtung und des Vandalismus die Macht hätte übernehmen oder die Amtszeit des Wahlverlierers Trump hätte verlängern können. Trump hatte zwar aufgerufen, „lasst uns die Pennsylvania Avenue runtergehen“, die Magistrale zwischen Weißem Haus und Kongress, um dort die zögerlichen unter den Republikanern dazu aufzurufen, gegen die Anerkennung des Wahlsiegs von Biden zu stimmen. Aber was dann passierte, wurde zwar von Trump offenkundig gern gesehen (das seien eben Entwicklungen, zu denen es komme, wenn man ihm einen „erdrutschartigen Sieg stehle“, twitterte er), doch konzipiert worden war dieser anarchische Ausbruch von ihm nicht.

Tiefe Gräben

Jetzt gilt es, nach vorne zu blicken. Trump verrückte die Welt und Trump verrückte die USA – und Joe Biden hat versprochen, die Nation wieder zusammenzuführen. Wird jetzt also wieder alles gut in Amerika und alles einvernehmlich in der internationalen Politik und im transatlantischen Verhältnis gerade auch zwischen Washington und Berlin?

Blicken wir zunächst auf die Vereinigten Staaten: Jedes faktische Zwei-Parteien-System neigt zur Polarisierung. George W. Bush (weniger durch den Irak-Krieg als durch die anhaltende Verstrickung der US-Truppen in diese Kampfarena) und Barack Obama (durch eine notwendige,



Überzeugter Atlantiker mit klaren Forderungen an die Verbündeten: Der künftige US-Präsident Joe Biden

aber in ihren Grundlagen von einem Großteil der Bevölkerung als „sozialistisch“ empfundene Gesundheitsreform) haben den Antagonismus zwischen Republikanern und Demokraten verschärft. Endgültig zum Schimpfwort wurden Kompromisse durch Trump.

Und während die Republikaner nach rechts gerückt sind, wanderten die Demokraten nach links. Biden jedoch ist ein gemäßigter Demokrat, sein Appell zur Aussöhnung ist erkennbar ernst gemeint. Für Biden heißt das: Er darf keine radikalen Reformen angehen, wie sie vom linken Flügel um Abgeordnete wie Alexandria Ocasio-Cortez oder Senatorin Elizabeth Warren und den formal unabhängigen „demokratischen Sozialisten“ Bernie Sanders in Sachen Green New Deal und Steuererhöhungen gefordert werden.

Biden versprach eine Erhöhung der Einkommenssteuer für Jahresverdienste oberhalb von 400.000 Dollar. Das wird in manchen Bundesstaaten, die bereits hohe Steuersätze haben wie Kalifornien oder New York, zu einer Belastung der Spitzen-einkommen von bis zu 62 Prozent führen. In einer Zeit, in der sich die US-Wirtschaft aus den Corona-Verheerungen herauskämpfen muss, ist dies nicht sehr klug.

Folgen für die Verbündeten

Zur Außenpolitik: Der nächste Präsident ist ein überzeugter Transatlantiker. Biden wird die NATO nicht länger in Frage stellen – aber seine Verbündeten weiterhin an die Selbstverpflichtung erinnern, zwei Prozent des Bruttonutzenprodukts für die Verteidigung auszugeben. Deutschland (2019: 1,36 Prozent) muss da also deut-

lich zulegen, will es sich auch langfristig des strategischen Rückhalts durch die USA versichern.

Biden will zudem zurückkehren in das Pariser Klima-Abkommen, das von Barack Obama unterzeichnet und von Trump aufgekündigt wurde. Ob es ihm gelingt, einen neuen gemeinsamen Nenner mit Russland, China und den Europäern in Sachen eines modifizierten Atomabkommens mit dem Iran zu finden, ist hingegen zweifelhaft – schon wegen der Spannungen zwischen Washington und Peking.

Dies ist einer der wichtigsten Punkte der künftigen US-Außenpolitik: Trump hatte auf diesem Feld in zwei Regionen Erfolge. Er brachte Bewegung in die Nahost-Politik, wo die USA eine Normalisierung der Beziehungen Israels zu Bahrain, Sudan, Emiraten und zuletzt Marokko

vermittelten. Das ist mehr als alle Präsidenten seit George H.W. Bush gemeinsam an Fortschritt in dieser Region erreichten. Und Trump fokussierte den Blick auf den aktuellen Wettkampf mit China um die globale Dominanz. Aber Trump war auch zu arrogant und uneinsichtig, um die Europäer zur Beteiligung an seiner Strategie einzuladen.

Unruhige Zeiten

Jetzt jedoch, wo Biden die Hand zur Zusammenarbeit ausstreckt, verweigern sich Europa und namentlich Deutschland. Unmittelbar vor dem Jahreswechsel unterzeichneten die EU und China ein Investitionsabkommen. Dabei hatte der künftige Präsident durch seine Emissäre dringlich darum gebeten, dies bis nach seiner Amtseinführung aufzuschieben und dann eine gemeinsame Strategie gegenüber Peking zu entwickeln. Doch man wollte sich in Berlin nicht die Preise für die deutsche Wirtschaft im Reich der Mitte durch strategische Konzessionen an Washington verderben. Und so richtig es ist, dass der gigantische chinesische Markt für deutsche Exporteure unverzichtbar ist, so kurzsichtig ist es, dass Brüssel und Berlin Joe Biden unmittelbar vor dessen Einzug ins Weiße Haus in einer zentralen Frage der künftigen internationalen Politik die kalte Schulter zeigen.

Washington wird künftig wieder auf die enge Abstimmung mit Europa setzen. Verweigert man sich auf dieser Seite des Atlantiks, geht die Welt möglicherweise schwierigeren Zeiten entgegen, als wir sie unter dem skrupellosen Narzissten Donald Trump erlebten.

● **Ansgar Graw** ist Herausgeber des Debattenmagazins „TheEuropean.de“. Er war bis 2020 viele Jahre in leitenden journalistischen Funktionen für „Welt“ und „Welt am Sonntag“ tätig, unter anderem als politischer Chefkorrespondent in Washington D.C. (2009–2017). Zudem ist Graw Autor verschiedener Bücher, zuletzt „Trump verrückt(e) die Welt. Was nun?“ (Langen Müller 2020).

www.theeuropean.de

ANALYSE

Die Institutionen der USA sind intakt und wehrhaft

Warum die behelrenden Einlassungen und Ratschläge von Bundesaußenminister Heiko Maas unangemessen sind

„Wir sind bereit, mit den USA an einem gemeinsamen Marshallplan für die Demokratie zu arbeiten.“ Mit diesen, auf Twitter verkündeten Worten löste Außenminister Heiko Maas am vergangenen Wochenende eine Welle der Entrüstung und der Fremdscham aus – und offenbarte damit neben moralischer Hochnäsigkeit auch eine große Ignoranz gegenüber der Lage in Amerika.

Normale Wahlen

Zweifelsohne haben die USA in den letzten Monaten einen emotional aufgeladenen und von beiden Seiten vergifteten Wahlkampf erlebt. Richtig ist auch, dass die Gesellschaft heute tief gespalten ist. Gleichwohl hat das Wahlprozedere in jedem Punkt so stattgefunden wie eh und je: von der Kandidatenauslese bei den bislang oppositionellen Demokraten über das Du-

ell zwischen den Kontrahenten Donald Trump und Joe Biden sowie die Wahl und die Auszählung der Stimmen bis hin zur Tagung des Electoral College.

Anders als sonst war, dass der unterlegene bisherige Präsident Donald Trump die Anerkennung des festgestellten Wahlergebnisses verweigerte. Schon Wochen vor dem Wahltag warnte er vor Manipulationen; und seit der Feststellung des Wahlergebnisses behauptete er, betrogen worden zu sein. Diese Vorwürfe erneuerte er in den vergangenen Wochen immer wieder (siehe den Artikel oben).

Dass ein Wahlverlierer ein Wahlergebnis anzweifelt, ist an sich kein Verbrechen, sondern ureigenes Recht in einer Demokratie. Auch dass Trump und seine Rechtsbeistände in einzelnen Bundesstaaten vor die Gerichte zogen, um eine Neuauszählung oder gar eine Neuwahl zu erzwingen,

ist keineswegs verwerflich. Man denke an die Weigerung der Demokraten im Jahre 2000, den Sieg des Republikaners George W. Bush in Florida anzuerkennen.

Trump's Provokation

Inakzeptabel ist jedoch, wie Trump anschließend trotz der Niederlagen vor den Gerichten weiterhin über die sozialen Medien behauptete, betrogen worden zu sein – und seine Anhänger gegen das Wahlergebnis aufstachelte. Der Höhepunkt war die Aufwiegelung von Demonstranten am 6. Januar, die zum Sturm auf das Kapitol durch unzählige Trump-Anhänger führte. Damit hat der US-Präsident – auf die Autorität seiner Person setzend – die Autorität der US-Institutionen herausgefordert. Doch ist er damit gescheitert – und zwar nicht an den Tweets eines Heiko Maas, sondern an der Stabili-

tät des politischen Systems. Gescheitert ist Trump nicht zuletzt an der Verweigerung seiner eigenen Partei, allen voran Vizepräsident Mike Pence und die Fraktionsvorsitzenden der Republikaner in Senat und Repräsentantenhaus, die sich der Verfassung mehr verpflichtet fühlten als der Person des Präsidenten.

Gescheitert ist Donald Trump auch an den Gerichten, vor allem am Supreme Court. Gerade der Oberste Gerichtshof war in den vergangenen Jahren immer wieder von der politischen Linken unter Beschuss genommen worden, weil Trump während seiner Amtszeit gleich dreimal die seltene Gelegenheit bekam, auf Lebenszeit berufene Mitglieder des Gremiums zu nominieren. Sowohl bei der Berufung von Neil Gorsuch als auch bei Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett gab es Unterstellungen, dass mit deren Ernen-

nung Trump-hörige, „ultrakonservative“ Juristen an das höchste US-Gericht berufen würden. Von einer „rechten“ 6:3-Mehrheit im Supreme Court war zuletzt die Rede. Und nun? In den ihm vorgelegten diversen Verfahren zum Ausgang der US-Wahl lehnte der Oberste Gerichtshof der USA die Anträge des Trump-Lagers einstimmig ab. Gibt es einen besseren Beweis für die Unabhängigkeit dieses Gerichts? In jedem Falle entlarven diese und weitere Fakten manch empörten Aufschrei der letzten Wochen als gegenstandslos.

Wo Maas helfen könnte

Heiko Maas freilich könnte seine Energien in Richtung der wirklichen Despoten der Welt richten. Von einem „Marshallplan für die Demokratie“ in Nordkorea, Syrien oder gar China war allerdings bislang von ihm noch nichts zu hören. *neh*

Schicksalsjahr für die AfD

Parteichef Jörg Meuthen hat den Rechtsaußenflügel gestützt und will die Partei als konservativ-bürgerliche Kraft stabilisieren. Doch lauern im Superwahljahr 2021 einige Gefahren – und der Richtungsstreit ist noch nicht entschieden

VON ROBERT MÜHLBAUER

Das bundesdeutsche Parteienspektrum hat sich über die Jahrzehnte nach links verschoben. Erst kamen in den 80er Jahren die Grünen dazu, ihnen half der Marsch der 68er durch die Institutionen. In den 90er Jahren drängte vom Osten her die PDS in den Bundestag, die heutige Linkspartei. Entscheidend für die Verschiebung aber war die sogenannte Modernisierung der Union in den Merkel-Jahren. Sie hat SPD und Grünen erfolgreich Themen geklaut, während sich Konservative zunehmend heimatlos fühlten. So wurde rechts von ihr viel Platz frei.

Das Aufkommen der AfD war dann ein Schock für die etablierten Parteien. Gegründet vor siebeneinhalb Jahren von Wirtschaftswissenschaftlern aus Protest gegen die „alternativlose“ Euro-Politik der Merkel-Regierung, hat sich die Partei seitdem mehrfach gehäutet. 2015 hat sie den Widerstand gegen Merkels Politik der offenen Grenzen in der Flüchtlingskrise artikuliert und erlangte damit Wahlerfolge, die den anderen Parteien Angst machten. Trotz der Abspaltungen der Gründerriege um den Hamburger VWL-Professor Bernd Lucke war die AfD auf der Siegesstraße. Erstmals seit Jahrzehnten zog 2017 eine Partei rechts der Union mit erstaunlicher Stärke von 12,6 Prozent in den Bundestag ein.

Vom Aufbruch zur Stagnation

Seit einiger Zeit jedoch stagniert sie. Im Corona-Jahr 2020 sind die Umfragewerte abgebrockelt. Die internen Querelen haben die Partei zeitweise fast gelähmt, sie wirkt zerrissen zwischen dem Rechtsaußenflügel um den Thüringer Björn Höcke und den Konservativen, die Bundessprecher Jörg Meuthen vertritt. Aktuell steht die AfD in Umfragen zur Bundestagswahl bei acht Prozent (Forsa) bis zehn Prozent (Kantar, Infratest dimap, INSA). Die internen Spannungen werden von den Medien genüsslich ausgeschlachtet. Extern machen Antifa-Angriffe bis hin zu brennenden Autos der Partei zu schaffen. In einigen Städten wie Berlin findet sie kaum noch Räumlichkeiten für Veranstaltungen, weil Wirte bedroht und eingeschüchtert werden.

Nun droht der nächste Schlag: die bundesweite Beobachtung als „Verdachtsfall“ durch den Verfassungsschutz (VS), punktlich zum Superwahljahr 2021. Bei einer VS-Beobachtung würden vor allem Polizisten, Soldaten oder Lehrer unter Druck geraten, ihnen drohen berufliche Nachteile im Staatsdienst. Thüringens Innenminister Maier hatte sogar eine Diskussion über ein Parteiverbot angestoßen. „Konservative könnten kalte Füße bekommen bei einer Stigmatisierung durch den Verfassungsschutz“, fürchtet ein westdeutscher hoher AfD-Funktionär. Umso wichtiger sei es, Extremisten in den eigenen Reihen klar zurückzudrängen.

Bundessprecher Meuthen hat beim jüngsten Parteitag in Kalkar die Delegierten mit einer Wutrede überrascht und zur Distanzierung von Krawallmachern aufgefordert. Aber weiterhin schwelt der Richtungsstreit. Der Ehrenvorsitzende und Fraktionschef Alexander Gauland will die AfD als „Bewegungspartei“ erhalten, die auf der Straße Druck mache. Sie soll also auch mit der „Querdenken“-Bewegung zusammenarbeiten. Manche sehen das aber mit Sorge. Laut einer Umfrage stehen große Teile dieser diffusen Protestbewegung ohnehin eher den Grünen und Linken nahe. Auf der Berliner Großdemo im November sah man Yoga-Tänzer, Regenbogen- und „Peace“-Fahnen. „Das ist nicht unser Kernzielpublikum“, sagt ein AfD-Bundesvorstandsmitglied gegenüber der PAZ. Der „Querdenken“-Gründer aus Stuttgart hat unterdessen ein vorläufiges Ende der Demos angekündigt.



Schwelender Streit: Während Parteichef Jörg Meuthen zur Distanzierung von Krawallmachern auffordert, will Fraktionschef Alexander Gauland die AfD als „Bewegungspartei“ erhalten

Foto: pa

Parteisprecher Jörg Meuthen hält nichts vom Konzept der „Bewegungspartei“. „Die AfD ist konzipiert als dezidiert freiheitlich-konservative Bürgerpartei“, sagte er im Gespräch mit der PAZ kurz vor dem Jahreswechsel. „Wir bejahen die parlamentarische Demokratie, wir sind nicht irgendeine Revoluzzer-Bewegung“, fügt er hinzu. „Ich hoffe sehr, dass sich die von mir in Kalkar angemahnte Disziplin einstellt. Wir müssen gemeinsam, knallhart in der Sache und verbindlich im Ton, für gute Wahlergebnisse kämpfen.“

Stärkung Meuthens

Heikelstes Thema bleibt die Abgrenzung nach Rechtsaußen. Im vergangenen Jahr wurde die Mitgliedschaft des Brandenburger Landeschefs Andreas Kalbitz wegen einer verschwiegene rechtsextremen Vergangenheit annulliert. Das Bundesschiedsgericht bestätigte diese Entscheidung als rechtmäßig. Kalbitz galt als zentraler Strippenzieher des sogenannten „Flügels“ um Höcke. Der „Flügel“ musste sich offiziell auflösen. Mit dem Kalbitz-Rauswurf haben Meuthen und die Bundesvorstandsmehrheit das Höcke-Lager entscheidend geschwächt. Zugleich hat sich aber der Graben zu Alexander Gauland, Co-Fraktionschefin Alice Weidel und Co-Bundessprecher Tino Chrupalla vertieft.

Beim jüngsten Parteitag in Kalkar konnte Meuthen seine Machtposition ausbauen: In allen drei Wahlen um Bundesvorstandsposten setzten sich Anhänger des gemäßigten Lagers durch. Nun stehen zehn von 14 Bundesvorstandsmitgliedern auf seiner Seite. Erstaunlich war, dass sich Höcke in Kalkar kein einziges Mal am Saalmikrofon zu Wort meldete. Der Co-Vorsitzende Chrupalla bleibt inhaltlich eher blass. Er gilt als nett, doch als politisches Leichtgewicht. Flügel-Anhänger sind enttäuscht, dass der Malermeister aus Sachsen keine stärkeren Akzente setzt. In der Öffentlichkeit überstrahlt Meuthen ihn deutlich.

Meuthen ist 2020 zum eigentlichen starken Mann der Partei aufgestiegen. Das dro-

hende Damoklesschwert der Verfassungsschutzbeobachtung nimmt er ernst. „Mein Ziel ist es, die Gesamtbeobachtung der Partei abzuwenden. Dazu bedarf es einer entschlossenen Abwehr und man darf keine unnötigen Anhaltspunkte bieten“, sagte er der PAZ. Meuthen hatte diese Abwehr schon früher zu einer „entscheidenden Überlebensfrage für die Partei“ erklärt.

Sein Gegenspieler Gauland indes ist überzeugt, dass eine Beobachtung ohnehin nicht mehr abzuwenden sei. Und Co-Parteichef Chrupalla sagte kurz vor Neujahr in einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Der Staat bezahlt Spitzel, die die Opposition ausspähen. Das erinnert mich an die DDR.“ In der Empörung über einen als Regierungsschutz missbrauchten Verfassungsschutz sind sich die meisten AfD-Politiker einig. Aber es gibt in der Partei auch Kritiker, die dem Höcke-Flügel vorwerfen, durch bewusste Provokationen und Entgleisungen mit NS-Anklängen dem Verfassungsschutz Munition liefert und eine Beobachtung geradezu heraufbeschworen zu haben. Höcke hat jene, die sich Sorgen vor dem Verfassungsschutz machen, einst als „politische Bettnäher“ verhöhnt.

Bei mancher Kandidatenkür für die Bundestagswahl zeichnete sich zuletzt ab, dass Flügel-Kandidaten überraschend weniger Zuspruch als erwartet erhielten. In Niedersachsen beispielsweise wurde der Ex-Bundeswehrgeneral Joachim Wundrak zum Spitzenkandidaten gewählt. Er setzte sich gegen den Landesvorsitzenden Kestner, einen früheren Bestattungsunternehmer, durch. Auch andere Flügel-Anhänger scheiterten beim Rennen um aussichtsreiche Listenplätze.

Vor dem Superwahljahr

Alexander Gauland, der im Februar 80 Jahre alt wird, wird wohl abermals für den Bundestag kandidieren. In der Partei heißt es, dass er nochmals antrete, aber nach der halben Legislaturperiode sein Mandat abgeben könnte. Im Südwesten versucht Alice Weidel, aber-

Bei mancher Kandidatenkür für die Bundestagswahl zeichnete sich zuletzt ab, dass Flügel-Kandidaten weniger Zuspruch als erwartet erhielten

mals Spitzenkandidatin zu werden. Die Volkswirtin, frühere Goldman-Sachs-Analystin und Unternehmensberaterin belastet jedoch eine Schweizer Spendenaffäre mit gefälschten Spenderlisten, derentwegen Strafzahlungen in sechsstelliger Höhe drohen. Die Zustimmung zu ihr im Südwesten ist schwächer geworden. In Berlin wird bemängelt, dass Weidel die Bundestagsfraktion nicht wirklich führe; sie ducke sich bei Konflikten weg und melde sich oft krank, heißt es. Zudem lavierte sie zwischen Flügel und bürgerlichem Lager.

2021 ist ein Superwahljahr, das für die AfD zum Schicksalsjahr werden könnte. Im März stehen Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an, im April in Thüringen, im Juni in Sachsen-Anhalt. Am 26. September dann die Bundestagswahl, zeitgleich in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Landeswahlen. Im Osten der Republik erzielt die AfD zwar deutlich höhere Ergebnisse als im Westen, doch leben dort nur gut 15 Prozent der Wähler. Nordrhein-Westfalen allein hat mehr Gewicht als die fünf östlichen Bundesländer. Für den bundespolitischen Erfolg müssen die Wahlen im Westen gewonnen werden. Und hier ticken die Wähler anders.

Die AfD wandelt auf einem schmalen Grat zwischen harter, konservativ-demokratischer Oppositionspolitik und der drohenden Stigmatisierung als rechtsextrem, welche die Wähler verschreckt. Das Ziel der Mehrheit des Bundesvorstands um Meuthen ist es, sich als rechtskonservative Kraft zu etablieren. Auch wichtige Landesfürsten wie Rüdiger Lucassen aus NRW unterstützen seinen Kurs. Der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Markus Söder hingegen sieht die AfD auf dem Weg zur „neuen NPD“. Der Journalist Dieter Stein, Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, schreibt zur Richtungsentscheidung: „Die größte Gefahr für das ‚Establishment‘ geht nicht von einer AfD aus, die sich freiwillig radikalisiert und damit politisch aus dem Rennen nimmt – sondern von einer AfD, die in der Lage ist, tief in die bürgerliche Mitte vorzudringen.“

Vergleiche zur Frühphase der Grünen

Vieles in der AfD, die Gauland als „gärigen Haufen“ bezeichnete, erinnert an die Frühzeit der Grünen mit dem quälenden Kampf zwischen „Fundis“ und „Realos“. Jutta Ditfurth, die Galionsfigur der linksextremen Fundis, zog den Kürzeren und trat 1991 aus; unter dem „Realo“ Joschka Fischer konnten die Grünen mit Regierungsbeteiligungen Deutschland tiefgreifend verändern.

Angeichts von Umfragen mit aktuell rund 20 Prozent für die Grünen deutet alles auf eine schwarz-grüne Koalition nach der Bundestagswahl hin. Meuthen nennt das „einen Albtraum für Deutschland“. Die Grünen seien „die Hauptbefürworter der ungesteuerten Massenzuwanderung, sie reden die Probleme der illegalen Immigration und des islamistischen Terrors klein, stellen sich gegen Abschiebungen, vertreten eine Kuscheljustiz“, kritisiert er. Die von den Grünen begonnene und von Merkel fortgesetzte Energiewende mit Atom- und Kohleausstieg habe Deutschland die höchsten Strompreise weltweit beschert. In ihrem Wesenskern seien die Grünen weiterhin „tief sozialistisch“, kritisiert Meuthen. „Sie arbeiten an der Deindustrialisierung Deutschlands. Sie wollen den Gender-Irrsinn auf die Spitze treiben und die Menschen umerziehen“, warnt er gegenüber der PAZ. Alle möglichen CDU-Nachfolger von Merkel und auch Söder seien letztlich für Schwarz-Grün, kritisiert er.

Vor Jahren hat Jörg Meuthen als seinen Hauptgegner das „links-grün versiffte 68er-Deutschland“ genannt. Dieses Urteil teilte die große Mehrheit in der AfD. Die Frage wird sein, ob der Parteichef auch die große Mehrheit hinter seiner realpolitischen Strategie vereinen kann.

● MELDUNGEN

Mehrheitlich linke Gewalt

Meckenheim – Das Bundeskriminalamt (BKA) hat zwischen Anfang März und Ende November vergangenen Jahres 297 in der Bundesrepublik aus politischen Gründen begangene Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verzeichnet. Das BKA ordnete mit 160 Delikten die Mehrheit Tätern aus dem linken Spektrum zu. Nur 48 wurden Tätern aus dem rechten Spektrum zugeordnet. Bei 89 Taten konnte die Bundesoberbehörde keine politische Zuordnung zu einem der beiden Bereiche vornehmen. Zu den erfassten Taten gehörten ein versuchtes Tötungsdelikt, 82 Körperverletzungen, drei Sprengstoffdelikte, 136 Fälle von Landfriedensbruch und 65 Fälle von Widerstand gegen Beamte. Darüber hinaus registrierte das BKA 200 Sachbeschädigungen. Bekannt wurden die Zahlen aufgrund einer Anfrage der Linkspartei an die Bundesregierung. *N.H.*

Masken in den Weltmeeren

Hongkong – Aufgrund nachlässiger Entsorgung landeten im vergangenen Jahr rund 1,56 Milliarden gebrauchte OP-Masken in den Weltmeeren. Das vermeldete die Umweltschutzorganisation Oceans Asia Ende Dezember. Die Hygieneartikel mit einem Gesamtgewicht von rund 5500 Tonnen machen zwar nur einen Bruchteil der rund acht bis zwölf Millionen Tonnen Kunststoff aus, die pro Jahr ins Meer gelangen. Allerdings bestehen sie aus Polypropylen, was gleich in dreierlei Hinsicht Probleme aufwirft. Erstens dauert es bis zu 450 Jahre, ehe Produkte aus diesem Material verrotten. Zweitens können Tiere den durch Kettenpolymerisation von Propen hergestellten thermoplastischen Kunststoff nicht verdauen und verenden deshalb oft qualvoll, wenn sie die Masken verschlucken. Und drittens setzt der weggeworfene Mund-Nasen-Schutz gesundheitsschädliche Mikroplastikteilchen frei, die der Mensch beim Verzehr von Fischen und Meeresfrüchten aufnimmt. *W.K.*

Probleme mit Umstellung

Leipzig – Wie der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) berichtet, stoßen die Bemühungen deutscher Kommunen, ihre Fuhrparks „klimaneutral“ auf Elektrofahrzeuge umzustellen, auf erhebliche Schwierigkeiten. Zum Teil stehen benötigte Fahrzeugtypen, etwa für die Feuerwehr oder die Müllabfuhr, in Ausführungen mit einem Elektromotor noch gar nicht zur Verfügung. Ein weiteres Manko sind zu geringe Reichweiten. Zudem müssen die Kommunen mit erheblichen Mehrkosten rechnen, die sie ohne zusätzliche Förderung allein nicht tragen können. Als Beispiel führte der MDR ein Müllfahrzeug mit emissionsfreiem Antrieb an, das mit einem Preis von 900.000 Euro drei Mal teurer ist als ein herkömmliches Fahrzeug mit Dieselantrieb. Auch die schlechte Ladeinfrastruktur an vielen Verwaltungsstandorten stellt für Städte und Gemeinden noch immer ein Hindernis dar. *N.H.*

VON HERMANN MÜLLER

Erst wenige Wochen im Amt, hat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Rainer Dulger, zum Jahresanfang eine Diskussion über eine längere Lebensarbeitszeit angestoßen. Der BDA-Chef sagte: „Wenn unsere Lebenserwartung immer weiter steigt, muss unsere Lebensarbeitszeit zwangsläufig auch steigen.“

Ins gleiche Horn hatte bereits im Dezember der CDU-Bundesfachausschuss „Soziale Sicherung und Arbeitswelt“ geblasen. Nach über zehn Jahren legte er ein neues Konzeptpapier zum Rentensystem vor, das statt eines fixen gesetzlichen Renteneintrittsalters künftig ein individuelles vorsieht, wobei das durchschnittliche Eintrittsalter grundsätzlich steigen soll. So heißt es im Rentenkonzept wörtlich: „Gewonnene Lebenszeit muss ... zur Erhaltung der Generationengerechtigkeit auch zum Teil in Erwerbstätigkeit verbracht werden.“

Mögliches Wahlkampfthema

Ein weiterer Punkt des Konzepts sieht die langfristige Umwandlung des umlagefinanzierten Rentensystems in ein Mischsystem aus Umlageverfahren und Kapitalanlage vor. In einem früheren Entwurf war die Idee enthalten, neben Selbstständigen und Freiberuflern langfristig auch die Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Darauf folgte eine harsch formulierte Reaktion von DBB Beamtenbund und Tarifunion: „Der Bundesfachausschuss der CDU wäre gut beraten, seine Vorschläge zur Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung mit Fachleuten zu beraten. Wir sind gerne dazu bereit.“ Als der CDU-Fachausschuss sein Rentenkonzept dann der Öffentlichkeit präsentierte, fehlte die Idee der Einbeziehung der Beamten.

Die Frage der Beamtenpensionen hat das Potenzial, ein politischer Dauerbrenner zu werden. Die Pensionsverpflichtungen des Staates werden bis 2030 massiv ansteigen, weil bis dahin 1,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand gehen. Der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, fordert angesichts der Belastungen sogar eine generelle Reform des Beamtentums. „Meines Erachtens ist der Umfang der Verbeamtung in Deutschland zu weitreichend.“

Auch ohne den heiklen Punkt der Beamtenpensionen stößt das Papier jedoch auf Kritik. Katja Mast, seit 2017 stellvertretende SPD-Fraktionschefin für Arbeit, Soziales, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, warf der CDU vor, sie mogele sich mit ihrem Rentenkonzept um die



FOTO: BDA/MICHAEL HUBNER

Seit dem 26. November Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Rainer Dulger

RUHESTANDSBEZÜGE

Arbeitgeberpräsident plädiert für späteren Renteneintritt

Verklausuliert bläst der CDU-Bundesfachausschuss „Soziale Sicherung und Arbeitswelt“ mit neuem Konzeptpapier ins gleiche Horn

Frage herum, welche Leistung die gesetzliche Rente künftig noch verspreche. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann warnte, hauptsächlich würden die Erwerbstätigen die Last der zukünftigen Rentenfinanzierung schultern, „indem sie länger arbeiten und aus eigener Tasche privat vorsorgen“. Zum individualisierten Rentenalter sagte der DGB-Chef, das „klinge gut“, solle „aber nur ver-

schleiern, dass die CDU das Renteneintrittsalter durch die Hintertür erhöhen will“.

Beamte ausgespart

Die CDU geht ein erhebliches Risiko ein, wenn sie das Thema Rente im Wahljahr 2021 auf die Tagesordnung hebt. Die Union steht mittlerweile seit 2005 in Regierungsverantwortung und stellt die Bundeskanzlerin. Ein Vergleich mit anderen EU-Ländern zeigt, dass die Rentner in Deutschland von der Politik nicht sonderlich verwöhnt wurden. Wolfgang Steiger vom Wirtschaftsrat der CDU weist auf Schiefagen in Europa hin, „die Steuerzahler, Sparer und Rentner aus den solideren Mitgliedsländern mit gutem Recht als sehr ungerecht empfinden müssen“. Aus den Statistiken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht hervor, dass deutsche Arbeitnehmer im Alter mit starken

Einschränkungen rechnen müssen, selbst wenn sie ihr ganzes Berufsleben in Vollzeit gearbeitet haben. Nach den Modellrechnungen der Organisation muss sich ein Vollzeit Arbeitnehmer in Deutschland, der 2016 in den Arbeitsmarkt eintrat, im Alter von 65 Jahren auf eine Nettoersatzquote von rund 50 Prozent einstellen. Mit der Ersatzquote wird das Verhältnis des Einkommens im Rentenalter zum vorhergehenden Arbeitseinkommen bezeichnet. Für einen männlichen Arbeitnehmer in Frankreich ermittelte die OECD in ihrer Modellrechnung eine Nettoersatzquote von 70 Prozent, im Fall Italiens eine Quote von über 93 Prozent.

Einen gewissen Ausgleich für die niedrige deutsche Quote könnten private Vermögen und Wohneigentum bieten. Aber auch dabei schneiden die Deutschen im Vergleich etwa mit den Bürgern Italiens, Spaniens oder Frankreichs nicht sonderlich gut ab.

Deutsche werden im Vergleich zu Rentnern anderer EU-Staaten wie Frankreich oder gar Italien benachteiligt

„NEUE DEUTSCHE MEDIENMACHER“

Immigrantenquote für Journalisten gefordert

Bis 2030 soll in den Medien ein Anteil der „Diverskulturellen“ von 30 Prozent erreicht sein

Das Wetter ist schon seit Jahren ein Lieblingsthema von politischen Korrekten. Gerne wurde in der Vergangenheit darüber gestritten, warum Tiefs weibliche und Hochs männliche Namen haben. Nun hat die Nichtregierungsorganisation „Neue deutsche Medienmacher“ (NdM) 14 Wetterpatenschaften für das Jahr 2021 gekauft. Hoch- und Tiefdruckgebieten sollen so immigrantische Namen bekommen. „Das Wetter diverser zu machen, ist nur ein symbolischer Schritt“, erklärte die NdM-Vorsitzende und Sprecherin des Vereins Neue Deutsche Organisationen, Ferda Ataman, und fügte hinzu: „Wichtig ist, dass gesellschaftliche Vielfalt endlich Normalität wird, überall.“

Namen für Hoch- oder Tiefdruckgebiete kann grundsätzlich jeder kaufen.

Ein Titel kostet rund 300 Euro, der Erlös kommt der Forschung an der FU Berlin zugute. „Bisher hatte unser Wetter fast nur typisch deutsche Namen. Dabei haben laut Statistischem Bundesamt rund 26 Prozent aller Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Unter jungen Menschen liegt ihr Anteil sogar noch höher. Trotzdem finden sich Migranten und ihre Nachkommen in vielen Bereichen nicht wieder“, teilte die Initiative weiter mit.

Mit Steuergeldern gefördert

Das Netzwerk versteht sich als „Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationsgeschichte“. Es vergibt jährlich den Negativpreis „Goldene Kartoffel“. Die Bundesregierung hat den Verein

über den Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, das Auswärtige Amt und das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den letzten Jahren mit mehr als zwei Millionen Euro unterstützt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor. Dem Verein gehören mehrere namhafte Journalisten an wie die ZDF-Moderatorin Dunja Hayali.

In der Vergangenheit sah sich die Initiative dem Vorwurf ausgesetzt, Sprachpolizei für die Journalisten sein zu wollen. Statt „Flüchtlingswelle“ solle man „Zuzug“ schreiben, statt „Asylant“ lieber den Begriff „Schutzsuchender“ verwenden. Und für Menschen aus Einwande-

rerfamilien empfehle sich der Begriff „Diverskulturelle“.

Die öffentliche Wahrnehmung durch den Kauf der Wetter-Titel nutzten die Verantwortlichen, um mit weiteren, teils einschneidenden Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Unter anderem sollen Medien verpflichtet werden, bis zum Jahr 2030 eine Immigrantenquote von 30 Prozent einzuführen. Medien sollten zudem mit Diversity-Checklisten arbeiten und auch nicht-weiße Menschen zeigen. „In deutschen Medien liegt der Anteil an Journalisten mit Migrationshintergrund bei schätzungsweise fünf bis zehn Prozent. Das zeigt: guter Vorsatz allein reicht nicht“, heißt es in der Mitteilung. Zudem solle es weitere Quoten für „andere marginalisierte Gruppen“ geben. *Peter Entinger*

CORONA

Zickzackkurs in der Schulpolitik

Mit chaotischen Ansagen und massiven Umsetzungsproblemen verärgert Rot-Rot-Grün die Berliner

VON NORMAN HANERT

Noch bis zum Nachmittag des 6. Januar deutete nichts auf einen Sonderweg des Landes Berlin bei den Pandemie-maßnahmen hin. Erst am Vortag war der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) als derzeitiger Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz zusammen mit Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vor die Medien getreten, um die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz über eine Verschärfung der Maßnahmen zu erklären.

Um zu zeigen, wie ernst die Pandemie-lage sei, sagte Michael Müller: „Es ist keine Zeit für Halbherzigkeit.“ Als Gast im ARD-„Morgenmagazin“ sagte Berlins Regierungschef noch am 6. Januar, Prognosen zur Öffnung von Schulen in der Corona-Krise seien kaum möglich: „Unsere Zahlen geben es noch nicht her, dass wir wieder in den Präsenzunterricht gehen können.“ Müller meinte zu dem Zeitpunkt noch, man könne erst in zehn Tagen beurteilen, ob für Grundschüler oder Abschlussklassen ein Präsenzunterricht wieder möglich sei.

Doch nur Stunden später trat der Regierende Bürgermeister nach einer Sondersitzung des Senats abermals vor die Medien: Diesmal verkündete er den Plan des Berliner Senats, bereits ab dem 11. Januar schrittweise wieder einen Präsenzunterricht an den Schulen anlaufen zu lassen. Zunächst sollen die Klassen 9 bis 13, die sich auf Abschlüsse vorbereiten, an die Schulen zurückkehren. Ab dem 18. Januar sollen Grundschüler folgen. Die überraschenden Senatspläne haben Schüler, Eltern und Lehrer teilweise schockiert und lösten entsprechend heftige Reaktionen aus.

Entsetzen über Senatsbeschluss

In sozialen Medien und Leserbriefen zeigten sich Betroffene nicht nur entsetzt von dem „abenteuerlichen Beschluss“, bemerkenswert oft wiesen die Schreiber auch auf die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst hin. Ein Berliner Familienvater startete sogar eine Online-Petition mit der Forderung „Kein Präsenzunterricht in Berlin, solange Covid-19 nicht



„Verkorkst“: Berlins Schüler leiden unter politischem Schlingerkurs

Foto: imago images/Sabine Gudath

unter Kontrolle ist“. Innerhalb weniger Stunden unterzeichneten rund 2000 Personen die Petition. Am Folgetag war die Zahl der Unterstützer bereits auf 17.000 gestiegen.

Berlins Landeselternausschuss wies besonders auf die Widersprüchlichkeit des Senatskonzepts hin: „Die häuslichen Kontakte werden auf eine Person reduziert. In den Schulen dürfen sich aber Schüler*innen aus bis zu 16 Haushalten mit ihren Lehrkräften in Unterrichtsräumen treffen.“ Selbst Regina Kittler, die schulpolitische Sprecherin der mitregierenden Linkspartei, zeigte sich angesichts der Pläne der Bildungs-senatorin „fassungslos“ und sprach von einem „Lottoriespiel mit der Gesundheit“.

Die damit angesprochene SPD-Bildungs-senatorin Sandra Scheeres verteidigte die Pläne dagegen als „bewusste“ und „durchdachte Entscheidung“. Es gelte, verantwortungsvoll abzuwägen zwi-

schen dem nötigen Gesundheitsschutz und dem Recht auf Bildung, so Scheeres.

Doch am Freitagabend folgte schon die nächste Kehrtwende: Der Senat teilte den Schulen nun wieder mit, dass der Präsenzunterricht abgesagt sei. Kommentatoren sprachen angesichts des Zickzackkurses innerhalb weniger Tage von einer „Chaoswoche“ und sahen sogar „einen neuen Tiefpunkt in der desolaten Schulpolitik“ des rot-rot-grünen Senats.

Projekt endet als Rohrkrepierer

Zu diesem Eindruck beigetragen haben auch Berichte zur Schulpolitik, die kurz vor der „Chaoswoche“ durch die Hauptstadtmedien gingen: Bereits Anfang November hatte der Senat 4,5 Millionen Euro für Luftfilteranlagen bewilligt. Mit der Anschaffung der Geräte wollte die Bildungsverwaltung eigentlich verhindern, dass die Schüler im Kalten sitzen, wenn sie sich an das Lüftungskonzept für die

Berliner Schulen halten. Wie nun bekannt wurde, ist von den im November bewilligten Geräten noch kein einziges bei den Schulen eingetroffen.

Wenige Tage vor dem Beschluss zur schrittweisen Schulöffnung war Bildungs-senatorin Scheeres auch im Zusammenhang mit dem digitalen Fernunterricht für die Berliner Schüler erneut in die Kritik geraten. Probleme mit dem „Lernraum Berlin“, der größten landeseigenen digitalen Lernplattform, hatte es bereits im Herbst gegeben.

Auch nach den Weihnachtsferien zeigte sich der „Lernraum“ derart überlastet, dass ihn viele Schüler nicht nutzen konnten. Gleich am ersten Schultag, wenige Minuten nach dem Start, meldeten erste Nutzer, dass der „Lernraum“ nicht funktioniere. Berlins CDU-Vorsitzender Kai Wegner wertete den Fehlstart als symptomatisch für die „verkorkste“ rot-rot-grüne Bildungspolitik.

GESUNDHEIT

Mitten in der Pandemie geschlossen

Havelberg verliert sein Krankenhaus – Linkspartei-Politiker warnt vor regionalem Monopol eines Anbieters

Das Krankenhaus in Havelberg (Sachsen-Anhalt) ist seit September geschlossen. Mitarbeiter und Einwohner des 6547-Seelen-Städtchens hatten vergeblich gegen die Schließung protestiert. Eigentlich hätte die Klinik schon 2002 dichtmachen sollen. Der Kreis suchte dringend einen Investor, der das Haus übernehmen wollte.

Die KMG mit Sitz im nahen Bad Wilsnack griff zu. Sie betreibt etwa ein Dutzend Kliniken in den neuen Bundesländern. Dazu kommen Reha-Kliniken und Pflegeheime sowie ambulante Pflegedienste. In Havelberg wird aus dem geschlossenen Krankenhaus nun ein Pflegeheim. Es soll dieser Tage eröffnen.

Im Landkreis Stendal gab es bislang zwei Krankenhäuser: Außer in Havelberg noch eines in der Kreisstadt Stendal. Ein weiteres nächstgelegenes Krankenhaus liegt schon im brandenburgischen Kyritz.

Es gehört ebenfalls der KMG-Gruppe. Sie hat einen Busdienst zwischen Havelberg und Kyritz eingerichtet.

Infrastruktur in Gefahr?

Um die „Schuld“ an der Krankenhaus-schließung setzte alsbald ein munterer Streit ein. Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) forderte ein Investitionsprogramm von mehr als 700 Millionen Euro für die Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt, was aber am Widerstand der CDU scheiterte. „Vielleicht können wir nicht 47 Krankenhäuser erhalten, aber ich will die 47 Standorte erhalten“, so Grimm-Bennes Ziel. Wulf Gallert, früher bei den Grenztruppen der DDR tätig und jetzt für die Linkspartei im Landtag, mutmaßt einen Wettkampf um das Monopol in der Region. Die KMG habe das Krankenhaus in Havelberg „ausgetrocknet“, um ihr Haus

in Kyritz zu stärken. Aus dem gleichen Grund hätten die Johanniter, die in Stendal eine Klinik betreiben, vergeblich versucht, der KMG deren Krankenhaus in Havelberg abzukufen, meint Gallert: „Alle verhalten sich systemkonform.“ Wenzel Schmidt, sachsen-anhaltischer Landtagsabgeordneter der AfD, verurteilt die Schließung gerade zum jetzigen Zeitpunkt grundsätzlich. Er sieht die Gesundheits-Infrastruktur der Region gefährdet.

Andernorts flexibler

Stefan Eschmann, Vorstandsvorsitzender der KMG-Kliniken, kontert: „Von 2010 bis 2019 hat das Krankenhaus 13,2 Millionen Euro Verlust gemacht. Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Klinikum Havelberg war mit 37 Planbetten im Krankenhausplan des Landes Sachsen-Anhalt.“ Darin ist die Schließung kleiner Krankenhäuser

politisch gewollt. In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wird sogar gefordert, die Zahl der Hospitäler landesweit von derzeit 1.400 auf rund 600 mehr als zu halbieren. Krankenkassen und Bundesländer bezuschussen die Schließung von Kliniken. Die KMG soll für die Schließung des Hauses in Havelberg rund sechs Millionen Euro kassieren. Nach dem Krankenhaus fürchtet Havelberg nun auch noch um den Erhalt seines Gymnasiums.

War diese Entwicklung unausweichlich? Andernorts ist man offenbar flexibler. Ende Juli 2020 sollte das katholische Krankenhaus im saarländischen Lebach schließen. Als Antwort auf die Corona-Pandemie hat es stattdessen eine Corona-Station mit 42 Betten erhalten. Im nahegelegenen rheinland-pfälzischen Zweibrücken wurde wegen Corona eine Klinik sogar wiedereröffnet. Frank Bücker

● KOLUMNE

Berlin nach Silvester

VON VERA LENGSEFELD

Wie absurd die Corona-Verbote sind und wie unterschiedlich die Behandlung von Verstößen gegen die Verordnungen, kann man schon mit einem Blick auf die Berlin-Nachrichten feststellen. Der Senat hatte für Silvester und Neujahr weitreichende Einschränkungen verkündet. Sogar der Verkauf von Tischfeuerwerk und Wunderkerzen war nicht erlaubt.

Nun liegt die Hauptstadt aber nur eine Fahrtstunde vom nächsten Markt in Polen entfernt, wo man alles bekam, was das Herz in Bezug auf die Vertreibung der bösen Geister an Silvester beehrte. Folglich gab es Feuerwerk in Berlin, zwar nicht so viel wie in den vergangenen Jahren, was sogar angenehm war, aber genug für das geliebte Jahresend-Gefühl. Besonders heftig war die Knallerei in Neukölln und im Wedding.

Ob die Innenministerrunde, die sich mit der Auswertung der Neujahrsnacht befasste, daraus Schlüsse gezogen hat? Wohl eher nicht, denn das wäre politisch nicht korrekt, weil die Mehrheit der Bewohner dieser Bezirke Immigrationshintergrund hat.

Wie verfahren wird, wenn Verstöße gegen die Corona-Regeln angezeigt werden, die aus diesem Personenkreis begangen wurden, kann man aus folgenden Meldungen ersehen: In Tempelhof wurde den Ordnungshütern eine illegale Pokerrunde in einem Keller gemeldet. Die maskenlosen „Männer“, die Shisha-Pfeifen geraucht hätten, wurden laut Meldung lediglich „des Kellers verwiesen“, illegale Spielautomaten beschlagnahmt und der „erhöhte Monoxidwert“ von der Feuerwehr gemessen. Kein Hinweis auf Strafen. Am U-Bahnhof Kottbusser Tor griffen unmaskierte Männer zwei Mal Polizisten an und verletzten sie zum Teil schwer. Einer der beiden hatte keine Papiere bei sich, wie man weiter unten lesen konnte. Wenn es sich um „Querdenker“ gehandelt hätte, wäre das den Lesern schon in der Schlagzeile mitgeteilt worden.

● MELDUNG

Skandal um „Corona-Party“

Cottbus – Die Polizei hat zu Jahresbeginn in Cottbus eine Party im örtlichen AfD-Umfeld aufgelöst. Die Ordnungshüter waren von Nachbarn wegen Ruhestörung gerufen worden. Die 33-jährige AfD-Stadtverordnete Monique Buder hatte acht weitere, teilweise stark alkoholisierte Gäste in der Wohnung. Einer von ihnen (1,77 Promille) griff einen Beamten an. Auch der AfD-Landtagsabgeordnete Daniel Freiherr von Lütow wurde in der Wohnung angetroffen. Lütow gab an, dort nur erschienen zu sein, um zu gratulieren. Er habe von der Auseinandersetzung nichts mitbekommen. Mittlerweile wurde Buder aus der Partei ausgeschlossen. Die Polizei erstattete Anzeigen wegen Widerstands, tätlichen Angriffs auf die Polizei und Verstößen gegen die Corona-Eindämmungsverordnung. CDU, SPD und Linkspartei versuchen nun, aus Lütows Anwesenheit auf der Party politisches Kapital zu schlagen. F.B.

● MELDUNGEN

Vorbereitung auf Bioangriffe

Brüssel – Die NATO will ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Abwehr von Angriffen mit biologischen Waffen künftig massiv verstärken. Das teilte der Generalsekretär des Nordatlantikpakts, Jens Stoltenberg, Ende vergangenen Monats mit und nahm dabei auch auf Warnungen seitens der Vereinten Nationen Bezug. Die UN hatten im April daran erinnert, dass es bis heute keine wirksamen Mechanismen zur Überwachung der Bestimmungen der Biowaffenkonvention von 1975 gebe. Darüber hinaus sagte der oberste Repräsentant des atlantischen Bündnisses, ein großangelegter Angriff mit biologischen Waffen könne nicht nur zu konventionellen, sondern auch zu nuklearen Vergeltungsschlägen der NATO führen. Die Hauptrolle bei der Abwehr von Bedrohungen durch B-Waffen maß Stoltenberg den westlichen Geheimdiensten zu, die auf diesem Gebiet deutlich intensiver kooperieren müssten als bisher. **W.K.**

Dänemark differenziert

Kopenhagen – Dänemarks sozialdemokratischer Integrations- und Ausländerminister Mattias Tesfaye führt im Wesentlichen die konsequente Linie seiner Vorgängerin Inger Støjberg von der konservativ-liberalen Partei Venstre fort. Tesfaye hat entschieden, dass die behördlichen dänischen Statistiken künftig bei Ausländern nicht nur die Bezeichnung „nichtwestlich“ tragen, sondern differenziert aufgeschlüsselt werden. Tesfaye: „Wir müssen die Probleme offen und ehrlich ansprechen.“ In der Gruppe „MENAPT“ finden sich Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika, Pakistan und der Türkei wieder, während Menschen aus Thailand oder Hongkong unter die Kategorie „übrige nichtwestliche Länder“ fallen. Während die bürgerlichen Oppositionsparteien Venstre und Dänische Volkspartei das Vorgehen Tesfayes lobten, kam von den drei kleinen linksextremen Parteien Kritik. **F.B.**

Grenze gestürmt

Budapest – In der Silvesternacht versuchten 31 Migranten am ungarisch-serbisch-rumänischen Dreiländereck bei Kübeckhausen (Kübekháza) von Serbien aus sich gewaltsam Zutritt nach Ungarn zu verschaffen. Nach Angaben der ungarischen Grenzpolizei wurden die Beamten durch Wärmebildkameras auf sie aufmerksam. Der Grenzschutz verhinderte das Eindringen der Migranten nach Ungarn. Diese warfen Steine und beschimpften die Beamten. Ungarn setzt neuerdings Drohnen zur Grenzüberwachung ein. So ist es möglich, bereits bei sich abzeichnenden Angriffen gegen die Staatsgrenze mobile Grenzschutzeinheiten an den Ort des Geschehens zu bringen. Derweil versuchen Migranten auf dem Balkan in ihren Lagern, die Unterkünfte in Brand zu setzen, um eine „humane Notlage“ herbeizuführen, damit westeuropäische Staaten sich zur Aufnahme erweichen lassen. **F.B.**

AFRIKA

Verteidiger des Glaubens

Russisch-Orthodoxe Kirche schmiedet in Entwicklungsländern Allianz gegen Christenverfolgung

VON BODO BOST

Während der Corona-Pandemie wurde Afrika zum weltweiten Epizentrum der Christenverfolgung. Nun hat die Russisch-Orthodoxe Kirche die Initiative ergriffen und zu einer Allianz gegen Christenverfolgung vor allem in Afrika aufgerufen.

Die Corona-Pandemie hat zwar in Afrika nicht so gewütet wie in Europa, aber sie hat den ärmsten Kontinent noch mehr vom internationalen Geschehen isoliert als ohnehin schon. Das bekommen vor allem die Christen des schwarzen Kontinents zu spüren, die durch die Pandemie noch schutzloser geworden sind, während in vielen muslimischen Ländern durch die Pandemie die ohnehin vorhandene religiöse Gewaltbereitschaft weiter steigt. Auf diese Veränderungen hat nun das russisch-orthodoxe Moskauer Patriarchat hingewiesen und zur Gründung einer interkonfessionellen „Allianz für die Ver-

teidigung der verfolgten Christen in Afrika“ aufgerufen.

Als in der Phase der Kolonialisierung Afrikas und Asiens im 19. Jahrhundert die Grundlagen vieler Kirchengründungen gelegt wurden, gelang es dem Christentum in vielen unabhängigen afrikanischen Staaten sich zu afrikanisieren und feste Wurzeln zu schlagen. Viele dieser heute christlichen Gebiete in West-, Zentral- und Ostafrika betrachtet jedoch der Islam als sein historisches Territorium. Mit Dschihad und Terror drängt der Islam in Corona-Zeiten in diese Gebiete zurück.

Moslems haben Vorfahrt

Während der Islamische Staat (IS) 2019 in Syrien und dem Irak besiegt wurde, nahmen die Terroraktionen seiner Ableger Boko Haram und Al Shabaab in Westafrika, Nigeria und Ostafrika weiter zu. Der Weg ins rettende Asyl, in die Europäische Union wird jedoch von den muslimischen Staaten in Nordafrika und von der Türkei kontrolliert, die zumeist nur noch Musli-

me durchlassen. Christen scheuen den Weg durch diese Staaten, weil er für die verfolgten Christen ein größeres Martyrium nedeutet, als in ihren Herkunftsländern zu bleiben.

Die christlichen Kirchen und ihre Hilfswerke in Europa machen sich dagegen immer mehr zu Anwälten der muslimischen Immigranten, die faktisch ein Exklusivrecht für das Asyl in die EU ha-

ben. Dagegen wollen die orthodoxen Kirchen, die fast alle Unterdrückung und Zwangsmaßnahmen während der osmanisch-muslimischen und/oder sowjetischen Kolonialherrschaft am eigenen Leibe erfahren haben, ihr Hilfen direkt den verfolgten Kirchen und Christen in Afrika zukommen lassen. So führte Rumänien im letzten Jahr auf Vorschlag der dortigen orthodoxen Kirche einen eigenen Gedenktag für verfolgte Christen ein.

Der Moskauer Patriarch Kyrill I., der sehr häufig Afrika und den Nahen Osten besucht hat, äußerte sich überzeugt, dass Afrika immer mehr zum Epizentrum der Unterdrückung der Christen werde. Das hänge auch damit zusammen, dass Afrika mittlerweile jener Teil der Welt sei, in dem das Christentum am stärksten wachse, noch weitaus stärker als der Islam, der nur noch durch Zwangskonversionen wachse. Bereits im November 2019 hatte Kyrill I. beim „Interreligiösen Gipfel“ in Baku darauf aufmerksam gemacht, dass die Christen in Nigeria einem „Genozid“ ausgesetzt seien.

„Afrika wird immer mehr zum Epizentrum der Unterdrückung der Christen“

Kyrill I.

Patriarch von Moskau und der ganzen Rus



Greift den Glaubensbrüdern in Afrika unter die Arme: Patriarch Kyrill I., hier bei der orthodoxen Weihnachtsliturgie am 6. Januar

Islamisches Epizentrum Nigeria

In Nigeria, dem mit Abstand bevölkerungsreichsten Staat Afrikas, in dem Christentum und Islam etwa gleich stark sind, werde sich die Zukunft des Christentums auf dem schwarzen Kontinent entscheiden. Von dort breite sich der militante Islam immer mehr in mehrheitlich christliche Länder, wie Zentralafrika, den Kongo oder Mosambik aus, erklärte der Sprecher der neuen Allianz. Auch Äthiopien, das einzige mehrheitlich orthodoxe Land Afrikas, sei eine neue Brutstätte der Christenverfolgung geworden.

Der koptisch-orthodoxe Patriarch Tawadros II. richtete an die Teilnehmer der Online-Konferenz eine Grußbotschaft, in der er eine intensivere Berichterstattung über die Verfolgung von Christen auf dem afrikanischen Kontinent forderte. Leider habe sich die Verfolgungssituation in der Zeit der Pandemie zugespitzt. Der Vertreter des Weltkirchenrats, Peter Prove, bezeichnete es als notwendig, dass es auf die Verfolgung von Christen „auch aus der Region“ eine Antwort gäbe. Auch der Generalsekretär der russischen katholischen Bischofskonferenz, P. Igor Kowalewski, und der evangelikale Bischof Sergej Rjakhovskij nahmen an der Konferenz teil.

CHINA

Von der Bildfläche verschwunden

Keine Spur vom Alibaba-Gründer – Wurde Jack Ma Opfer eines Racheakts der Pekinger Machthaber?

Der chinesische Unternehmer Jack Ma alias Ma Yún ist der Gründer und das Gesicht der Alibaba Group Holding Limited. Das größte IT-Unternehmen der Volksrepublik China gilt als die chinesische Version von Amazon. Zum Firmenimperium gehören auch ein eigener Bezahldienst namens Alipay und der Finanzdienstleister Ant Financial Services Group.

Das Vermögen des ehemaligen Englischdozenten wurde zeitweilig auf bis zu 60 Milliarden US-Dollar geschätzt – eine Zeit lang war er damit der reichste Chinese. Doch Ende vergangenen Jahres verließ ihn das Glück unversehens. Dabei hatte es im Oktober noch ganz nach dem Gegenteil ausgesehen.

Die China Securities Regulatory Commission (CSRC) genehmigte den geplanten Börsengang von Ant Financial, der 37 Milliarden US-Dollar einbringen sollte

und damit der bisher größte in der Geschichte gewesen wäre. Aber genau das ließ den bis dahin eher zurückhaltenden Ma offenbar leichtsinnig werden.

Am 24. Oktober hielt der 56-jährige Selfmade-Milliardär auf dem Bund Finance Summit in Shanghai eine Rede vor der versammelten Wirtschaftselite Chinas, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Das Bankensystem und die staatliche Finanzmarktkontrolle der Volksrepublik, so führte er aus, seien innovationsfeindlich und stünden unter der Fuchtel eines „Clubs alter Männer“, in dem „die Mentalität eines Pfandleihhauses“ herrsche.

Kritik am „Club alter Männer“

Mit im Publikum saß damals auch Wang Qishan, der Vizepräsident des Reiches der Mitte und einer der engsten Vertrauten

von Staats- und Parteichef Xi Jinping. Letzterer erfuhr umgehend von der Brandrede Mas und reagierte so rigoros, wie chinesische Führer das bei Kritik an der Obrigkeit üblicherweise zu tun pflegen. Der Börsengang von Ant Financial, der eigentlich als Demonstration der Stärke gegenüber dem Westen gedacht war, wurde auf der Stelle abgeblasen und das Management von Alibaba zum Rapport bei gleich vier verschiedenen Regulierungsbehörden einbestellt. Nun hieß es plötzlich, das Unternehmen trete zu dominant auf und gefährde damit den wirtschaftlichen Frieden im Lande.

Eine Woche später veröffentlichte die Regierung in Peking den Entwurf eines Gesetzes zur Beschneidung der angeblich zu großen Marktmacht von Internetplattformen wie Alibaba. Dem folgte im Dezember die Aufnahme von Ermittlungen

seitens des obersten chinesischen Kartellamtes gegen Alibaba wegen „monopolistischer Praktiken“. Parallel hierzu verschwand Ma komplett aus der Öffentlichkeit, was inzwischen zu allerlei Spekulationen führt. Es drängt sich die Frage auf, ob ihm nun möglicherweise das gleiche Schicksal wie dem Immobilien-Magnaten Ren Zhiqiang droht.

Dieser sogenannte „Donald Trump von China“ hatte Xi im Februar 2020 wegen dessen Corona-Management öffentlich als „Clown“, der sich als Kaiser geriere, bezeichnet und wurde daraufhin ein halbes Jahr nicht mehr gesehen. In dieser Zeit soll Ren „freiwillig und wahrheitsgemäß“ diverse Korruptionsdelikte gestanden haben, woraufhin ihn das Pekinger Gericht Nr. 2 am 22. September zu 18 Jahren Gefängnis verurteilte.

Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

In Zeiten wie diesen erfreuen gute Nachrichten. Eine von ihnen präsentierte die Bundesagentur für Arbeit zum Jahreswechsel. Trotz der Corona-Maßnahmen ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit im November zurückgegangen. Und im Dezember ist die Zahl der Arbeitslosen zwar gestiegen, aber nur um 8000. Angesichts der wetterbedingten geringeren Tätigkeit im Baugewerbe während der kalten Wintermonate ist das geradezu unterdurchschnittlich.

Damit hat es sich dann aber mit den guten Nachrichten. Denn die Kurzarbeit, die nicht als Arbeitslosigkeit zählt, bleibt aufgrund der Corona-Pandemie immer noch auf einem erhöhten Stand. Vom 1. bis zum 28. Dezember erreichten die Bundesagentur Anzeigen zur Kurzarbeit für 666.000 Personen. Im November waren es 627.600 gewesen.

Zuvor schon hatte das Statistische Bundesamt schlechte Zahlen veröffentlicht. Zum ersten Mal nach 14 Jahren Wachstum ist 2020 die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland wieder zurückgegangen. „44,8 Millionen Menschen hatten im Jahresschnitt im Inland einen Arbeitsplatz oder waren selbstständig“, teilte die Wiesbadener Behörde mit. Das waren nicht nur 1,1 Prozent weniger als 2019, sondern auch 0,2 Prozent weniger als 2018. Wie die Zahlen zeigen, gingen insbesondere schlecht gesicherte Jobs verloren, während sozialversicherungspflichtig Beschäftigte häufig in Kurzarbeit geschickt wurden. Noch deutlicher als in den Vorjahren ging die Zahl der Selbstständigen und ihrer mitarbeitenden Angehörigen auf nun noch vier Millionen zurück.

Politik versucht, Zeit zu gewinnen

Absehbar ist, dass die ganz großen Probleme noch kommen werden. Das Kurzarbeitergeld verhindert Entlassungen, die ausgesetzte Insolvenzpflicht eine Pleitewelle. Noch, sagt Bundesfinanzminister Olaf Scholz, habe der Bund genügend Mittel, um die kriselnden Branchen zu stützen. „Wir können das lange durchhalten, wir haben Vorsorge getroffen“, erklärte der SPD-Kanzlerkandidat im „ARD-Morgenmagazin“. Es gebe „keinen ganz kompletten Stillstand“, in Fabriken und vielen Büros werde gearbeitet, sagte Scholz. Deutschland habe gut gewirtschaftet. Weil Deutschland Ende des vorletzten Jahres unter 60 Prozent Staatsverschuldung gehabt habe, könne man nun Kredite aufnehmen, so der Sozialdemokrat. Nach der Finanzkrise habe die Verschuldung bei mehr als 80 Prozent gelegen. Nun werde man nach gegenwärtigen Berechnungen „selbst wenn es sehr



Die Adler Modemärkte AG hat im neuen Jahr bereits einen Insolvenzantrag gestellt: Geschlossene Filiale im Elbepark Dresden

KONJUNKTUR

Der Einbruch scheint nur eine Frage der Zeit zu sein

Politik und Wirtschaft erwarten, dass es 2021 schlimm wird, wenn auch nicht so schlimm wie 2009 – sofern denn der aktuelle Lockdown der letzte ist

schlimm kommt“ nicht „weit“ über 70 und „auch schnell wieder runter“ kommen, erklärte der Finanzminister.

„2021 droht eine Pleitewelle“

Das Ifo-Institut hat wegen der Corona-Pandemie seine Konjunkturprognose für 2021 deutlich gesenkt. Laut der Münchner Forschungseinrichtung könnte die deutsche Wirtschaft im neuen Jahr um 4,2 Prozent wachsen. Bisher waren 5,1 Prozent erwartet worden. „Wegen des neuerlichen Shutdowns bei uns und in anderen Ländern verschiebt sich die Erholung nach hinten“, sagte Ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser zur Begründung. Zuerst liegt die Annahme, dass die Ein-

schränkungen ab dem April bis zum Sommer schrittweise aufgehoben werden.

Beobachter kritisieren an den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung in Corona-Zeiten, dass sie die längst überfällige Bereinigung in der Unternehmenslandschaft verzögerten. Es stau sich eine Pleitewelle auf, die später umso heftiger über Deutschland hinwegrollen werde. „Das Aussetzen der Antragspflicht hat die Insolvenzwellen lediglich aufgeschoben; abgeflacht wurde sie allenfalls durch die staatlichen Liquiditätshilfen, ohne die viele Unternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen während des Shutdowns nicht hätten nachkommen können“, erklärt Wollmershäuser.

Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, macht sich keine Illusionen. Bereits im vergangenen Jahr konstatierte er: „2021 droht eine Pleitewelle. Das war bisher nach jeder Rezession zu beobachten, wobei das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr viel stärker sinkt als im Durchschnitt vergangener Rezessionen. Allerdings wird die Welle wohl nicht so schlimm ausfallen wie der Pleite-Tsunami nach dem Platzen der Aktienblase vor 20 Jahren.“

Die Einschätzung zieht sich wie ein roter Faden durch die Stellungnahmen aus Politik und Wirtschaft: Es werde zwar schlimm kommen, aber nicht so schlimm wie 2009 – sofern denn der jetzige Lockdown der letzte ist.

EUROPÄISCHE UNION

Strebt Berlin eine Schlüsselallianz mit Peking an?

Spekulationen nach Investitionsabkommen mit China während deutscher EU-Ratspräsidentschaft

Am Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft meldeten die Unterhändler nach jahrelangen Blockaden einen Durchbruch beim Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China. Die Verhandlungen für das Abkommen liefen bereits seit 2014. Noch im vergangenen November waren die Verantwortlichen auf Seiten Brüssels davon ausgegangen, dass die Verhandlungen mit Peking festgefahren seien. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte die Beziehung zu China zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gemacht.

Entgegenkommen gegenüber China

Wie aus Brüssel zu hören ist, kritisiert eine ganze Reihe von EU-Mitgliedsstaaten, dass China auf dem europäischen

Markt sehr viele Rechte eingeräumt worden seien, ohne das europäischen Firmen analoge Rechte auf dem chinesischen Markt erhalten hätten. Als ein besonders heikler Punkt gilt die Öffnung des europäischen Energiemarkts für chinesische Firmen.

Moniert wird zudem, dass die Verhandlungen weitgehend zwischen Berlin und Peking abgelaufen seien, während die EU-Kommission keine wichtige Rolle gespielt habe. Obendrein wird berichtet, Merkel habe Druck auf EU-Mitgliedsstaaten ausgeübt, dem Deal mit Peking zuzustimmen.

Auch die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Türkei hat während der EU-Ratspräsidentschaft zu Verstimmung bei anderen EU-Ländern geführt. Mit Rückendeckung Griechenlands, Ös-

terreichs und Frankreichs wollte Zypern wegen türkischer Erdgaserkundungen in Seegebieten vor der Insel eigentlich harte Wirtschaftssanktionen gegen Ankara. Auf dem EU-Gipfel im November setzte sich allerdings die Ansicht der Bundesregierung durch, dass die Türkei als Partner nicht verprellt werden sollte.

Härte gegenüber Russland

Nochmals angezogen wurde während der deutschen Ratspräsidentschaft dagegen die Sanktionsschraube gegen Russland. Einige ausländische Beobachter ordnen Merkels sehr unterschiedliches Agieren gegenüber der Türkei und China auf der einen sowie Russland auf der anderen Seite in eine größere geopolitische Strategie ein. Der norwegische Politikwissenschaftler Glenn Diesen erklärte, die „Ostpolitik“

sei „tot und beerdigt“, die deutsch-russische Freundschaft vorbei.

Der Journalist Pepe Escobar, Autor der „Asia Times“, deutet die Außenpolitik unter Merkel sogar als eine „Bypass Russia“-Strategie. Dabei geht es laut Escobar um die Entwicklung eines Handelskorridors, der die EU künftig mit China verbindet. In einer Abwandlung des „Great Game“, des Machtkampfs zwischen Russland und Großbritannien im 19. Jahrhundert in Asien, billige Berlin Ankara eine Scharnierfunktion bei den deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen zu, während es andererseits bemüht sei, Moskau auszugrenzen. Aus Sicht des Journalisten könnte dieser Ansatz im Laufe der 20er Jahre möglicherweise zum Entstehen einer geopolitischen Schlüsselallianz Berlin-Peking führen. Norman Hanert

MELDUNGEN

SAP allein auf weiter Flur

London – Wie aus Berechnungen der Unternehmensberatung EY und von Reuters hervorgeht, befindet sich mit SAP nur noch ein deutscher Konzern unter den 100 Unternehmen mit dem höchsten Börsenwert auf der Welt. Mit einem entsprechenden Wert von 160 Milliarden US-Dollar zum 30. Dezember 2020 rangierte SAP auf Rang 71. 2019 hatte der Walldorfer Konzern noch auf Rang 50 gelegen. Siemens fiel trotz einer Marktkapitalisierung von 122 Milliarden Dollar aus der Liga der wertvollsten 100 heraus. Für Volkswagen reicht es nur für Platz 129. Große Technologiefirmen aus den USA und China gingen hingegen gestärkt aus der Corona-Krise hervor. Mit einem Börsenwert von fast 2,3 Billionen Dollar ist der iPhone-Hersteller Apple derzeit das am höchsten bewertete Unternehmen der Welt. N.H.

Verpuffte Steuersenkung

München – Die Senkung der Mehrwertsteuer von Juli bis Dezember vergangenen Jahres von 19 auf 16 Prozent hat nach Einschätzung des Ifo-Instituts nur zu einem zusätzlichen Konsum in Höhe von 6,3 Milliarden Euro geführt. Dem stehe ein geschätzter Steuerausfall in Höhe von 20 Milliarden Euro gegenüber. Eine repräsentative Befragung der Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen im Auftrag des Ifo-Instituts ergab, dass die meisten Befragten im Oktober und November trotz der gesenkten Steuer sogar auf Konsum verzichtet haben. Als Gründe nannten die Befragten eingeschränkte Einkaufsmöglichkeiten und die Erwartung höherer Ausgaben. N.H.

Verlierer auf allen Seiten

Düsseldorf – Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Düsseldorf hat gemeinsam mit weiteren bundesdeutschen IHKs und der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer eine Studie zu den Russland-Sanktionen beim ifo-Institut in München in Auftrag gegeben. Darin werden die Kosten der Russland-Sanktionen für Deutschland auf 5,45 Milliarden Euro pro Jahr beziffert. Anhand der Studienergebnisse wird deutlich, dass Deutschland seine Exporte nach Russland um mehr als 15 Prozent steigern könnte, würden die Sanktionen wegfallen. Eine im Rahmen der Studie durchgeführte Unternehmensbefragung ergab, dass aufgrund des erhöhten bürokratischen Aufwands im verarbeitenden Gewerbe vor allem die Kfz- und die Chemie-Industrie von den Handelsbeschränkungen betroffen sind. Allein Nordrhein-Westfalen verliert jährlich eine Milliarde Euro. Stark betroffen sind auch die mitteldeutschen Bundesländer, die von der Bundesregierung deshalb immer wieder ein Ende der Russland-Sanktionen verlangen. Russland stellt besonders für mittelständische Unternehmen einen Absatzmarkt mit viel Potential dar. Die ifo-Studie kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass es ökonomisch betrachtet nur Verlierer gibt und alle Beteiligten von der Aufhebung der EU-Russland-Sanktionen profitieren würden. MRK

KOMMENTARE

Corona-Gleichschritt

ERIK LOMMATZSCH

Beabsichtigt war die Botschaft der „Tagesschau“ vom 11. Januar in dieser Form sicher nicht, aber dem aufmerksamen Zuschauer konnte sie nicht entgehen. Natürlich war in erster Linie Corona das große Thema. Nach dem Sinn vieler Maßnahmen, nach Logik, nach dem Zusammenhang mit dem ursprünglichen Anliegen – dem Schutz vor einer Infektion und der Eindämmung einer Krankheit – sollte man ohnehin nicht mehr fragen.

Ein von Anfang an seitens der Regierenden und der von ihnen in Anspruch genommenen kleinen Auswahl von „Experten“ äußerst wichtiger Orientierungspunkt kam in besagter ARD-Sendung überdeutlich zum Tragen: die Einheitlichkeit, gern auch als „Gerechtigkeit“ verklärt. Dies allerdings in der intellektuell anspruchlosesten Form und nicht, wie es jedem, der dem Kindesalter entwachsen ist, geläufig sein sollte: Gerechtigkeit bedeutet Gleiches für Gleiche und Ungleiches für Ungleiche.

Gehuldigt wird hingegen der absoluten Gleichförmigkeit. So hieß es: „Bundesgesundheitsminister Spahn appellierte heute noch einmal an alle Länder, die Maßnahmen einheitlich umzusetzen und zur Einhaltung aller Regeln im Privaten.“ Wenig später kam der Kita- und Schulbetrieb zur Sprache: „Für die Rückkehr zum Normalbetrieb fordert die Familienministerin daher bundeseinheitliche Regelungen.“ Franziska Giffey wörtlich: „Wenn es zu Lockerungen kommen kann, dann muss natürlich das Wohl der Kinder, die Frage der Bildungsgerechtigkeit, der Vereinbarkeit im Vordergrund stehen und dann ist es wichtig, dass sich die Bundesländer eben auf einen möglichst einheitlichen oder einheitlicheren Weg verständigen.“

Nein, die hier angestrebte Einheitlichkeit hat mit „Gerechtigkeit“ nichts zu tun, sie wirkt fatal, für die Zukunft in einem überhaupt noch nicht abzuschätzenden Ausmaß. Schließungen von Geschäften, Gaststätten, Bildungs-, Sport- oder Kultureinrichtungen und vielem mehr werden sichtlich nach dem Prinzip verordnet, dass alle gleich zu leiden haben. Hinweise darauf, dass die Aussagekraft der Corona-Zahlen ohnehin stark umstritten ist, dass die überwiegende Zahl der an beziehungsweise mit Corona Verstorbenen oder der schwe-

ren Fälle Menschen eines sehr hohen Alters betrifft, dass es insbesondere Senioren- oder Pflegeeinrichtungen sind, die mit Corona-Problemen konfrontiert sind, gelten als inopportun. Gezielte – und wohl wirkungsvollere – Bekämpfung bei schnellstmöglicher Wiederherstellung des freien öffentlichen Lebens ist nicht gefragt. Geboten wird das „Lahmlegen“ in der Breite unter Inkaufnahme der wirtschaftlichen und – meist nur am Rande thematisierten – gesellschaftlichen Folgen.

Statt Entlastung wird nach Belastung gerufen, im Sinne der „Gleichheit“. Dies treibt Blüten wie die Forderung der Grünen-Co-Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt, die zuletzt eine „Corona-Arbeitsschutzverordnung“ verlangte. Auch hier der Ruf nach einer bundeseinheitlichen Regelung: Unternehmen, die trotz vorhandener Möglichkeiten kein Homeoffice gestatteten, solle mit Bußgeldern Druck gemacht werden. Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hatte bezüglich des Karnevalsauftakts bereits vor zwei Monaten lautstark verkündet: „Wir alle müssen auf das Feiern am 11. November verzichten.“ In der Berichterstattung regelrecht kriminalisiert werden Ausflügel in die derzeit verschneiten Landschaften – sollen sie doch zu Hause bleiben wie alle, egal woher sie sind und wohin sie fahren und was das mit der Pandemielage zu tun hat.

Darüber hinaus hat sich die Maske zum Symbol, zum Bekenntnis entwickelt, der Einheitsfront anzugehören. Vergessen scheint zu sein, dass „Experte“ Christian Drosten noch Ende Januar 2020 die Maske deziidiert für unsinnig erklärte. „Damit hält man das nicht auf“, so der Virologe. Inzwischen klingt es ganz anders. Gleiches trifft auf Jens Spahn zu. Der Sinneswandel ist mit vielem zu erklären, mit wissenschaftlichem Erkenntnisfortschritt definitiv nicht.

Interessant ist in dem Zusammenhang auch die Zurückweisung von Privilegien für Geimpfte durch die Verantwortlichen. Diese Vorteile müssten in deren Gedankengebäude doch eine natürliche Folge der dann gegebenen Immunisierung sein. Nein, lieber alles gleich. Oder auch gleich schlecht, das scheint keine Rolle zu spielen. Die Art der hier propagierten Einheitlichkeit ist übrigens ein Wesensmerkmal sämtlicher sozialistischer Politikentwürfe.



Gespaltene Nation: Trump-Anhänger vor dem Kapitol

Foto: imago images/Nordphoto

LEITARTIKEL

Keil ins Volk

HANS HECKEL

Die Wunde, welche die USA, die mächtigste und wichtigste Demokratie der Welt, seit der Präsidentschaftswahl vor gut zwei Monaten davongetragen hat, ist in ihrer Tiefe und fortdauernden Zerstörungskraft kaum zu ermessen. Was dort angerichtet wurde, wird gravierende Folgen nicht allein für die Politik und die Bürger der Supermacht zeitigen. Es wird schon wegen der Bedeutung des Landes auf die ganze Welt ausstrahlen. Die Strahlen werden giftig sein.

Donald Trump ist vorzuhalten, dass er die emotionale Dynamik, die sich in weiten Teilen seiner Anhängerschaft entwickelte und die im Sturm auf das Kapitol ihre groteske Spitze fand, nicht nur unterschätzt, sondern lange selbst mit angestachelt hat. Er sprach von „bösen“, ja „teuflichen“ Handlungen seiner Gegner. Wer in einer ohnehin hochgradig aufgeheizten Stimmung so redet, handelt verantwortungslos – oder mindestens ahnungslos, was bei einem so wichtigen Führer fast das Gleiche bedeutet.

Doch was im allgemeinen Entsetzen über die Vorgänge in Washington und die schillernde Rolle des scheidenden Präsidenten unterschlagen wird, ist der Part, den Trumps Gegner beim Drehen an der Eskalationsspirale spielen. Eine Rolle, die sie nicht nur unbelehrbar weitertreiben, sondern allen Anzeichen nach sogar noch zuspitzen wollen.

Der Rachedurst der Demokraten treibt die USA nur noch tiefer in die Spaltung

Trump's später Versuch, über die sozialen Medien die Lage zu beruhigen und seine Anhänger zu Frieden und Respekt vor den Institutionen aufzurufen, wurde per Blockade von Facebook und Twitter vereitelt. Das erweckt den Verdacht, dass die Eskalation manchen Anti-Trump-

Kräften sehr gelegen kommt, was sie durch ihre lautstark vorgetragene Empörung nur zu übertünchen trachten.

Schon vor der Wahl phantasierten einflussreiche Vertreter des Lagers der Demokraten davon, Trump-Mitarbeiter auf Schwarze Listen zu setzen, auf dass sie nie wieder Fuß fassen mögen im Berufsleben. Das läuft auf die Forderung nach gesellschaftlicher Vernichtung hinaus. Die nunmehr angestrebte Amtsenthebung Trumps, mit der er alle Privilegien eines Präsidenten a. D. verlöre und nie wieder für ein öffentliches Amt kandidieren könnte, zielt in eine ähnliche Richtung.

Dieser verbissene Verfolgungswille, der sich bei den Demokraten zeigt, schaukelt die hochexplosive Gemengelage der US-Nation noch weiter hoch. Er lässt alle Beteuerungen des neuen Präsidenten Joe Biden, das Land wieder einen zu wollen, wie Heuchelei erscheinen. Der Rachedurst der neuen Regierenden und ihrer Unterstützer könnte stattdessen einen Keil ins Volk treiben, wie ihn seit dem Bürgerkrieg niemand mehr gesehen hat. Die Borniertheit muss grenzenlos sein, wo diese Gefahr nicht erkannt wird.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Je schwächer die Sozialdemokraten in allen Umfragen abschneiden, desto stärker wird – so hat es den Eindruck – der Einfluss ihrer Jugendorganisation. Der bisherige Juso-Chef Kevin Kühnert kam einem manchmal wie ein Hans Dampf in allen Gassen vor, der den Altvorderen die medial wirksame Show stahl. Das hat zuletzt Finanzminister Olaf Scholz zu spüren bekommen. Weil Kühnert einen bissigen Anti-Groko-Kurs fuhr, trimmte er seine Jungsozialisten auf eine harte linke Linie ein. Vor einem Jahr waren auch die Juso-Stimmen das Zünglein an der Waage, dass nicht das Polit-Schwergewicht Scholz, sondern die unbeschriebenen politischen Blätter Walter Borjans und Saskia Esken neue SPD-Vorsitzende wurden.

Dampfplauderer Kühnert, der 2017 noch ein glühender Anhänger des kläglich gescheiterten SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz war, hat bei den Jusos eine

eindrucksvolle Karriere gemacht: vom Juso-Chef zum Vizeparteivorsitzenden – das gab es noch nie. Doch das reicht dem ehrgeizigen Jungpolitiker nicht. Ihm wird nachgesagt, an den Pforten des Kanzleramts rütteln zu wollen wie einst Gerhard Schröder. Um sich für diese utopische Aufgabe zu rüsten, will er 2021 in den Bundestag gewählt werden und hat dafür nun seinen Posten als Juso-Chef geräumt.



Neue Juso-Chefin: J. Rosenthal

Zu seiner Nachfolgerin haben die Jusos jetzt die 28-jährige Bonner Realschullehrerin **Jessica Rosenthal** gewählt. Aus der niedersächsischen Deister-Stadt Bad Münder stammend, hat sie in Bonn ein Lehramtsstudium mit den Fächern Deutsch und Geschichte absolviert, trat 2013 in die SPD ein und war von 2018 bis Oktober 2020 Juso-Landeschefin von Nordrhein-Westfalen. Auf dem – wie sich das heutzutage gehört – digitalen Bundeskongress, hat sie angekündigt, Kühnerts ultralinken Anti-Groko-Kurs fortsetzen zu wollen. Mit üblichen Sprechblasen wie Digitalisierungsoffensive für das Bildungssystem, zukunftsgerechter Sozialstaat und Schaffung einer nachhaltigen Industrie bis 2030 sprach sie den ähnlich gestrickten Delegierten aus dem Herzen. Das soll also die Zukunft der SPD sein? So wird selbst Kühnert sie nicht vor dem weiteren Absturz retten können. *H. Tews*

FOTO: SCHROEDER

Auf verlorenem Posten

Digitale Live-Touren in Aachen zu Karl V., der vor 500 Jahren zum römisch-deutschen König gekrönt wurde, aber später abdankte

VON VEIT-MARIO THIEDE

Vor 500 Jahren war Aachen Schauplatz der prunkvollen Krönung Karls V. (1500–1558) zum römisch-deutschen König. Daran erinnert eine Ausstellung im Aachener Centre Charlemagne, die aus bekannten Gründen nur digital stattfinden kann. Bis 28. Januar kann man sich zu kostenlosen „Live-Touren“ anmelden. Da die Leihgaben zurückgegeben werden müssen, wird der Ausstellungsteil „Wandel der Welt“ Ende Januar abgebaut. Der Rest wird bis Ende Mai, dann hoffentlich vor realem Publikum, zu sehen sein.

Fast 300 Exponate beleuchten dabei die Königskrönung und werfen Schlaglichter auf den damaligen Wandel der Welt: Die Reformation beendet die Kircheneinheit; der Druck mit beweglichen Lettern sorgt für die schnelle Ausbreitung von Nachrichten; in Mittel- und Südamerika entstehen spanische Kolonialreiche.

Bereits mit 16 Jahren wird Karl Herrscher der vereinigten Königreiche von Kastilien, Aragon und Granada sowie Regent der Königreiche Neapel, Sizilien und Sardinien. Bald schon bringt er es auf mehr als 70 Herrschertitel. Der hervorragende unter ihnen ist derjenige, der ihm nicht durch Erbe, sondern Wahl zufiel. Und zwar zum römisch-deutschen König. Danach erklärte ihn Papst Leo X. überdies zum „erwählten römischen Kaiser“.

Der Ausstellungstitel „Der gekaufte Kaiser“ spielt auf die Umstände und Konsequenzen der Königswahl von 1519 an. Denn auch König Franz I. von Frankreich kandidierte um die Krone des Heiligen Römischen Reiches. Er war nur durch den Einsatz hoher Summen aus dem Feld zu schlagen. Das wird in der Geschichtsschreibung gern als beispiellose Bestechungskampagne hingestellt.

Aus der für Karl aufgestellten „Wahlkostenrechnung“ geht hervor, wie kost-



Wartet auf die digitalen Besucher: Porträt von Kaiser Karl V. in Aachener Centre Charlemagne

spielig das war. Albrecht von Brandenburg zum Beispiel, der sich für seine Wahl zum Mainzer Erzbischof schwer verschuldet hatte, bekam mit 103.000 Gulden den höchsten Betrag. Sein älterer Bruder – Kurfürst Joachim I. – kam hingegen am schlechtesten weg. Er hatte sich lange für die Wahl von Franz I. stark gemacht. Für den Fall, dass sich dessen Kandidatur als aussichtslos erweisen würde, hatte sich Joachim Chancen ausgerechnet, selbst zum römisch-deutschen König gewählt zu werden. Erst als völlig klar war, dass Karl das Rennen macht, gab auch Joachim ihm seine Stimme. Die aber war dem Gewählten dann nur noch 25.000 Gulden wert.

Vor seiner Wahl nahm Karl V. Kredite in Höhe von rund 852.000 Gulden auf.

Hauptleihgeber war der Augsburger Handelsherr und Bankier Jakob Fugger (1459–1525). Aber ließ er sich deshalb kaufen und konnten ihm die Fugger etwa in die Regierungsgeschäfte hineinreden? Wohl kaum. Zwar war Karl und überhaupt das Haus Habsburg von den Krediten der Fugger abhängig. Doch ebenso waren diese auf die Habsburger angewiesen. Denn nur so lange sie ihre Kredite zurückzahlten, blieb die Liquidität der Fugger gesichert.

Wilhelm II. schenkte Reichsapfel

Viele Ausstellungsstücke beziehen sich auf die Krönungsfeierlichkeiten, denen übrigens Kurfürst Joachim fernblieb. Bei den Zeremonien war der Bezug auf Karl den Großen (742–814) wichtig. Im Festzug

wurden die Karlsbüste und das Jagdhorn Karls des Großen mitgeführt. Heute gehören sie zu den Attraktionen der Dom-schatzkammer. Eine von deren Leihgaben in die Sonderschau ist der Seidenmantel, den Karl V. bei der Krönungsmesse trug.

Ein schlicht aussehendes Prunkstück der Sonderschau ist die hölzerne Innenkonstruktion des Karlsthrones (um 800?). Der Rest der Thronanlage steht im Obergeschoss des Aachener Doms. Ob Karl der Große je auf dem Thron aus dünnen Marmorplatten saß, ist fraglich. Sicher aber ist, dass von 936 bis 1531 auf ihm im Verlauf ihrer Krönungszeremonie 31 Könige und zwölf Königinnen saßen. Auch Kopien des Reichsapfels und der Reichskrone sind zu sehen. Kaiser Wilhelm II. ließ

sie für eine Ausstellung anfertigen, die anlässlich der 100-Jahr-Feier der Zugehörigkeit des Rheinlandes zu Preußen stattfinden sollte, aber wegen des Ersten Weltkriegs ausfiel. Diese Kopien werden sonst im Festsaal des gotischen Rathauses präsentiert, in dem vor 500 Jahren Karl V. sein Krönungsmahl zelebrierte.

Zwar war Kaiser Karl V. der mächtigste Herrscher der damaligen Welt. Aber Kriege mit Franzosen und Osmanen, Zwistigkeiten mit dem Papst, Geldnot, Gicht, Luther und die sich abzeichnende Kirchenspaltung machten ihm die Regentschaft sauer. 1555 ließ er sich von seinem Bruder Ferdinand auf dem Augsburger Reichstag vertreten. Den dort beschlossenen Religionsfrieden unterschrieb der Kaiser jedoch nicht. Da er die von ihm angestrebte Wiederherstellung der Kircheneinheit nicht zustande brachte, entschloss er sich 1556 zu einem in der Geschichte des Alten Reiches einmaligen Schritt: Er dankte ab.

Die Kaiser-Schau ist der erste Teil einer Ausstellungstrilogie. Die Eröffnung des für den 13. November 2020 geplanten zweiten Teils im Ludwig-Forum unter dem Titel „Reisen in die Kunst der Gegenwart“ fiel dem Lockdown zum Opfer. Man hofft auf einen Neustart mit Ausstellungsende am 11. April. Zu den Besuchern der Krönungsfeier Karls V. gehörte auch der Maler Albrecht Dürer. Seiner Reise nach Aachen und in die Niederlande hofft das Suermondt-Ludwig-Museum, ab Juli mit der Schau „Dürer war hier“ über die Bühne zu bringen. Dort werden dann 100 seiner Werke sowie 40 Arbeiten seiner Zeitgenossen zu sehen sein.

● **Centre Charlemagne**, Katschhof 1, Aachen. Anmeldung für kostenlose „Digitale Live-Touren“ am 19., 21., 26. und 28. Januar unter Telefon (0241) 4324998 oder E-Mail: museumsdienst@mail.aachen.de. Internet: www.duerer2020.de

JUBILÄUM

Heimliche Mordgedanken

Patricia Highsmith hat das Krimigenre revolutioniert – Vor 100 Jahren wurde die Meisterin psychologischen Spürsinns geboren

Eine Begegnung im Kaufhaus an der Fifth Avenue in New York oder ein junger Mann, der an einem sonnigen Sommertag am Strand von Locarno spazieren geht – Alltagsszenen wie diese inspirierten Patricia Highsmith zu ihren Werken. Das, was die vor 100 Jahren im US-Bundesstaat Texas als Mary Patricia Plangman geborene Krimiautorin aus den unscheinbaren Situationen kreierte, waren vor allem literarisch umgesetzte psychologische Studien von Morden und Kriminalfällen, mit denen sie Weltruhm erlangte.

Innerhalb des Krimigenres galt Highsmith als revolutionäre Autorin, denn sie war immer radikal an den psychologischen Hintergründen einer Tat interessiert. Die Aufklärung des Mordfalls war dabei nebensächlich. Wer einen Mord begeht und was ihn dazu bringt – darauf lag stets ihr Fokus. Dabei schrieb sie keineswegs technisch oder abstrakt. Ihr Stil war literarisch, ließ sich aber genau deshalb nicht klar einordnen. Mit dem ihr eigenen Stil eroberte die am 19. Januar 1921 in Fort Worth geborene Literaturwissenschaftlerin neues Terrain und schuf ein völlig neues Genre: den psychologischen Krimi.

Gleich mit ihrem ersten veröffentlichten Buch landete Highsmith einen Coup. „Der Fremde im Zug“ von 1950 wurde von Alfred Hitchcock verfilmt und machte sie über Nacht berühmt.

Zuvor hatte sie als Verkäuferin im Einzelhandel ihren Lebensunterhalt verdient. Durch den Erfolg konnte sie nicht nur von den Einkünften aus den ersten Buchveröffentlichungen leben, sie konnte sich auch für den Rest ihres Lebens Reisen und Auslandsaufenthalte erlauben. Dabei zog es sie immer wieder nach Europa. Hier verbrachte sie einen Großteil ihres Lebens, wohnte in Frankreich, Großbritannien und schließlich in der Schweiz, wo sie am 4. Februar 1995 in Locarno an Krebs verstarb.

Im Jahr 1955 kreierte sie in ihrem Buch „Der talentierte Mr. Ripley“ die Figur des Tom Ripley. Ein junger Mann, der am Strand spazieren ging, inspirierte sie zu diesem Kriminalfall, bei dem die Polizei erfolglos Jagd auf einen Mörder macht, mit dem der Leser mitfiebert. Ripley ist ein junger Durchschnittsmensch, strebt nach besserer Kleidung, schnelleren Autos und mehr Geld. Dass er auf seinem

Weg nach oben moralisch verwerfliche Abkürzungen nimmt und nicht die für gewöhnlich vorhandenen Schuldgefühle oder ein Gewissen an den Tag legt, wird oft als faszinierend und zugleich abstoßend wahrgenommen. Die Leser begeistern sich für den Roman. Verfilmungen, erst mit Alain Delon und viel später mit



Blickte tief in die Seele: Patricia Highsmith

Matt Damon in der Hauptrolle, wurden zu Kinoschlagern.

Das Spiel mit Gegensätzen ist etwas, das Highsmith in ihrem Werk immer wieder zur Perfektion gebracht hat. Heimliche Mordgedanken, der Einfluss des Gewissens auf die Handlungen der Romanfiguren, Spannungen, die durch Angst und Schuld hervorgerufen werden – das sind Elemente, die bei der Autorin ein immer wiederkehrendes Element darstellen.

Ein anderer Aspekt, den sie in ihren Werken immer wieder aufgreift, sind gleichgeschlechtliche Neigungen, die in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts von der Gesellschaft nicht akzeptiert wurden. Den Roman „Salz und sein Preis“ veröffentlichte sie 1952 unter dem Pseudonym Claire Morgan und öffnete erst sehr spät, im Jahr 1990, das wohlgehütete Geheimnis, dass dieses Buch aus ihrer Feder stammte. Der autobiographisch geprägte Roman, der ausnahmsweise einmal kein Krimi ist, kam 2015 unter dem Titel „Carol“ in die Kinos.

In ihrem Heimatland USA fand sie vergleichsweise wenig Anerkennung. In Europa wurde sie für ihren Stil geliebt und

bewundert. Insgesamt 22 Romane und Kurzgeschichten, die in sieben Sammelbänden erschienen sind, hat sie im Laufe ihres Lebens geschaffen. Ihre Bücher sind in 25 Sprachen übersetzt worden. Vor allem in Europa und Japan fanden die Bücher großen Anklang. Auch verfilmt wurden viele ihrer Werke, besonders in Frankreich waren die Verfilmungen gefragt. Nicht nur Hitchcock, auch Claude Chabrol und Wim Wenders haben dabei Regie geführt und dafür gesorgt, dass der Name von Highsmith und ihre Romane unvergesslich bleiben werden.

Stephanie Sieckmann

● **Neue Bücher** gebundene Ausgaben im Diogenes Verlag: „Ladies. Frühe Stories“ (320 Seiten, 24 Euro); „Diaries/Notebooks. Die Tage und Notizbücher“ (erscheint im Herbst); im Dezember erschienen sind Diogenes-Taschenbuchneuaufgaben von „Der Schrei der Eule“, „Der süße Wahn“, „Ediths Tagebuch“, „Tiefe Wasser“, „Elsies Lebenslust“ und „Salz und sein Preis“ (jeweils 13 Euro); am 26. Mai erscheint Highsmiths Erstling „Zwei Fremde im Zug“ in einer Neuauflage (432 Seiten, 13 Euro)

100 JAHRE BURGENLAND

Eine kleine Ausnahme von der Regel

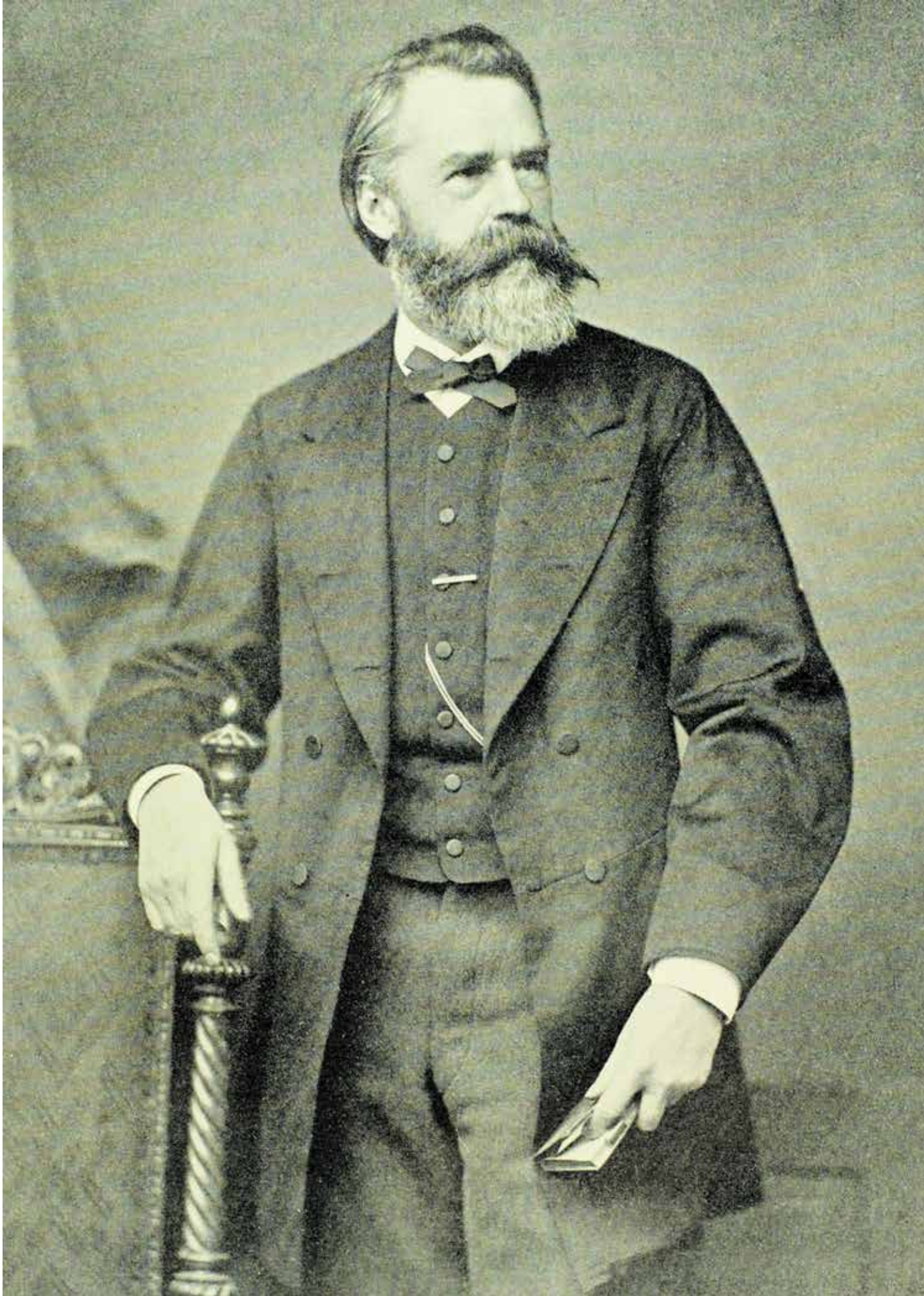
„Österreich ist das, was übrig bleibt“, sagte der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau bei der Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg. Der Verliererstaat des Ersten Weltkrieges verlor nach der Niederlage einen Großteil seiner Gebiete.

Da ist es geradezu exotisch, dass mit dem Burgenland ein kleines Gebiet hinzukam. Dieser Gewinn ist wohl nur damit zu erklären, dass die damit verbundene Grenzverschiebung nicht zulasten eines neutralen oder gar eines Siegerstaates erfolgte, sondern auf Kosten Ungarns, das von den Siegern ebenfalls zu den Kriegsverlierern gezählt wurde. Die österreichisch-ungarische Grenze war eine innerhalb des Verliererlagers, und deshalb konnten sich die Sieger großzügig zeigen und das vorgeblich ihre Neuordnung Europas bestimmende Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Anwendung bringen. Deutsch-Westungarn, wie der mehrheitlich von Deutschen bewohnte österreichisch-ungarische Grenzstreifen zwischen der Slowakei im Norden und Slowenien im Süden damals noch vielsagend genannt wurde, sollte also zum deutschen Staat Österreich kommen.

Abgesehen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprach noch Weiteres aus Sicht der Sieger für diese Grenzverschiebung. Weitaus stärker noch als Berlin durch die Abtrennung Ostdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist Wien durch die Zerschlagung der Donaumonarchie nach dem Ersten Weltkrieg in eine Randlage geraten, welche die Versorgung der Metropole mit Lebensmitteln aus dem Umland zu gefährden drohte. Zudem war Ungarn vom 21. März bis zum 1. August Räterepublik, und die allesamt kapitalistischen Siegermächte hatten kein Interesse daran, einen sozialistischen Staat zu schonen.

Österreich stand vor der Frage, wie es seinen Territorialgewinn nennen sollte. Es entschied sich schließlich für „Burgenland“, denn das Gebiet setzte sich aus Teilen von altungarischen Komitaten (Verwaltungseinheiten) zusammen, die allesamt den Bestandteil „burg“ im Namen führten: Wieselburg (Moson), Ödenburg (Sopron) und Eisenburg (Vas). Die formelle Eingliederung des Neuerwerbs regelte vor 100 Jahren das Bundesverfassungsgesetz über die Stellung des Burgenlandes als selbstständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung vom 25. Januar 1921.

Ungarn leistete jedoch hinhaltenden Widerstand mit irregulären und teils auch regulären Truppen. Unter dem Einfluss Italiens, das wegen der Annexion des vormals österreichischen Südtirols ein stärkeres Interesse an einer Schwächung Österreichs als Ungarns hatte, kam es zu einem Kompromiss: Das Burgenland kam grundsätzlich zu Österreich, zu dem es heute noch gehört; aber in Ödenburg (Sopron), das eigentlich die Hauptstadt des Burgenlandes hatte werden sollen, und dessen für die Wasserversorgung der Stadt wichtigem Umland wurde separat abgestimmt. Diese Volksabstimmung vom 14. und 16. Dezember 1921, deren Korrektheit umstritten ist, hatte das offizielle Ergebnis, dass die Mehrheit in der Stadt für Ungarn und in dessen Umland für Österreich gestimmt habe. In der Konsequenz verblieb Ödenburg samt Umland bei Ungarn, zu dem es bis heute gehört. *Manuel Ruoff*



Er suchte „Forschung und künstlerische Darstellung zu vereinigen“ und wünschte auch, dass man ihm „zugabe, die Kunst des Erzählers zu besitzen, welche in Deutschland nicht häufig ist“: Ferdinand Gregorovius *Foto: pa*

FERDINAND GREGOROVIVS

Ein Ostpreuße erschließt das römische Mittelalter

Bis heute werden die Werke des vor 200 Jahren geborenen Historikers gelesen. Der gebürtige Neidenburger prägte das Italienbild der Deutschen maßgeblich

VON ERIK LOMMATZSCH

Drei Lebensmittelpunkte weist die Biographie von Ferdinand Gregorovius auf. Da wären zunächst Jugend, Ausbildung und erste berufliche Tätigkeiten in Ostpreußen. Für über zwei Jahrzehnte nahm er seinen Wohnsitz in Rom. In München ließ er sich in der letzten Lebensphase nieder, in der er immer wieder längere Reisen unternahm. Gregorovius, Verfasser einer Vielzahl überwiegend historischer Schriften und vor allem für seine große „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“ bekannt, entfaltete eine kaum zu überschätzende Wirkung: „Kein Deutscher – das darf man auch den Goethe-Verehrern ins Stammbuch schreiben – hat sich um Kenntnis und Verständnis Italiens mehr verdient gemacht als Ferdinand Gregorovius“, so der Historiker Franz J. Bauer.

Die Vorfahren des am 19. Januar 1821 im masurischen Neidenburg geborenen Publizisten, der als freier Historiker auch Maßstäbe in der Wissenschaft setzte, waren überwiegend Rechtsgelehrte und Theologen. Der Vater, Kreisjustizrat, hatte sich für die Renovierung der ehemaligen Deutschordensritterburg verwendet. Diese bewohnte er dann mit seiner Familie. Gregorovius meinte rückblickend, der Bau habe nachhaltig auf ihn gewirkt, ohne diesen Einfluss hätte er möglicherweise niemals seine Geschichte Roms verfasst. Fest steht, dass der unmittelbare Eindruck vor Ort für seine Arbeit stets wesentlich war. Arnold Esch, bis 2001 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom, sagt, Gregorovius’ „Darstellungskunst, deren Suggestion auch seine Kritiker empfanden, beruht auf der innigen Verbindung von Anschauung und Reflexion“. Gregorovius selbst äußerte, der Blick auf Rom ma-

che „mehr zum Philosophen als hundert Winterabende hinter dem Aristoteles“.

Aufgewachsen in einer Ritterburg

Italien hatte für Gregorovius allerdings nicht von Anfang an die zentrale Bedeutung, die es später einnehmen sollte. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Gumbinnen studierte er in Königsberg Theologie und Philosophie. Das Ziel, Pfarrer zu werden, ein Beruf, zu dem er kaum Neigung verspürte, gab er, wie es heißt, nach „zweimaligem Besteigen der Kanzel“ auf. Er setzte das Studium fort und wurde mit einer Dissertation über Plotin, einen der bedeutendsten spätantiken Philosophen, promoviert. Lehrer war er, Redakteur der „Neuen Königsberger Zeitung“ sowie Mitarbeiter der „Hartungschen Zeitung“. Er verfasste daneben mehrere größere Werke, etwa den Roman „Werdmar und Wladislav in der Wüste der Romantik“ oder

die Abhandlung „Die Idee des Polenthums. Zwei Bücher polnischer Leidensgeschichte“. Mit den demokratischen Ideen von 1848/49 sympathisierte er. Als erste Beschäftigung mit einem großen historischen Stoff gilt Gregorovius’ 1851 erschienenes Buch über den römischen Kaiser Hadrian.

Eine Reihe von Gründen ist wohl dafür verantwortlich zu machen, dass er 1852 seine Heimat verließ und nach Italien aufbrach. Gregorovius haderte mit den politischen Zuständen. Hinzu kam wohl eine innere Krise. In dieser Situation gab ihm die materielle Unterstützung eines Freundes Gelegenheit zur Reise, die schließlich zu einem langjährigen Aufenthalt wurde. Im April 1852 erreichte er Venedig, durchwanderte aber zunächst ein Vierteljahr lang Korsika, bevor er nach Rom gelangte. In der ewigen Stadt verfasste er ein Buch über die im zurückliegenden Sommer erkundete Mittelmeerinsel. Die Art und Weise des Beschreibens setzte er in fünf Bänden „Wanderjahre in Italien“ fort. Gregorovius gilt damit als Begründer der historischen Landschaftsschilderung.

Ehrenbürger Roms

Über sein Vorhaben, eine Geschichte Roms zu verfassen, notierte er im Oktober 1854 in seinem Tagebuch: „Ich faßte den Gedanken dazu, ergriffen vom Anblick der Stadt, wie sich dieselbe von der Inselbrücke S. Bartolomeo darstellt. Ich muß etwas Großes unternehmen, was meinem Leben Inhalt gäbe.“ Das Werk erschien zwischen 1859 und 1872 in acht Bänden. Die preußische Regierung förderte die Erstellung finanziell. Der Inhalt umfasst reichlich 1000 Jahre von der Eroberung der Stadt durch den Westgoten Alarich I. 410 bis zur Plünderung durch die Truppen Karls V., den Sacco die Roma 1527. Mehrfach wurde es übersetzt und war populär.

Hohe Ansprüche hatte Gregorovius an sich selbst: „Ich suche Forschung und künstlerische Darstellung zu vereinigen und wünsche auch, daß man mir zugäbe, die Kunst des Erzählers zu besitzen, welche in Deutschland nicht häufig ist.“ Gerechtfertigt ist er dem. Zwar mögen dem Leser von heute die Moralisierungsfremd sein. Auch das Urteil über die Päpste, deren weltlicher Macht der protestantische Autor äußerst skeptisch gegenüberstand, hält moderner Forschung nicht mehr stand. Nach wie vor beeindruckend jedoch ist die Menge der von Gregorovius durchgesehenen Dokumente. Für damalige Verhältnisse ungewöhnlich, berücksichtigte er Volk und Alltag ausführlich. Nach Esch entfaltet Gregorovius „seine Meisterschaft ... im Gruppieren der Stoffmassen um bestimmte Leitgedanken, in der treffenden Auswahl und dem gelungenen Arrangement der Quellen, der Abfolge von Ereignisschilderung und Zustandsbeschreibung und im einfühlsamen Porträt“.

Das Risorgimento, die italienische Einigungsbewegung, verfolgte er mit Wohlwollen. Die Stadt Rom machte ihn zum Ehrenbürger und finanzierte eine Übertragung der Arbeit in die Landessprache, während der Vatikan sie auf den Index der für Katholiken verbotenen Bücher setzte. Die Italiener suchten seinen Rat beim Neuaufbau der römischen Archive.

Nachdem er noch eine Monographie über Lucrezia Borgia abgeschlossen hatte, ebenfalls auf breiter Materialgrundlage, siedelte Gregorovius 1874 nach München über. Neue Aufgaben nahm er in Angriff, nicht ohne Übergangsschwierigkeiten nach dem Abschluss seines monumentalen Hauptwerkes. Wiederum stark geprägt von Eindrücken vor Ort entstand unter anderem die „Geschichte der Stadt Athen im Mittelalter“. Nicht alle Vorhaben konnte er vor seinem Ableben am 1. Mai 1891 umsetzen. Eine geplante Jerusalem-Darstellung blieb unausgeführt.

Gregorovius hat insbesondere im letzten Lebensdrittel hohe Anerkennung erfahren, war Mitglied mehrerer Akademien, eine Professur schlug er aus. Sein umfassendes Werk wird zu großen Teilen bis heute nachgedruckt.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im statistischen Durchschnitt mussten im Zweiten Weltkrieg 108 viermotorige Bomber 648 Bomben abwerfen, um ein ausgewähltes Ziel zu treffen. Dies kann heute eine einzige „Smart Bomb“ erledigen. Hierbei handelt es sich um einen Sprengkörper, der zur Klasse der präzisionsgelenkten Munition (PGM) gehört. Darunter fallen selbststeuernde Raketen, Bomben und Granaten, die Flugrichtung und -lage nach dem Abschuss oder Abwurf eigenständig zu ändern vermögen und dadurch eine wesentlich höhere Treffergenauigkeit erreichen. Ihre Premiere erlebten die „intelligenten“ Bomben am 10. Mai 1972, als die US-Luftwaffe die Paul-Doumer-Brücke in Nordvietnam zu zerstören versuchte. Zum ersten wirklich großen Experimentierfeld für PGM avancierte indes erst der Zweite Golfkrieg, die

Präzisionsgelenkte Munition eignet sich insbesondere für asymmetrische Kriege

Operation Desert Storm (Wüstensturm), die vor 30 Jahren, am 17. Januar 1991, um 3 Uhr Ortszeit begannen.

Casus Belli war die Annexion des Emirates Kuwait durch den Nachbarstaat Irak im August 1990. Daraufhin verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 662 mit der Forderung nach einem unverzüglichen Abzug der irakischen Truppen und die Resolution 678, welche die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ermächtigte, „alle erforderlichen Mittel einzusetzen“, um Kuwaits Besetzung zu beenden.

Letzteres wurde insbesondere von den USA angestrebt. Gemäß der am 23. Januar 1980 verkündeten und nach dem damaligen US-Präsidenten benannten Carter-Doktrin galt der Raum um den Persischen Golf als Region von herausragender strategischer Bedeutung und jeder Versuch einer einzelnen Macht, die Kontrolle darüber zu erlangen, als „Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten“.

Im konkreten Falle ging es den USA weniger um das besetzte Kuwait als um Saudi-Arabien, an dessen Grenzen die irakischen Panzer nun standen. Wäre Iraks Präsident Saddam Hussein auch in das wahhabitische Königreich eingefallen, hätte er faktisch über die Hälfte der damals bekannten globalen Ölreserven verfügt. Um das zu verhindern, schmiedete Washington ein Militärbündnis, das am Ende 34 Staaten vereinte, darunter sogar arabische Staaten wie Ägypten oder Marokko.

„Chirurgische Schläge“

Trotz dieser Übermacht dachte Hussein nicht daran, der UN-Forderung nachzukommen, Kuwait bis zum 15. Januar 1991 zu räumen. Vielmehr schwor er seine 650.000 Soldaten am 6. Januar voller Pathos auf die „Mutter aller Schlachten“ ein. Einen Tag nach dem Verstreichen des UN-Ultimatums, am 17. Januar 1991, starteten die Koalitionstreitkräfte, die eine Stärke von 956.600 Mann hatten, von denen 575.000 dem US-Militär angehörten, ihre Offensive gegen den Irak. An deren Anfang standen fast 110.000 Luftangriffe auf militärische Ziele in Kuwait sowie Teile der irakischen Infrastruktur wie Kraftwerke, Häfen, wasserwirtschaftliche Anlagen, Ölraffinerien oder Verkehrswege. Dabei kam oftmals auch präzisionsgelenkte Munition zum Einsatz, so zum Beispiel bei der Zerstörung von Radaranlagen, Stellungen von Flugabwehrraketen und Bunkern. Allerdings machten ungeachtet aller Propaganda die „Smart Bombs“ nur 7,4 Prozent der verwendeten Bomben mit einem Gesamtgewicht von 60.624 Tonnen aus. Die ver-

bleibenden Prozent wurden wie schon zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs im Rahmen von Flächenbombardements abgeworfen.

Hussein reagierte mit dem Abschuss von Scud-Raketen auf Israel und Saudi-Arabien. Außerdem besetzten irakische Einheiten am 29. Januar die saudi-arabische Grenzstadt Chafdschi.

Nach einem weiteren Ultimatum an die Adresse Bagdads, bis zum 23. Februar den Rückzug anzutreten, begann am Folgetag die Bodenoffensive der Alliierten unter dem Kommando des US-Viersternegenerals Norman Schwarzkopf. In deren Verlauf wurden bei sehr geringen eigenen Verlusten 29 irakische Divisionen zerschlagen und über 3000 gegnerische Kampfpanzer zerstört. 63.000 Soldaten Husseins gerieten in Gefangenschaft. Der Krieg endete am 12. April 1991, nachdem der Kommandorat der Revolution in Bagdad die Annexion Kuwaits formell annulliert hatte.

Nach dem Zweiten Golfkrieg kam präzisionsgelenkte Munition bei den

NATO-Luftangriffen in Bosnien-Herzegowina und Afghanistan zum Einsatz. In Afghanistan betrug ihr Anteil an den abgeworfenen Bomben bereits 60 Prozent. Und im Dritten Golfkrieg vom 20. März bis 1. Mai 2003 waren rund 20.000 der 30.000 gegen den Irak eingesetzten Bomben Präzisionswaffen.

Bewaffnete Kampfdrohnen

Die Vorteile des Einsatzes von präzisionsgelenkter Munition für den Anwender liegen auf der Hand. Bei den sogenannten chirurgischen Schlägen (surgical strikes), wie der militärische Euphemismus lautet, gibt es weniger Streuverluste und propagandistisch unangenehme Kollateralschäden. Präzisionsgelenkte Munition eignet sich insbesondere für die Bekämpfung vergleichsweise kleiner Ziele und damit für die asymmetrischen Kriege der Gegenwart, in denen der Gegner oft nur in geringer Zahl auftritt und kleinräumig agiert.

Allerdings gibt es auch eine Achillesferse der präzisionsgelenkten Munition und

ähnlicher neuartiger Waffen wie unbemannten Marschflugkörpern und Drohnen, die durch Trägheits- und Satelliten-Navigationssysteme oder per Fernsteuerung gelenkt werden. Jeder technisch einigermaßen bewanderte Gegner findet bei ihnen eine Vielzahl von Störmöglichkeiten vor, deren Nutzung oft nur relativ geringen Aufwand erfordert. Dazu zählen die Unterbrechung von Datenströmen, die „Blendung“ von Sensoren an der präzisionsgelenkten Munition und den Flugkörpern sowie Hackerangriffe auf die Computersysteme oder weitere kritische Infrastrukturen zur Absicherung der Missionen.

Insofern löst die insbesondere von der Union befürwortete Anschaffung bewaffneter Kampfdrohnen nicht das grundsätzliche Problem der Bundeswehr. Sollte es nämlich dem Gegner gelingen, die neuartigen Drohnen mit elektronischen Mitteln auszuschalten, müsste die Bundeswehr wieder auf die übliche althergebrachte Weise kämpfen, wozu sie kaum mehr in der Lage ist.



Während der Operation Desert Storm: Vom US-amerikanischen Lenkwaffenkreuzer „Mississippi“ startet am 29. Januar 1991 ein Marschflugkörper des Typs BGM-109 Tomahawk Richtung Irak

Foto: pa

OAS-GRÜNDUNG

Tödliche Verschwörung in Madrid

Manche kennen Frederick Forsyths Roman „Der Schakal“, andere dessen Verfilmung von 1973 mit Edward Fox in der Titelrolle und Michael Lonsda-



FOTOS OBEN UND LINKS: ANFO/ATONAL ARCHIEF, CC-BY; FOTO RECHTS: LH77

General Raoul Salan (o.), Pierre Lagailarde (l.) und Jean-Jacques Susini (r.)

le als dessen Gegenspieler von den Sicherheitsbehörden. Die Handlung beruht insoweit auf Fakten, als es tatsächlich einen gescheiterten Attentatsversuch der OAS auf den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle gegeben hat.

Bei der OAS, der Organisation de l'armée secrète (Organisation der geheimen Armee), handelte es sich um eine Terrororganisation, die mit Gewalt gegen Algerier wie Franzosen die von de Gaulle schließlich eingeschlagene Politik der Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit torpedieren wollte. Getragen und unterstützt wurde sie vor allem von Algerienfranzosen, die um ihre Heimat und ihre Privilegien fürchteten, sowie Kolonialoffizieren.

Als Gründungsakt gilt ein Treffen vor 60 Jahren, am 20. Januar 1961, in Madrid. An dem Treffen nahmen nicht wie bei William Shakespeare oder Theodor Fontane drei Hexen teil, sondern drei Franzosen. Mit Jahrgang 1899 der mit Abstand Älteste war Raoul Salan. Der hochdekorierte General mit ausgeprägter Kolonialerfahrung hatte von 1956 bis 1958 die französischen Truppen im Algerienkrieg kommandiert, nachdem er zuvor diese Funktion bereits im Indochinakrieg wahrgenommen hatte. Jean-Jacques Susini und Pierre Lagailarde waren mit den Jahrgängen 1933 und 1931 eine Generation jünger. Susini war Algerienfranzose, Lagailarde war zwar in Frankreich geboren, aber bereits früh nach Algerien gekommen. Nach der gescheiterten Semaine des barricades à Alger (Barrikaden-Putsch in Algier) des Januar 1960 waren beide nach Spanien geflohen, das in der Franco-Ära diversen oppositionellen Franzosen Asyl gewährte.

Die OAS blieb erfolglos, seit 1962 ist Algerien unabhängig. Für Salan brachte der bewaffnete Widerstand gegen de Gaulles Algerienpolitik Gefängnishaft, für die beiden anderen das Exil. Alle drei profitierten jedoch 1968 von einer Amnestie de Gaulles.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Eine Brockhaus-Enzyklopädie in 30 Bänden zum Preis von rund 3000 Euro kann und will sich heutzutage kaum noch jemand ins Bücherregal stellen. Zumal das darin enthaltene Wissen oft schnell veraltet. Im Zeitalter des Internets werden Informationen gegoogelt, die bevorzugte Quelle hierbei ist das für jedermann zugängliche kostenlose Online-Lexikon Wikipedia.

Das Portal rangiert in Deutschland an sechster Stelle der am häufigsten besuchten Webseiten und basiert auf der angeblichen Schwarmintelligenz von mehr als 90 Millionen ehrenamtlichen Autoren rund um den Globus, welche inzwischen um die 50 Millionen Artikel in fast 300 Sprachen verfasst oder ergänzt haben. Das klingt beeindruckend und erweckt den Anschein, als sei hier tatsächlich ein Großteil des derzeitigen „Weltwissens“ zusammengetragen worden. Deshalb ertönte inzwischen sogar der Ruf, die Wikipedia, deren Marktwert heute bei bis zu 80 Milliarden US-Dollar liegen soll, zum Weltkulturerbe zu erklären.

Vater der Idee von einer gemeinschaftlich erstellten Online-Enzyklopädie war der amerikanische Internet-Pionier Rick Gates. Doch kam sein Projekt Interpedia von 1993 nicht über das frühe Planungsstadium hinaus. Sieben Jahre später versuchte dann der ehemalige Börsenhändler Jimmy Wales zusammen mit dem Philosophen Lawrence Sanger ein englischsprachiges Internet-Lexikon namens Nupedia zu schaffen. Dabei verlief der Redaktionsprozess hier genau wie bei den konventionellen Druckausgaben – nämlich langsam und umständlich.

Am 15. Januar 2001 ging es los

Aus diesem Grunde horchte Sanger interessiert auf, als ihm der Programmierfachmann Ben Kovitz am Abend des 2. Januar 2001 das Grundprinzip der neuen Wiki-Software erklärte. Das bestand darin, dass Computerbenutzer Internetseiten nicht mehr nur passiv lesen, sondern auch in Echtzeit verändern konnten – deshalb die Bezeichnung „Wiki“ nach dem hawaiianischen Wort für „schnell“. Bereits acht Tage später stellten Wales und Sanger eine erste derartig gestaltete Nupedia-Seite ins weltweite Netz. Dem folgte am 15. Januar 2001 der sogenannte Wikipedia-Tag: Das Parallelprojekt zur nachfolgend bald aufgegebenen Nupedia erhielt nun den Namen Wikipedia sowie eine eigene Internetadresse.

Und dieses Netz-Lexikon erlebte sofort exorbitanten Zuspruch: Innerhalb von nur vier Wochen erstellten die Benutzer bereits 1000 Seiten, und am 9. Januar 2002 enthielt die englischsprachige Version der Wikipedia gar schon 20.000 Artikel. Gleichzeitig entstanden im ersten Jahr noch Ausgaben auf Deutsch, Japanisch, Katalanisch, Chinesisch, Esperanto, Französisch, Hebräisch, Italie-

nisch, Portugiesisch, Spanisch, Russisch, Schwedisch, Dänisch, Norwegisch und Polnisch.

Die Finanzierung der Wikipedia erfolgt seit dem 20. Juni 2003 durch die Stiftung Wikimedia Foundation (WMF), welche in aller Welt Spenden einwirbt. Das Geld stammt dabei sowohl von zahllosen Einzelpersonen – darunter dem Spekulant George Soros – als auch von Unternehmen wie den Internetkonzernen Google und Amazon sowie dem Investment-Bankhaus Goldman Sachs. Dies schafft natürlich diverse Abhängigkeiten, was aber keineswegs der einzige Anlass zur Kritik an Wikipedia ist, denn diese nahm in den 20 Jahren ihres Bestehens noch weitere Fehlentwicklungen.

Manipulativ und tendenziös

Obwohl die Netz-Enzyklopädie keine Plattform für weltanschauliche, politische oder religiöse Propaganda sein sollte, kamen bald viele ihrer Artikel mani-

pulativ oder tendenziös daher. Das lag zum einen am Einfluss der Großspender, zum anderen wurde Wikipedia zum Tummelplatz von allerlei Ideologen, Werbeagenturen und Lobbygruppen, die das Lexikon für ihre jeweiligen Kampagnen nutzten. Zehn Jahre nach dem Start des Wikipedia-Projektes verstießen bereits 40 Prozent aller Artikel gegen das Gebot der Objektivität, wie die US-Forscher Shane Greenstein und Feng Zhu damals feststellten.

Hierfür zeichneten vor allem Personen linker Couleur verantwortlich, was sich bis heute nicht geändert hat. So zeigt ein Blick auf die deutsche Version von Wikipedia, dass inzwischen sogar manche der Administratoren, welche zur Freigabe oder Sperrung von Texten berechtigt sind, als selbst ernannte Gesinnungspolizisten auftreten, die Feldzüge gegen die „Neue Rechte“ – oder was sie dafür halten – führen. Diesen Linksdrall belegen auch Untersuchungen der Europa-Universität

Viadrina in Frankfurt an der Oder sowie das 2020 erschienene „Schwarzbuch Wikipedia“, in dem der frühere Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, einen der aktivsten Wikipedia-Desinformanten in der Bundesrepublik exemplarisch aus der Anonymität holt: Hinter dem manischen Vielschreiber „Kopilot“, welcher innerhalb eines Jahres 8600 Artikel verfasste oder manipulierte, verbirgt sich der Antifa-Aktivist Gerhard Sattler aus Melle.

Antifa, Willkür und Mobbing

Doch damit nicht genug: Neben den ideologischen Vorlieben vieler Mitglieder der Wikipedia-„Gemeinde“ wurde im Laufe der Zeit auch deren mangelnde Kompetenz zum Problem. Die Mehrzahl der Artikel stammt inzwischen keineswegs mehr von Experten, sondern von Schülern oder Studenten, die ihre Elaborate oft im Eiltempo zusammenschustern. Was das für Folgen haben kann, wird bei-

spielsweise aus einer gründlichen Analyse des Eintrags über das sowjetische Massaker an polnischen Offizieren im Wald von Katyn im Frühjahr 1940 ersichtlich, die immerhin 130 Sachfehler zutage förderte. Grund für den Schwund an qualifizierten Autoren ist das interne Klima bei Wikipedia: Übelste Mobbingattacken und willkürliche Löschungen oder Veränderungen von Beiträgen vergällten schon vielen Fachleuten die Mitarbeit.

Aus all diesen Gründen kam die Untersuchungsgruppe Wiki-Radar, welche die fragwürdigen Praktiken bei Wikipedia offenzulegen versucht, auch zu dem Schluss, dass das Online-Lexikon „das aktuell gefährlichste Phänomen im Internet“ sei. Gleichzeitig sahen sich Bildungseinrichtungen wie das Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der TU Dortmund veranlasst, die Verwendung von Zitaten aus der deutschsprachigen Wikipedia in akademischen Abschlussarbeiten zu untersagen.



Selbst ernannte Gesinnungspolizisten: Feldzüge gegen alles, was anonyme Administratoren für rechts halten

Foto: Shutterstock

INTERNET-LEXIKON

Vom Niedergang eines großartigen Projekts

Vor genau 20 Jahren startete Wikipedia: Was als wissenschaftsgestützte Netz-Enzyklopädie geplant war, ist zu einem Gutteil zum Tummelplatz für Propaganda und Wahrheitsverdrehung verkommen

SANSSOUCI

Zerstörungswut gegen Preußens Arkadien

Potsdams Schlösserwelt wird zunehmend Ziel von Randalen – Lockdown hat die Lage noch verschärft

Noch in den letzten Tagen des vergangenen Jahres ist es beim Potsdamer UNESCO-Weltkulturerbe Schloss Sanssouci zu einem Fall von Zerstörungswut gekommen. Ein oder mehrere unbekannte Täter warfen 30 bis 40 Glasscheiben der verglasten Weinbergterrassen ein. Der Schaden beläuft sich nach Angaben der Schlösserstiftung auf 2000 Euro. Entdeckt wurde der Schaden am 30. Dezember durch einen Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes.

In die Nischen der Stufen der Weinbergterrassen hatte Friedrich der Große neben Weinreben auch Feigenbäume pflanzen lassen, die im Winter mit Glas-

fenstern vor der Kälte geschützt werden. Aufgrund der milden Witterung werden die Pflanzen in den betroffenen Kabinen „wohl überleben“, so der Sprecher der Schlösserstiftung. Bereits ein Jahr zuvor, kurz vor Silvester 2019, war es an den Gewächshäusern des Weinbergs zu ähnlichen Zerstörungen gekommen. Zum Ende des Jahres 2020 gab es in den Potsdamer Schlossparks nun gleich zwei Fälle.

Auch Schloss Babelsberg betroffen

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember richteten bislang unbekannte Täter auch Schäden im Park von Schloss Babelsberg

an. Vermutlich mehrere Randalierer verklebten die Zylinderschlösser der Toranlagen dreier Zugänge zum Park: am Havelhaus, am Pförtnerhaus an der Allee nach Glienicke und an der „Verdeckten Pforte“ an der Mühlenstraße. Bei der Aktion verklebten die oder der Täter die Schösser so, dass sie sich nicht mehr öffnen ließen und die Parkeingänge unpassierbar wurden.

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg war gezwungen, die beschädigten Schlösser auszutauschen. Ein Sprecher der Stiftung sagte, es sei „rein spekulativ“, ob es zwischen dem Angriff auf den Park Babelsberg und den

Zerstörungen am Schloss Sanssouci einen Zusammenhang gebe. Die Stiftung verzeichnet schon seit einigen Jahren immer mehr Schäden durch Zerstörungswut und eine wachsende Menge an zurückgelassenem Müll in den Parkanlagen.

Gegenmaßnahmen eingeleitet

Das Problem hat sich seit dem Beginn der Corona-Pandemie und der Lockdown-Maßnahmen noch verstärkt. Frank Kalensee, Pressesprecher der Stiftung, sagte: „Während des Lockdowns waren alle Parks in Potsdam (gemeint sind alle anderen, d. Red.) gesperrt. Wir haben uns be-

wusst dafür entschieden, unsere Anlagen offen zu lassen. Das hat natürlich den Druck auf sie erhöht.“

Besonders der Neue Garten und Park Babelsberg sind in Corona-Zeiten auch in den Abendzeiten zu Treffpunkten größerer Menschengruppen geworden. Mit diesen Parkbesuchern haben in den vergangenen Monaten auch die Vermüllung der Anlagen und die Zerstörungen zugenommen. Im Bereich des Babelsberger Parks greift die Schlösserstiftung inzwischen zu baulichen Gegenmaßnahmen und schließt eine Lücke in der Umzäunung des Weltkulturerbeparks.

Norman Hanert



ALLENSTEIN

Wildschweine erobern die Kunstszene

Überall in der Stadt gibt es seit Kurzem an vielen Wänden Abbildungen der Störenfriede

DAWID KAZANSKI

Wildschweine scheinen nun endgültig zu einem erkennbaren Teil der Allensteiner Landschaft geworden zu sein. Es ist noch nicht lange her, dass man auf die Tiere nicht nur am Stadtrand, sondern auch in dicht besiedelten Wohnvierteln mit Mehrfamilienhäusern stoßen konnte.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass diese Tiere in der Kunst thematisiert werden. Seit letztem Herbst sind Wildtiermotive immer häufiger auf städtischen Wandbildern zu sehen. So kann man beispielsweise auf einer Garagenmauer nahe der Mariengasse ein Graffito entdecken, auf dem ein bedrohlich wirkendes Wildschwein dargestellt ist. Das Tier fletscht seine Reißzähne, hat rote Augen, die zu seinem unheimlichen Aussehen beitragen und Speichel läuft aus seinem Maul. Im Hintergrund ist eine kleine Gruppe von Wildschweinen in der Umgebung von Wohnblöcken zu sehen.

Wildschweine in der Kunst

Das Graffito wurde von einem Allensteiner Künstler geschaffen, der unter dem Pseudonym Sekret tätig ist. Ein weiteres, viel umstritteneres Werk mit dem Motiv eines Wildschweins erschien auf einer durch verschiedene Graffiti bekannten Wand, die sich in der Synów-Pułku-Straße befindet. Es ist die Rede von einem Wildschwein, das sich mit einem Hund paart. Die Inspiration für die Entstehung dieses Wandbildes war eine ungewöhnliche Situation, die auf einem Foto verewigt wurde, das dann von Nutzern im Internet und in sozialen Netzwerken weiterverbreitet wurde. Obwohl das Foto des Ereignisses nicht in Allenstein aufgenommen wurde, diente es einem Künstler als Inspiration zur Grafik auf einer Straßenmauer.

Das Wandbild, das einen Pitbull und ein Wildschwein in einer eindeutigen Situation zeigt, rief unterschiedliche Reaktionen her-



Furchterregend: Graffito von Wildschweinen in der Nähe der Mariengasse

Foto: D.K.

vor: Manche Menschen lachten, andere waren schockiert. Einige sagten, es sei nichts Ungewöhnliches, andere hielten das Gemälde für obszön. Gegenüber dem beschriebenen Graffito befindet sich ein weiteres Bild des Tieres im sogenannten Street Art-Stil, das nur den Kopf des Wildschweins zeigt. Zweifellos kann das Wildschwein nun als ein Element der Popkultur der Region betrachtet werden.

Im Spätsommer 2020 erschien sogar ein Lied über Wildschweine. Der aus Allenstein stammende Adam Wasilewski, der den Clip aufgenommen hat, zählt in seinem Lied verschiedene Attraktionen

der Stadt auf, von denen die größte die wilden Tiere seien. Am populärsten wurde der Refrain des Liedes, der da lautet: „Drück ein Wildschwein an dein Herz, vertreibe es nicht aus dem Müllcontainer.“

Ein Lied zu Ehren des Ebers

Das Lied erlangte in kurzer Zeit große Beliebtheit auf einem der gängigsten Internetportale und wurde so zu einem Werbemittel der Stadt. Allerdings scheint alles darauf hinzudeuten, dass die Anwesenheit von Tieren im öffentlichen Raum bald Geschichte ist, soll heißen, dass das

Problem, das die Bewohner noch im vergangenen Jahr plagte, verschwindet.

Dies wird durch die geringe Anzahl von Anzeigen bestätigt, die derzeit bei der Stadtpolizei erstattet werden. Den Rückgang der Wildschweinpopulation beeinflusste stark die städtischen Dienste, deren Aktivitäten darin bestanden, die Tiere effektiv zu fangen. Außerdem starben einige der Wildschweine an der Afrikanischen Schweinepest, und etwa ein Dutzend verunglückte bei Autounfällen. All diese Faktoren tragen zum langsamen Verschwinden der Wildschweine aus der Stadt bei.

KÖNIGSBERG

Rückkehr zum Flaschen-Recycling

Zunächst nur probeweise: In der Pregelmetropole werden Glascontainer aufgestellt

Zu Sowjetzeiten gab es in fast jedem Hof eine Sammelstelle für Altglas. Plastikverpackungen und Tetrapacks gab es so gut wie gar nicht, und alle Flüssigkeiten wurden in Glasbehältern verkauft. In jedem Haushalt kam ziemlich schnell eine große Anzahl von Glasflaschen mit unterschiedlichem Fassungsvermögen zusammen, von denen man sich trennen musste.

Es gab ein gut funktionierendes Mehrwegsystem. Die Bürger sammelten Flaschen mit Saft, Milch, alkoholischen Getränken und verschiedenen Essiggurken und brachten sie zur nächsten Glassammelstelle, die meist nicht weit entfernt war. Dort inspizierte ein Angestellter die Flaschen, um sicher zu gehen, dass sie keine Risse hatten. Dann zahlte er für das Leergut, je nach Form und Größe der Flasche zwölf bis 15 Kopeken aus. Anschließend wurden die Flaschen gewaschen, desinfiziert und wiederverwendet.

Viele verdienten sich ein Zubrot, indem sie nach Fußballspielen oder anderen öffentlichen Veranstaltungen die zurück-

gelassenen Flaschen sammelten und sie bei Sammelstellen ablieferten und so einen guten Lebensunterhalt verdienten, wenn man bedenkt, dass das Monatsgehalt eines jungen Berufstätigen 100 Rubel oder bestenfalls unwesentlich mehr betrug. Tatsächlich war das Glasrecycling-

verfahren zu Sowjetzeiten ein fester Bestandteil des Alltags.

Vor Kurzem beschloss die Königsberger Stadtregierung, Glassammelstellen in der Stadt einzurichten, und ließ die Ersten Altglascontainer aufstellen. Die ersten erschienen in der Hermannallee.



Gehören seit Kurzem zum Stadtbild: Flaschencontainer in Königsberg

Foto: J.T.

Der erste Glasrecycling-Container wurde zunächst testweise aufgestellt. Alle Arten von Glas können dort entsorgt werden. Der regionale Verband der Abfallverwerter hat vor Kurzem eine Glasverwertung eingeführt, bei der Rohstoffe etwa zur Herstellung von Baumaterialien hergestellt werden, die im Königsberger Gebiet verwendet werden. Ein Teil des gesammelten Glases wurde an die Glaswerke in Gus-Chrustalnyj geschickt, die eine Reihe von Verarbeitungstests durchführten. Aus dem Rohstoff wurden vor allem Baumaterialien, Fliesen, Pfähle sowie Zäune hergestellt.

Vorerst sollen die Glascontainer, die aus Holzpaletten bestehen, nur an Wochenenden aufgestellt werden. Der regionale Verband der Abfallverwerter teilte mit, dass diese dann montags abgeholt würden, egal wie voll sie seien. Nach ein paar Tagen war der erste Container bereits voll. Er enthielt sieben Kubikmeter Glas. Dabei wurden alle Arten von Glas vermischt, da es keine Trennung gab.

Die regionalen Abfallverwerter planen, die Zahl der Glassammelstellen in der Stadt auf zehn zu erweitern. In jedem Stadtteil soll zukünftig mindestens ein Container stehen. In anderen Gemeinden der Region ist die Situation etwas anders. Der regionale Verband der Abfallverwerter hat den Unternehmern vorgeschlagen, Altglas vor Ort zu verwerten, damit das Glas nicht nach Königsberg und umgekehrt in die einzelnen Gemeinden transportiert werden muss. Es sollen vor Ort Anlagen gebaut werden, um einen eigenen Sammel- und Sortierprozess zu entwickeln. Die Kosten für eine Ausrüstung reichen von umgerechnet 22.000 bis 44.000 Euro.

Ob die Glascontainer von der Bevölkerung angenommen werden, wird sich zeigen. Anders als zu Sowjetzeiten zahlt hier niemand für gesammeltes Glas. Allerdings ist das Problem mit überlasteten Mülldeponien ziemlich akut, so dass die neue Initiative zumindest ein kleiner Beitrag zur Lösung dieses Problems sein könnte.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Orlen will investieren

Rastenburg – Das Staatliche Ölkombinat (PKN) „Orlen“ hat das Gelände der früheren Zuckerfabrik in Rastenburg gekauft, das neben dem eigenen Gelände liegt. Die Firmenleitung schließt nicht aus, dass in Rastenburg eine neue Öl-Verdichtungs-Anlage entstehen wird. Das Projekt befindet sich noch im Analyse-Verfahren, seine Realisierung würde die Abhängigkeit vom Import dieses Produkts aus dem Ausland verringern. Nach den Plänen der PKN Orlen soll in Rastenburg ein Werk entstehen, in dem zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen könnten. PAZ

EU finanziert Klärwerk

Mühlhausen – Seit etwa 30 Jahren warten die Bewohner von Mühlhausen, Kreis Pr. Holland, auf die Modernisierung der städtischen Kläranlage. Nun soll bis zum Ende dieses Jahres für umgerechnet rund 1,9 Millionen Euro eine völlig neue Kläranlage entstehen. Im Rahmen der erforderlichen Bauarbeiten werden Rückhaltebecken für schmutziges und gesäubertes Abwasser entstehen. Der neuen Anlage werden zudem keine Abwässer von der Molkerei zugeführt, da die Molkerei-Gesellschaft ein eigenes Klärwerk baut. Mit dem neuen modernen Klärwerk kann die Wasserwirtschaft Mühlhausens besser reguliert und das städtische Kanalsystem weiter ausgebaut werden. Unter anderem sollen weitere Siedlungen angeschlossen werden. Die Stadt braucht nichts zuzuzahlen, da die gesamten Kosten von der Europäischen Union getragen werden. PAZ



ZUM 98. GEBURTSTAG

Drebot, Gertrud, geb. **Seidler**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Leiss, Irmgard, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar
Müller, Edith, geb. **Hildebrandt**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Dronsek**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 16. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. **Torner**, aus Lyck, Thorner Str. 1, am 15. Januar
Brosowske, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Plaga, Gerhard, aus Lyck, am 16. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Faerber, Anna-Elise, geb. **Possekel**, aus Ebenrode, am 18. Januar
Kleine, Elfriede, geb. **Kramberger**, aus Lyck, am 20. Januar
Klietz, Margarete, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 19. Januar
Raupach, Elisabeth, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 17. Januar
Wiese, Irmgard, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dolassek, Helga, geb. **Hendriog**, aus Lötzen, am 3. Januar
Dreipelcher, Dr. Horst, aus Lyck, am 19. Januar
Liss, Ulrich, aus Lötzen, am 11. Januar
Mäder, Gerda, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Pfeiffer, Irene, aus Kreis Osterrode, am 19. Januar
Rohde, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar
Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Vierck, Helene, geb. **Parzianka**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 13. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dembeck, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar
Gisewski, Werner, aus Abrahamsheide, Kreis Mohrungen, am 16. Januar
Mairwöger, Ursula, geb. **Buttgreit**, aus Lötzen, am 15. Januar
Raphael, Betty, geb. **Pollehn**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. Januar
Reiche, Hildegard, geb. **Mikoteit**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Walendy, Udo, aus Lyck, am 21. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dillmann, Edeltraut, geb. **Genies**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 12. Januar
Dzeya, Walter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Engels, Margarete, geb. **Weiß**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Lang, Waltraut, geb. **Zahlmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 17. Januar
Pohl, Margarete, geb. **Kalaschewski**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Ruchotzki, Gerhard, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Lindner, Heinz, aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrungen, am 15. Januar
Pusch, Gerda, geb. **Polenz**, aus Weiskitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar
Zacher, Hildegard, geb. **Sender**,

aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Acksel, Irmgard, geb. **Kowalzik**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. Januar
Albat, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Albers, Eleonore, geb. **Rierner**, aus Brandlacken, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Bialowons, Rudolf, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Brauch, Lonny, geb. **Stolz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar
Gayk, Maria, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 18. Januar
Heldt, Manfred, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 17. Januar
Karl, Horst, aus Ortelsburg, am 15. Januar
Kleinschmidt, Manfred, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Januar
Lausch, Erika, aus Mohrungen, am 15. Januar
Rathje, Hildegard, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Sagitzki, Erika, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Tomuschat, Kurt, aus Schalau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Januar
Warda, Edith, geb. **Diederich**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, am 19. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Cords, Anneliese, geb. **Stannies**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Dyer, Gisela, geb. **Schubert**, aus Lyck, Hindenburgstraße 20, am 19. Januar
Ehlers, Dieter, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Hipel, Günter, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 18. Januar
Holz, Anni, geb. **Wittenberg**, aus Sanglien, Kreis Fischhausen, am 18. Januar
Kibbel, Waltraud, geb. **Herr-**

mann, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Kischkewitz, Elli, geb. **Hoffmann**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 4. Januar
Koch, Erna, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 17. Januar
Prigge, Maria, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 19. Januar
Schewe, Elfriede, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 16. Januar
Tober, Käte, geb. **Baltruschat**, aus Ebenrode, am 17. Januar
Trimpop, Ruth, geb. **Schwill**, aus Georgenthal, Kreis Mohrungen, am 19. Januar
Warda, Bruno, aus Lyck, am 21. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alexander, Elisabeth, geb. **Gregel**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 21. Januar
Alzner, Gertrud, geb. **Lasarsch**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. Januar
Austinat, Fritz, aus Ebenrode, am 20. Januar
Behrendt, Dorothea, aus Talussen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Brzoska, Heinz, aus Wilkassen, Kreis Treuburg, am 17. Januar
Dreyer, Axel, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 8. Januar
Duddek, Werner, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 16. Januar
Franke, Irene, geb. **Schütze**, aus Klein Krösten, Kreis Lötzen, am 12. Januar
Grau, Bruno, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 15. Januar
Harrison, Anette, geb. **Krebs**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 21. Januar
Konopka, Heinz, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar
Koppke, Horst, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 19. Januar
Krappa, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. Januar
Markgraf, Edith, geb. **Friese**, aus Walden, Kreis Lyck, am 19. Januar
Milewski, Elfriede, geb. **Kohlhepp**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 18. Januar

Mix, Karl-Georg, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar
Roetter, Martin, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 17. Januar
Schomburg, Gertrud, geb. **Schlicht**, aus Fischhausen, am 17. Januar
Sturmhöfel, Georg, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 19. Januar
Thoma, Helga, geb. **Behlau**, aus Heilsberg, am 5. Januar
Van Thiel, Irene, geb. **Kemmesies**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 17. Januar
Wagener, Helga, geb. **Wolff**, aus Neidenburg, am 19. Januar
Wykowski, Hildegard, geb. **Gutowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Braun, Ulrich, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Kless, Ingrid, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 15. Januar
Kohlhoff, Edelgard, geb. **Sobottka**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Krause, Werner-Paul, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Mitte Januar 2021 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Zusendungen für die Ausgabe 4/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 4/2021 (Erstverkaufstag 29. Januar) bis spätestens Dienstag, den 19. Januar 2021, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

- 1 leicht zu krümmen
- 2 Spionin, weiblicher Spitzel
- 3 landschaftlich: Aprikose

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

*Befehl dem Herrn Deine Wege und hoffe auf Ihn;
Er wird's wohl machen.
Psalm 37,5*

Wir wussten, dass der Tag der Trennung kommen würde
und dennoch fällt der Abschied schwer.

Wir trauern um meinen geliebten Ehemann, unseren Vater, Schwiegervater, Opa und Onkel.
Er verstarb versehen mit den heiligen Sakramenten im engsten Familienkreis.

Manfred Jeromin

* 23 August 1935 in Groß Konopken / Ostpreußen
† 25. Dezember 2020 in Herne

*Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.
(Aus dem Ostpreußenlied)*

In Liebe und Dankbarkeit
Marianne Jeromin geb. Potthast
mit Familie und Anverwandten

Auf dem Dahlacker 32, 44807 Bochum-Riemke

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung fand am Mittwoch, den 30. Dezember 2020,
im kleinen Kreise auf dem Riemker Friedhof statt.



Allenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel.: 02051 – 8 77 29, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de
Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel.: 05401 - 977-0

Vorstandssitzung

Der Gesamtvorstand kam mit seinen sechs Mitgliedern letztmalig am 10. Oktober 2020 um 10 Uhr im Landhotel „Hahnebecke“ im sauerländischen Meinerzhagen zu einem Arbeitsfrühstück unter Corona-Bedingungen zusammen. Während der mehrstündigen Gespräche hielt Kreisvertreter Andreas Galenski einen Rückblick auf die Kreisversammlung 2020 vom 29. August 2020 und die Aktivitäten des Vorstandes.

Dabei bedauerte er den Ausfall vieler Veranstaltungen und der schon vorbereiteten Heimatreise des Gesamtvorstandes und auch das Nichtzustandekommen des schon zur Tradition gewordenen Neujahrsempfanges für 2021. Auch teilte er mit, dass sich die Beziehungen zum Vorstand der Stadtgemeinschaft Allenstein, der bei den gemeinsamen Wahlen der Landkreiskommunität un-

terlegen war, nicht verbessert haben.

Im Rahmen seiner Vorausschau einigten sich die Vorstandsmitglieder, dass sie am Ostpreußentreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg im Sommer 2021 teilnehmen und sich dort einbringen werden. Der Heimatbeauftragte, Ehrenvorsitzende Herbert Monkowski, berichtete über den Ablauf der Bruderhilfe 2020, die er erstmals mit unserem Schriftführer und Versandleiter Jan Hacia im Spätsommer im Landkreis Allenstein unternommen hat. An vorher festgelegten Orten wurden an 178 hilfsbedürftige Heimatverbliebene 4340 Euro verteilt. Anschließend wurde Jan Hacia, der als Nachfolger von Herbert Monkowski vorgesehen ist, in das Abrechnungsverfahren unterwiesen. Schriftleiter Andreas Galenski und die Redakteure Artur Korczak, Horst Tuguntke und Herbert Monkowski informierten über den Stand des künftigen Heimatjahrbuches 2020. Sie einigten sich, dass das Buch aus Portogründen 310 Seiten umfassen und in einer Stärke von 3000 Exemplaren zum 6. Dezember 2020 erscheinen soll. Der Versand an die Mitglieder erfolgt durch die Druckerei in Velbert; den Versand an die Heimatverbliebenen übernimmt Versandleiter Jan Hacia.

Heimatjahrbuch Weihnachten 2020: Dieses ist im Dezember 2020

bei den Mitgliedern und bei der AGDM in Allenstein angekommen. Es umfasst auf 310 Seiten 100 Artikel, geordnet in 10 Kapiteln. Der Schriftleiter musste zuvor 21 Artikel herausnehmen; diese werden bei der folgenden Ausgabe bevorzugt behandelt werden. Wer das Heimatjahrbuch nicht erhalten hat, kann dieses beim Versandleiter Jan Hacia, Verkehrsstraße 7, 44809 Bochum anfordern. Die Arbeiten an dem neuen Kreisbuch Landkreis Allenstein durch den Historiker Dr. Meindel, sind noch nicht abgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen!

Horst Tuguntke



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatismuseum** im Kreishaushaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreisblatt Nr. 110 erschienen

Rechtzeitig vor den Feiertagen erschien die zweite Ausgabe 2020 des Kreisblatts Preußisch Eylau, nachdem bereits im September eine Sondernummer als Ersatz und „Trostpflaster“ für das ausgefallene Kreistreffen versandt worden war. In der nun vorliegenden Ausgabe Nr. 110 hat Frank Steinau wieder Interessantes für jedermann zusammengetragen, vor allem auch aus der fernen Vergangenheit, denn eine gute Zeitschrift hat immer auch die Aufgabe, Geschichte in Erinnerung zu rufen. So lesen wir nicht nur über die Pest vor 300 Jahren, die ganze Landstriche Ostpreußens entvölkerte, und die damals angeordneten Gegenmaßnahmen (publiziert von Irmi Gegner-Sünkler), – Agnes Miegels Ballade „Die Frauen von Nidden“, durfte bei diesem Thema nicht fehlen –, sondern auch über Veränderungen der Gesellschaftsstruktur im 17. und im 19. Jahrhundert, die wesentliche Schritte in Richtung auf die moderne Rechtsgleichheit für alle darstellten. So beschreibt der Aufsatz von Dagmar Trowitz über den „preussischen Rebellen“ Christian Ludwig von Kalckstein anschaulich das Vorgehen des Großen Kurfürsten in Berlin bei der Durchsetzung der absoluten Herrschaft gegenüber den preussischen Ständen, die sich damals noch auf die von der polnischen Krone gewährten Freiheiten berufen konnten. Der Brandenburger, nicht zimperlich, setzte auch Spione und Agenten ein. Ein John Le Carré hätte hier genügend Stoff gefunden. Ein anderer Beitrag, von Horst Schulz, handelt von der Bauernumsiedlung im Rahmen der Reformen des beginnenden 19. Jahrhunderts. Hier wurden Bauern aus der Gutsabhängigkeit gelöst und erhielten eigene Höfe – die aus heutiger Sicht eigentlich viel zu klein waren, um rentabel bewirtschaftet werden zu können; ein Grund für die spätere Landflucht auf der Suche nach industriellen Arbeitsplätzen.

Das Heft wird abgerundet mit immer wieder neuen Berichten über Krieg, Flucht und Ankunft im Westen sowie das Leben der verbliebenen Deutschen, Polen und Ukrainer seit 1945 in Ostpreußen. Wichtig für alle, die Ahnenforschung betreiben, ist auch die Vorstellung des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen. Wer diese Ausgabe des Kreisblatts nicht erhalten hat, kann es unter der o. a. Adresse anfordern, desgleichen die von Gerd Birth gefertigte Sonderausgabe vom 19./20. September 2020, die vor allem die Arbeitsberichte 2019/2020 des Vorstands enthält.

Martin Lehmann



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Geschäftsführer:** Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

100 Jahre Fluglandeplatz Tilsit Teichort/Weynothen

Am 01.04. 2021 jährt sich die Eröffnung des Flughafens Tilsit zum 100-mal. Nachdem der erste zivile Flughafen Deutschlands 1919 - 1921 in Königsberg-Devau angelegt wurde, war bereits 1921 der Luft-

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werk-woche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 05. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist am **11. Juni 2022**

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

landeplatz Tilsit in der zweitgrößten Stadt Ostpreußens eröffnet worden. Nach der Errichtung des polnischen Korridors, im Ergebnis des Versailler Vertrages, war Ostpreußen vom Reich getrennt und kein freier Landweg mehr vorhanden. Für Paket- und Briefpost, Kuriersendungen und auch erste Personentransporte wurden Fluglinien von Berlin nach Königsberg genutzt. Ab 1921 erfolgten vom Flugplatz Weynothen erste Flüge nach Memel, Königsberg und zur Freien Stadt Danzig. Tilsit war zu dieser Zeit ein kleiner Flugplatz mit regionaler Bedeutung. Er wurde neben dem Übungsgelände/Exerzierplatz der Tilsiter Garnison in der Stadtheide errichtet. Verwalter war der Magistrat der Stadt Tilsit, Nutzer die Verkehrsgesellschaften Deruluft und später die 1926 gegründete Lufthansa.

Das Flugfeld war anfangs 500 mal 500 Meter im Quadrat und in der Mitte des Flugfeldes befand sich der Landekreis mit der weißen Kennung „Tilsit“. Begrenzt wurde das Flugfeld durch Gräben. In den 20er Jahren wurde ein festes Empfangsgebäude mit einem Windsack am Mast erbaut. Das Empfangsgebäude war auch für Übernachtung von Fluggästen ausgelegt und beherbergte ein Restaurant. Inhaber dieses war nach 1933 Fritz Mans. Bei Flugankünften wurde per Hand eine halbe Stunde vorher das Landezeichen entsprechend der herrschenden Windrichtung ausgelegt. Nachtlandungen waren eine Ausnahme und nach besonderer Anforderung wurde die Landebahn mit grünen, weißen und roten Lichtern befeuert. Der Untergrund war eine feste Grasnarbe, in der Südecke leicht sandig. In den 30er Jahren wurden für die Abstellplätze der Flugzeuge betonierte Flächen angelegt. Ein Flugzeughangar zum Unterstellen der Flugzeuge wurde errichtet und ein Tanklager mit 1000 Liter Flugbenzin war vorhanden. Für Flugzeuge des Fabrikats Junkers bestand anfangs eine Werkstatt mit Materiallager. Am Flugplatz befand sich eine Polizeiwache, der auch Aufgaben der Passkontrolle zugeordnet wurden.

Spezielle medizinische Kräfte wurden nicht vorgehalten und bei Notwendigkeit von Tilsit gestellt. Zur Stadt Tilsit war die Entfernung ca. 7 Kilometer, zur Straßenbahnhaltestelle 3,5 Kilometer und der Eisenbahnhaltepunkt Alt Weynothen war 1,5 Kilometer entfernt. Die Verkehrsanbindung wurde später mit Bussen und Taxis verbessert.

Zuerst wurde der Flugplatz Tilsit einmal täglich mit Hin- und Rückflug von Königsberg angefliegen. Die Flugzeit für die 90 km betrug 30 Minuten. Eine höhere Bedeutung erlangte der Flugplatz Tilsit durch die Verbindungen der 1921 gegründeten Deutsch-Russischen/ Sowjetischen Fluggesellschaft (Deruluft). Diese Fluggesellschaft hatte die alleinige Lizenz des Flugverkehrsbetriebes zwischen Deutschland und Russland. Ab 1922 wurden neben der Post auch Passagiere befördert. Alle Fluglinien führten über Königsberg. Die Linie nach Petersburg landete ab 1928 in Tilsit zwischen und führte über Riga zum Zielort. dreimal wöchentlich wurde diese Strecke bedient, sie war im Flugplan der „Deruluft“ die Streckennummer 3b. Die Strecke Königsberg-Moskau führte über Tilsit und wurde ab 1924 täglich geflogen.

Über die eingesetzten Flugzeugmodelle und ihre Leistungen einige Bemerkungen: Den damali-

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,

jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de.



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Heimatkreisgemeinschaften



Braunsberg früher Historische Postkarte von 1903

Foto: Bettina Müller

gen Flugverkehr darf man nicht mit den derzeitigen Dimensionen vergleichen. Auf den genannten Strecken flogen vorwiegend folgende Maschinen:

Focker FII/ FIII: gebaut in Schwerin, Nutzlast 700 kg, 125km/h. Reisegeschwindigkeit, Landegeschwindigkeit 70 Km/h, Reichweite 850-900 km, 4/5 Passagiere, max. 6 Stunden Flugzeit, 185 PS, 250 Meter Start-Landestrecke,

Junkers F-13: erstes Ganzmetallflugzeug/Wellblech, gebaut in Dessau, 1075 Kilogramm. Nutzlast, 140-160 km/h Reisegeschwindigkeit, Reichweite 1200 km, 4/5 Passagiere, 185 PS, Startstrecke 200 Meter, Landestrecke 150 Meter, ANT-9 russisch: ab 1929 flogen diese sowjetischen Typen die“ Deruluft“-Strecken, Nutzlast 2000 kg, 170 Km/h Reisegeschwindigkeit, 1000 Kilometer Reichweite, 115 km/h Landegeschwindigkeit, 220 Meter Landestrecke, 9 Passagiere, 300 PS.

Diese Flugzeuge waren in den 1920er Jahren am Himmel über Tilsit und wurden am Stadtflugplatz abgefertigt. In den 1920er Jahren fanden in Tilsit mehrmals Flugtage statt bei denen bekannte Flieger wie der spätere Generaloberst Ernst Udet, Gerhard Fieseler und die Pilotin Elly Beinhorn mit ihren Flugschauen teilnahmen. Bei Kunst- und Schauflügen zeigten sie vor tausenden Zuschauern wagehalsige Flugmanöver in ihren Doppeldeckern. Für die Tilsiter wurden damals Rundflüge in zweiseitigen Maschinen über Tilsit angeboten und von finanzkräftigen Einwohnern genutzt. Der Flugplatz wurde in den 1930er Jahren auf eine Größe von 1000 mal 1000 Meter im Quadrat erweitert, um den neuen Typen zu entsprechen und im Rahmen des Aufbaus der Luftwaffe ab 1933, deren Anforderungen gerecht zu werden. 1926 hatte die Lufthansa den Flugplatz Tilsit in ihren Flugplan aufgenommen und flog diesen einmal wöchentlich an. 1926 warb die Lufthansa damit, Strecken von Paris bis Tilsit mit Passagieren zu fliegen. 1937 verschlechterten sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen und „Deruluft“ wurde aufgelöst. Der Tilsiter Flugplatz wurde nur noch wenig angefliegen und verlor seine Bedeutung. Im Sommer 1939 übernahm die Luftwaffe den Flugplatz Tilsit. Zivile Flugstrecken nach Tilsit gab es nicht mehr, alles hatte sich der Kriegsführung unterzuordnen. Einheiten der Luftwaffe nutzten 1939 im Krieg gegen Polen und im Juni 1941 gegen die Sowjet-

union kurzzeitig das Flugfeld und die Infrastruktur. Anschließend wurde es auf und um den Tilsiter Flughafen ruhig.

In den Tilsiter Rundbriefen Nr. 23 und 26 wurde von einigen ehemaligen Tilsitern, so von Hubert Musail, von den Versuchen berichtet, den in Ostpreußen populären, besonders auf den Dünen von Rossitten ausgeübten Segelflugsport, auch in Tilsit zu installieren. Mit großer Hingabe wurden Segelflugzeuge in langer Handarbeit, im Hangar neben dem Empfangsgebäude aufgebaut. In Tilsit wurde der „Luftfahrerbund Grenzland Nord-Ost“, der Tilsiter Segelflieger, gegründet. Diese Enthusiasten hatten bis 1933 auf dem Flugplatz ihr Revier und starteten hier ihre ersten Gleitflüge. Ein gutes Segelflugrevier war Tilsit nicht, es fehlte die notwendige Thermik. Aber mancher Tilsiter Junge bereitete sich hier auf erfolgreiche Flüge auf der Kurischen Nehrung vor. In Tilsit versuchte man die fehlende Thermik zu erzeugen, indem man ein Auto dem Segelflugzeug vorspannte und hochschleppte. Einen Schleppstart hinter einem Motorflugzeug gab es in Tilsit nicht. 1933 wurde der Luftfahrbund von der Flieger SA übernommen und später im NS-Fliegerkorps junge Menschen auf den Dienst in der Luftwaffe vorbereitet.

Der Insterburger Lothar Hinz berichtete, dass 1942, in Vorbereitung auf den Dienst als Flugzeugführer der Luftwaffe, nochmals eine Segelfliegerausbildung auf dem Tilsiter Flugplatz aufgenommen wurde. Er erwähnte, dass der Platz in Tilsit im Dornröschenschlaf lag, kein Flugzeug war hier stationiert, es gab keinerlei Flugbetrieb. Das am nördlichen Platzrand liegende Empfangsgebäude war verwaist, in der Flugzeughalle am Westrand waren die Unterkünfte der 15 bis 16jährigen Flugschüler. Bis zum Sommer 1944 erfolgte die Ausbildung mit einem Gleiter und einem Segelflugzeug. Eine Schleppwinde gewährleistete die notwendige Startgeschwindigkeit.

Im Sommer/Herbst 1944 wurde es auf dem Flugplatz Tilsit noch einmal lebhaft. Die deutschen Armeen wurden auf die Reichsgrenzen zurückgedrängt, und der Kampf um Ostpreußen begann im Sommer. Alle Flugplätze der Provinz wurden durch die Luftwaffe belegt und die Reste der deutschen Luftwaffe in den Kampf gegen die vorrückende Rote Armee geworfen. In der Literatur ist

zu entnehmen, dass der Feldflugplatz Tilsit Ost und Tilsit West belegt wurde. Woher kommen plötzlich 2 Tilsiter Flugplätze? 1941 errichtete die Luftwaffe beim Dorf Lobellen an der Scheschuppe, bei Groß Lenkeningen, einen Feldflugplatz zur Stationierung von Kampf- und Jagdfliegern zum Angriff auf die Sowjetunion. Er wurde entlang der Straße Juckstein-Lobellen angelegt und das Grundstück vom Besitzer des Gutes, von der Groeben, bereitgestellt. Er hatte eine längere Start- und Landebahn als Tilsit. Dieser Platz wurde bis zum Juli 1941 genutzt und verlor nach dem schnellen Vormarsch in die Tiefe Russlands seine Bedeutung, Der Flugplatz wurde ab Juli 1944 mit Kampf- und Aufklärungskräften der deutschen Luftwaffe aktiviert und von hier bis zum Oktober 1944 Kampfeinsätze geflogen. Er wurde von der Luftwaffe als Tilsit-Ost geführt. Hier waren die 1. und 2. Gruppe des Jagdgeschwader-51 („Mölders“), ausgerüstet mit Messerschmidt 109-G, im Oktober 1944, das Jagdgeschwader-1, mit der 2. und 3. Gruppe, ausgerüstet mit Messerschmidt 109-G, im Juli bis September 1944 und die 2.Gruppe des Schlachtgeschwader 4, bewaffnet mit der Focke-Wulf 190, im September bis Oktober 1944 stationiert. Auch einzelne Flugzeuge FW-189/ FW-190 der Nahaufklärungsgruppe 12, kamen von hier zum Aufklärungseinsatz gegen die Truppen der 1. Baltischen und der 3.Weissrussischen Front der Roten Armee zum Einsatz, die an den ostpreußischen Grenzen standen. Diese Kräfte wurden durch Flak-Einheiten am Feldflugplatz gesichert. Mehrere Angriffe auf den Fliegerhorst führten in den umliegenden Dörfern zu Gebäudeschäden. Auf dem Flughafen Tilsit, als Fliegerhorst Tilsit-West bezeichnet, waren der Stab und die Stabsstaffel des JG-51, mit dem Kommandeur Ritterkreuzträger Major Fritz Losigkeit, im September 1944 stationiert. Dieser Flughafen hatte keine Flak-Abwehr und auch nicht die Bedeutung wie Lobellen. Ab Ende Oktober waren beide Flugplätze im Wirkungsbereich der russischen Artillerie und durch die Frontnähe gefährdet. Das JG-51 verlegte man nach Pillau-Neutief, die anderen nach Insterburg und Heiligenbeil. Es waren die letzten deutschen Flugzeuge auf dem Tilsiter Flugplatz. Das JG-51 war bis zur Einnahme von Pillau am 25.04.1945 vom Flugplatz Neutief aus im Einsatz und sicherte vor allem den Ab-

transport ostpreußischer Flüchtlinge über See und im Lufttransport. Diese Verbände gingen im Kampf um Ostpreußen im April 1945 unter.

Von der Nutzung des Tilsiters, nunmehr Sowjetsker Flugplatzes, nach Einnahme der Stadt am 20.01.1945 und in den folgenden Jahren ist wenig bekannt. Als Verkehrsflugplatz wurde er offenbar nicht mehr genutzt. Anzunehmen ist eine teilweise militärische Nutzung von der starken sowjetischen Garnison in Sowjetsk bis Anfang der 90er Jahre, zu Verbindungsflügen durch Hubschrauber und Kleinflugzeuge. Die kurzen Start- und Landebahnen und die Graspiste lassen keine Nutzung durch moderne Kampfflugzeuge zu. Die ersten Besucher nach Öffnung des nordöstlichen Ostpreußens nach 1991, haben den Flugplatz nicht gesehen.

Der Tilsiter Siegfried Harbrucker, ab 1943 Luftwaffenpilot, berichtete im TR 31 von einem Besuch im Jahr 1993. Er hatte in Tilsit Kontakt zu Mitgliedern einer „Sowjetsker Luftsportgruppe“, die sich mit Modellbauten und Leichtflugzeugbau beschäftigten. Inwieweit sie dabei den ehemaligen Flugplatz nutzten ist nicht bekannt. Ein dabei kennengelernter Luftfahrtenthusiast, ein Veteran der russischen Luftwaffe, organisierte für Herrn Harbrucker einen Rundflug mit dem alten so-

wjetischen Anderthalbdecker AN-2. Diese Maschine wurde aus Königsberg herangeflogen und durch den Herrn Nikitin alle Behörden-genehmigungen herbeigeschafft. Eine solche Hauruckaktion wäre in Deutschland undenkbar.

So sah Siegfried Harbrucker den alten Tilsiter Flugplatz wieder. Der Platz war ungemäht, steppenartig bewachsen, das Flughafengebäude und der Hangar stehen nicht mehr, an einem 2 Meter hohen Mast war eine Windfahne kurzfristig aufgehängt und die AN-2 stand auf den bröckelnden Resten der ehemals betonierten Abstellfläche. Mit der Maschine haben er auf dem Co-Pilotensitz und seine Frau auf einem improvisierten Sitz in der Kabine einen eindrucksvollen Flug über Tilsit unternommen. Er sah seine Heimatstadt und die Memel von oben und hatte unvergessliche Eindrücke. Heute wäre ein solcher Rundflug im Grenzgebiet zur EU-Außengrenze und bei den politischen Verhältnissen im Kaliningrader Oblast unmöglich. Er wird wohl der letzte Tilsiter gewesen sein, der vom heimatischen Flughafen abhob. Der Flugplatz Tilsit ist nach 100 Jahren Geschichte.

Ich habe mich in meinem Bericht auf die noch verfügbaren Fakten zur Geschichte des Tilsiter Luftlandeplatzes gehalten. Dazu gehört auch dessen letztliche Nutzung zur Verteidigung Ostpreu-

ßens im Sommer/Herbst 1944. Diese historischen Ereignisse, die handelnden Personen sollten wir nicht aus unserer heutigen Perspektive beurteilen. Sie waren widersprüchlich, aber wir müssen sie aushalten. Unsere Großväter und Väter handelten im Glauben, ihre Heimat zu verteidigen und viele gaben im Kampf um Fluchtmöglichkeiten der Zivilbevölkerung Ostpreußens, ihrer Rettung vor der hereinbrechenden Roten Armee, das Wertvollste, ihr Leben.

Dieser kleine Bericht soll ein Stück vergessener heimatlicher Geschichte zurückbringen, sie ist nicht entsorgt. Sie ist ein Teil des zu bewahrenden historischen Erbes. Lassen wir die Vergangenheit zu uns sprechen, hören wir ihr zu.

Bernd Polte
Stadtvertreter Tilsit



ANZEIGE



Und die Meere rauschen den Choral der Zeit...

Fern seiner geliebten Heimat Ostpreußen
verstarb mein herzensguter Vater,
unser lieber Großvater und Urgroßvater

Erwin Goerke

* 4. August 1925 † 27. Dezember 2020
in Schiffus / Kreis Gerdauen in Papenburg / Ems

Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen und einiger Kriegsauszeichnungen.

In unendlicher Liebe und Dankbarkeit
Petra Klein geb. Goerke
mit Christian und Judith
Cornelius und Jessica mit Moritz

Traueranschrift:
Petra Klein, Am Volkspark 23b, 26871 Papenburg

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Erwin Goerke

* 4. August 1925 † 27. Dezember 2020
in Schiffus, Kreis Gerdauen in Papenburg/Ems

Der Verstorbene war von 1979 bis 1992 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Gerdauen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen
verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Erwin Goerke im Jahre 2003
das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher	Stephan Grigat Sprecher	Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister
--------------------------------------	----------------------------	---

REISEN IN OSTPREUSSEN

Von unbefestigten Pisten zur „Reichsstraße Nr. 1“

Mit der Einrichtung fester Postlinien nahm auch die Zahl der Passagiere zu, die von Berlin nach Königsberg reisten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer vor dem Ende des 18. Jahrhunderts von Berlin nach Königsberg, der Königlichen Haupt- und Residenzstadt in Preußen, reisen wollte, musste mit drei hinderlichen Faktoren rechnen: Unzuverlässigkeit, Unregelmäßigkeit und Langsamkeit. Verantwortlich hierfür waren unbefestigte sandige Pisten mit tief eingeschnittenen Fahrspuren, die sich bei Nässe in grundlosen Morast verwandelten. Es kam ständig zu Achsbrüchen, umstürzenden Kutschen oder Blessuren bei den Reisenden. Manchmal sollen sogar Zugpferde im Schlamm erstickt sein.

Aber die brandenburgisch-preußischen Herrscher hatten zunächst keinerlei Interesse an einer Verbesserung der Wege. Schließlich sorgte deren miserabler Zustand dafür, dass auch einmarschierende Feinde nur im Schnecken tempo vorankamen – diese Lehre aus früheren Kriegen bewog selbst den sonst so innovationsfreudigen Friedrich den Großen dazu, in Passivität zu verharren. Und sein Großvater Friedrich I. hatte sogar noch die Ansicht vertreten, durch die schlechten Wege würden mehr Fuhrleute unterwegs liegenbleiben, was den Umsatz in den Gasthäusern des Landes erhöhe und zusätzliche Steuergelder in die Staatskasse spüle. Außerdem scheuten die Herrscher auch die Kosten. Für den Bau von befestigten Straßen musste man seinerzeit immerhin 40.000 Taler pro Meile (7,5 Kilometer) aufwenden.

Die Modernisierung des Wegenetzes zu Lande begann erst unter Friedrich Wilhelm II. Zum Ende des 18. Jahrhunderts wuchsen die Anforderungen an die Ver-



Vor dem Gasthaus Emil Ludwig in Tharau: Die Postkutsche ist soeben angekommen

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

kehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Insbesondere musste die Geschwindigkeit der Kutschen der Fahrpostlinien, welche seit 1670 verkehrten und auch Passagiere mitnahmen, endlich spürbar erhöht werden. Deshalb entstanden ab 1788 auf Initiative des preußischen Staatsministers Alexander Friedrich Georg Graf von der Schulenburg-Blumberg durchdacht konstruierte „Kunststraßen“.

Die beiden ersten führten von Magdeburg nach Halle an der Saale und weiter bis

zur Landesgrenze von Sachsen sowie von Berlin nach Potsdam. Bis zum Ausbruch des Ersten Koalitionskrieges gegen Frankreich im Jahre 1792 konnten 212 Kilometer „Kunststraße“ fertiggestellt werden. Dann sorgten die fortwährenden militärischen Konflikte für eine Stagnation des Bauprogramms.

„Kunststraßen“ für sicheres Reisen

Dessen Wiederaufnahme erfolgte erst 1814 im Rahmen der Stein-Hardenberg-

schen Reformen, die zu einer rapiden Modernisierung Preußens führten. Gemäß der „Anweisung für den Bau und den Erhalt von Kunststraßen“ entstanden solche jetzt auch zwischen Berlin und Magdeburg sowie Berlin und Königsberg. Letztere, genannt „Reichsstraße Nr. 1“, wurde 1828 für den Verkehr freigegeben. Von 1815 bis 1845 investierte der preußische Staat insgesamt 35 Millionen Taler in den Bau von Chausseen. Dadurch reiste es sich nun deutlich leichter durch das König-

reich, zumal mit der von dem brandenburgischen Generalquartiermeister Philip de Chiese erfundenen Berline auch ein geeignetes Gefährt für die Kunststraßen zur Verfügung stand. Der voll gefederte Wagen erfreute sich in Preußen bald höchster Beliebtheit. Postkutschen dieser Bauart für den gleichzeitigen Passagiertransport verkehrten unter anderem auf der 565 Kilometer langen Strecke Berlin-Königsberg. Die Fahrzeit betrug indes trotzdem noch zehn bis elf Tage. Und billig war das Reisen ebenfalls nicht: So kostete schon die relativ kurze Fahrt von Berlin nach Magdeburg vier Taler, also fast den gesamten Monatslohn eines Dorfschullehrers.

Weitere Verbesserungen beim Reisen ergaben sich durch die Einführung der „Geschwind-Postkutsche“ beziehungsweise Diligence im Jahre 1821. Das Gefährt konnte bis zu 15 Fahrgäste transportieren und legte dabei um die zehn Kilometer pro Stunde zurück. Damit fuhr es doppelt so schnell wie die Berline und fünf Mal schneller als die Gespanne vor 1700. Distanzen von bis zu 100 Kilometern waren nun an einem einzigen Tag zu bewältigen, weswegen die „Zeitschrift für Reisen und Reisende“ schwärmte: „Man fliegt fast vorwärts!“ Dazu kamen die enorme Pünktlichkeit und die Möglichkeit, bis zu zwei Zentner Gepäck pro Person in einem Beiwagen mitzunehmen.

Allerdings erhielt die Diligence nur wenige Jahrzehnte später Konkurrenz durch die Eisenbahn, welche ab dem 12. Oktober 1857 auch durchgängig zwischen Berlin und Königsberg verkehrte. Manche der Züge bewältigten die Strecke zwischen den beiden Städten bald in weniger als sieben Stunden. Deshalb verwundert es kaum, dass damit das „romantische Zeitalter“ des Reisens durch Preußen endete.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ritterlich mit deutscher Übermacht gegen Breslau

Der American Football beschert deutschen Fans haufenweise Spiele an der Oder

Deutsche Profisportler werden ab komendem Jahr ständig an die Oder reisen, um Wettkämpfe in der Sportart American Football auszutragen. In Breslau werden gleich sechs Mannschaften aus der Bundesrepublik Deutschland laufend Punktspiele absolvieren.

Berlin gegen Frankfurt am Main oder Hamburg gegen Stuttgart werden – wenn Corona nicht noch einen Strich durch die Rechnung macht – Duellen in einer neuen Profisportliga heißen, die im Sommer 2021 an den Start gehen soll. Oder auch Ingolstadt Praetorians gegen die Panther aus Breslau. Neben Hildesheim vervollständigt auch noch Barcelona das Feld der „European League of Football“ (ELF) und stellt damit klar, dass es sich doch nicht um ein neues deutsches, sondern ein europäisches Sportprodukt handelt.

Lizenz für ganz Europa

In den offiziellen Ankündigungen der neuen Liga ist von sechs Teams aus der Bundesrepublik Deutschland und je einem aus Spanien und der Republik Polen die Rede, die von Juni bis September 2021 erstmals den Spielbetrieb abwickeln sollen, der nach den Regeln der nordamerikanischen American-Football-Liga NFL stattfinden wird. Die Übermacht deutscher Mannschaften unterzieht den deutschen American Football einer Zerreiß-

probe, denn die German Football League (GFL) wird durch ein amerikanisches Franchisesystem für Europa mit massiver medialer Konkurrenz aus den Angeln gehoben. Es entstehen neue „Klubs“ beziehungsweise eher Gesellschaften, die Lizenznehmer sind.

In Hildesheim beispielsweise neigt sich die Zeit der „Invaders“ auf dem weitläufigen Rasen der örtlichen Eintracht-Sportanlage dem Ende entgegen, während es im Bunde mit der Landeshauptstadt nun nach Möglichkeit in die hannoversche Arena gehen soll. Die „German Knights (Deutsche Ritter) 1367 Niedersachsen“ erinnern mit ihrem Namen daran, dass verbündete Hannoverische und Hildesheimer Ritter, 1367 trotz Unterzahl Herzog Magnus von Braunschweig bei Dinklar schlugen.

Ritter? Da hätte man doch eher an einen martialischen Namen für die niederschlesische Konkurrenz gedacht. Doch nicht die „Vettern von Wahlstatt Breslau“ oder die „Piasten-Reiter“ sollen nun regelmäßig zu Punktspielen an die Leine kommen, sondern die Panthers. Breslau bildet damit unter den Franchises eine echte Ausnahme, denn die Panther von der Oder sind die Übermannschaft des polnischen American Football und steigen unter ihrem Traditionsnamen einfach aus der polnischen Liga aus und in Europa ein – ganz gegen den politischen Trend.



Stadion in Leerbeutel: Das „Olympiastadion“ beziehungsweise die Schlesierkampfbahn noch vor dem Umbau

Foto: Pander

Heimstätte der Breslauer wird das „Olympiastadion“ sein, das den deutschen Vertriebenen noch als „Schlesierkampfbahn im Sportpark Leerbeutel“ ein Begriff ist. Zwar sind die Fußballer vom WKS Slask durch den Neubau zur diesjährigen Fußball-EM längst am westlichen

Strand heimisch geworden, aber in Leerbeutel [Zalesie] im Osten der Stadt ist das Stadion erst vor wenigen Jahren für 27 Millionen Euro für die „World Games“, also die Olympischen Spiele der nichtolympischen Sportarten, des Jahres 2017, umfangreich saniert worden.

Chef der neuen Liga wird der Ex-Geschäftsführer von Pro Sieben-Sat.1 und Sport 1, Zeljko Karajica. Der deutsch-kroatische Unternehmer aus Hamburg pumpt sein Geld übrigens auch in den „europäischen Fußball“ alter Schule als Investor von Austria Klagenfurt und Viktoria 89 Berlin, das sich nach einem 60-jährigen Dauerabsturz in die Niederungen des Amateurfußballs anschickt, den Aufstieg in den deutschen Profifußball zu schaffen. Jene Viktoria also, die gegen den Karlsruher-SC-Vorläufer Phoenix Karlsruhe das einzige Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft östlich von Oder und Neiße absolvierte. Karlsruhe gewann 1909 in Breslau allerdings gegen den Vorjahresmeister aus der Reichshauptstadt.

Hoffnung auf Football-Fans

Karajica betont: „Wir bieten den vielen Football-Fans ein hoch attraktives Produkt und sind überzeugt, dass die Zeit reif ist für eine solche Topliga.“ Die ELF ist nicht der erste Versuch, American Football in Europa populär zu machen. Außer den amerikanisierten Deutschen fuhr „Good Old Europe“ bislang nicht wie erhofft darauf ab. Aber wenn man sich Woche für Woche ritterlich mit Schlesien messen darf, dann könnte das vielleicht einmal klappen.

Edmund Pander

DAS GOLD DER OSTSEE

Die Stolper Bernsteindreherzunft

Bernstein– seit dem Altertum begehrt

Die Fluten der Ostsee warfen den Bernstein seit jeher an die Geste. Seine Herkunft und Bedeutung war in der Vorzeit mit besonderem Zauber und Segen verbunden. Der berühmte Bernsteinbär, der als Anhänger getragen wurde und sich im Pommerſchen Landesmuseum in Stettin befand, stammt aus der Steinzeit. Sein Fundort bei Stolp deutet darauf hin, dass in dieser Gegend früh die Bearbeitung von Bernstein bekannt war.

Die Bernsteinstraße

Im Altertum war der Bernstein von goldgelber Farbe vor allem bei den südlichen Kulturvölkern sehr geschätzt und galt als das „Gold der Ostsee“. Von lebhaftem Handel mit Italien und dem Orient zeugen die dortigen Funde. Es entstanden mehrere Handelswege, von denen einer der wichtigsten, die sogenannte „Bernsteinstraße“, von Ostpreußen über die Weichsel und Donau nach Italien führte.

Der an der pommerſchen Küste gefundene Bernstein wurde auf diesem Wege über Stolp in den Handel einbezogen. Die pommerellischen Herzöge führten in Ostpommern und Westpreußen das „Bernsteinregal“ ein, wonach das Recht, Bernstein zu sammeln, dem Staat zustand und leihweise übertragen werden konnte. Dabei behielten sich die Herzöge das Kaufrecht vor. Auch der Herzogstaat Pommern und später Brandenburg-Preußen ließen das Bernsteinregal bestehen.

Seit dem 14. Jahrhundert gab es in Stolp das Gewerk der Bernsteindreher. Paternostermacher werden sie in alten Urkunden genannt, weil sie den von der Ostsee angespülten Bernstein zu Paternostern (Rosenkränzen) verarbeiteten. Der Überlieferung nach waren zur Zeit einer schweren Pest mehrere Bernsteindreher aus Königsberg in Preußen ausgewandert und hatten sich in Stolp niedergelassen.

Herzog Barnim IX. erteilte 1534 für alte Satzungen seine fürstliche Konfirmation. Neue Statuten wurden von Kurfürst Friedrich III. genehmigt. Im Jahre 1678 beschwerten sich die Stolper Bernsteinhändler, dass die alte Polizei-Ordnung von 1623 sie fast in die letzte Klasse anderen Handwerkern gleichgesetzt habe und ihnen dadurch Unrecht angetan sei. Erst Friedrich Wilhelm I. entschied diese Streitigkeiten am 19. August 1733 dahin, „dass die Stolpschen Bernsteindreher mit den dortigen Kaufleuten und Gewandschneidern gleichen Rang haben und der Brauergilde vorgehen sollten“.

Großer Aufschwung

Damals nahm die Zunft einen großen Aufschwung. Im Jahre 1756 zählte sie 60, 1772 dann 54 und 1782 sogar 77 Mitglieder. Von den über 4000 Einwohnern, die Stolp damals hatte, ernährten sich etwa 400 Menschen von der Bernsteindreherei. Den rohen Bernstein bezogen die Stolper vorzugsweise aus Preußen, und zwar die Hälfte von allem, der dort gefunden wurde. Als die Königsberger Zunft die Lieferung auf ein Drittel verringern wollte, entschied die Regierung 1764, dass es zur Erhaltung der Bernsteindreherzunft in Stolp bei der alten Regelung bleiben sollte.

Eine gleiche Entscheidung erging 1792, als die Königsberger Zunft von neuem den Stolpern nur ein Drittel von dem in Preußen gefundenen Bernstein zukommen lassen wollte. Nur der auf bergmännische Art gewonnene Bernstein sollte der Königsberger Zunft allein gehören.

Die Hauptmasse des Rohbernsteins wurde handwerksmäßig zu Korallen verarbeitet. Das ist der Fachausdruck für Rosenkranzperlen. Zum Versand kamen

aber auch Galanteriewaren, Dosen, Stockknöpfe, Westen- und Hemdenknöpfe, Amulette, Schach- und Damespiele. Die Bernsteinwaren gingen in alle Welt, nach Hamburg, Holland und Italien, nach Konstantinopel und über Livorno nach Ägypten. Auf den Messen zu Leipzig, Braunschweig und Frankfurt am Main wurden vor allem Korallen verkauft. Die wertvollsten Kunstwerke waren Einzelbestellungen von Fürsten und Höfen. Fast alle

Rowe stark eingebuchtet ist. Der von den Nordweststürmen aufgewühlte Bernstein landet deshalb größtenteils schon vor den Anfängen der Stolper Bank westlich von Jersthöft oder weiter östlich von Neu Strand und Rowe, wo das Land wieder hervorspringt.

Strandabschnitte wurden gepachtet

In Pommern überließ der Staat den Strand im Wege der Pacht für die Bernsteinge-

Von 1815 ab wurde der pommerſche Strand geteilt verpachtet. Die Stolper Zunft hatte die Gesamtpachtung aufgegeben. Für die Gemeinde Stolpmünde schlossen die Schiffs kapitäne Paul Aschendorf und Joachim Hoffmeister vor dem Königlich Preußischen Landrat und Kreisdirektor von Zitzewitz in Stolp am 25. Juli 1815 einen Pachtvertrag ab, der sich nach § 2 auf den Bezirk des Strandes der Ostsee erstreckte, „als so weit er auf

hörden erhielten Anweisung, auf Verhütung aller Bernstein-Unterschlagungen genau zu achten. Ehrlichen Ablieferern wurde bei Ablieferung eine Vergütung zugewilligt. Von nennenswerten Klagen über Bernsteinschmuggel ist in den Akten nicht mehr die Rede. Am 22. Februar 1867 wurde vom Staat ein Gesetz erlassen (Preußische Gesetz-Sammlung, Seite 272), wonach jeder, der sich rechtswidrig Bernstein zueignete, ohne zu dessen Gewinnung befugt zu sein, mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden konnte.

Von 1886 ab erfolgte die Verpachtung der Strandstrecke nicht mehr geteilt, sondern für das ganze Strandgebiet des Stolper Kreises. Die domänenfiskalischen Vertreter waren der Rentmeister und Forstkassenrendant Griesbach, später der Königliche Kreissekretär Lüdtke in Stolp. Wer das höchste Gebot abgab, erhielt den Zuschlag. Bis zum 31. März erhielt das Pachtrecht der Bernsteinfabrikant Carl August Westphal in Stolp, der dafür 50 Mark Jahrespacht zahlte.

Sein Nachfolger im Verträge wurde bis März 1898 der Fischhändler Julius Pagel in Stolpmünde, der 60 Mark jährliche Pacht geboten hatte. Nach ihm erhielt Westphal wieder das Nutzungsrecht bis 1904 für 50 Mark jährlich. Der letzte Pachtbieter war Emil Gottschalk in Stolp, dem aber der Zuschlag nicht mehr erteilt werden konnte.

Inzwischen war am 12. September 1912 im Amtsblatt der Regierung Köslin verordnet worden, dass die Nutzung des Bernsteinfangrechtes an der Küste der Kreise Stolp und Lauenburg nur den Königlichen Bernsteinwerken in Königsberg zustand. Diese hatten 1899 den Großbetrieb der Firma Stantien & Becker übernommen. Die Bernsteingewinnung war künftig nur den Bewohnern der am Seestrand liegenden Ortschaften gestattet, die gewerbsmäßig Seefischerei betrieben. Im Kreise Stolp wurden in Dambee, Scholpin, Rowe, Neu Strand und Stolpmünde Bernsteinabnahmestellen eingerichtet, an die der in der Ostsee gefischte oder am Strande gesammelte Bernstein binnen 24 Stunden gegen ein Fundgeld abzuliefern war. (Fortsetzung folgt)

Karl-Heinz Pagel
Stolper Heimatkreise e.V.
www.stolp.de



Schatulle aus Danzig, zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts. Bernsteinplatten, Elfenbeinschnitzerei und gedrehter Bernstein. Weitere Materialien sind Holz und Samt. Sie befindet sich im heutigen Königsberg im Bernsteinmuseum im Dohnaturm

Schlösser Europas besaßen Bernstein-sammlungen oder -kabinette.

Immer Konkurrenz mit Königsberg

Viele wertvolle Stücke stammten aus Stolp. Eines der bekanntesten ist die Bernsteinfigur des Camminer Domschatzes (stehende Madonna), die früher als „nordostdeutsch“ bezeichnet wurde, womit die Königsberger Konkurrenz gern den Namen Stolp umschrieb. Heute ist sie als Stolper Arbeit anerkannt und wurde so auch durch die Katalogabbildung im Juni 1955 in der Ausstellung „Pomerania“ von der Berliner Abteilung der Gesellschaft für Pommerſche Geschichte, Altertums-kunde und Kunst in der Berliner Kunstbibliothek ausgestellt. Über den Umfang des Stolper Bernsteinhandels liegen konkrete Angaben vor. Im Jahre 1797 führte Stolp 6900 Pfund Bernsteinwaren im Werte von etwa 26.500 Talern aus.

Auch bergmännischer Abbau

Ein großer Teil des in Stolp verarbeiteten Bernsteins wurde an der pommerſchen Küste und auch durch bergmännischen Abbau im Binnenland gewonnen. Der Strand in unserem Landkreis war nicht ganz so ergiebig wie die westlichen Teile der hinterpommerſchen Küste. Das liegt daran, dass die Ostsee von Jersthöft bis

winnung Privatunternehmen, die dafür eine Entschädigung zahlten. So wird als Pächter von 1756 bis 1762 die Stolper Bernsteindreherzunft für den Strand von Leba bis Kolberg genannt, also mit Einschluss des Stolper Kreises. Sie soll aber Verluste gehabt haben und gab die Pachtung nach Ablauf der Vertragszeit auf. Damals übernahm der Kaufmann Boje aus Rügenwalde den Bernsteinfang für einen langen Zeitraum.

Aber er steckte mehr Geld in das Unternehmen, als es einbrachte, und machte Bankrott. Als die pommerſche Strandpacht 1795 frei wurde, stellte wieder die Stolper Bernsteindreherzunft den Antrag, ihr den Strand von Leba bis zur Peene für die nächsten sechs Jahre (solange dauerte stets eine Pachtperiode) gegen Entrichtung von 208 Talern jährlich zu überlassen. Die Regierung schloss einen entsprechenden Vertrag mit der Zunft ab.

Obgleich die Bernsteinsucher ihre Funde nicht immer reell an die Zunft ab-lieferten, sondern an Schleichhändler, die höhere Preise zahlten als der Pächter, besserte sich die Ertragslage. Jedenfalls erneuerte die Zunft 1801 und 1807 den Pachtvertrag um jeweils sechs Jahre. Aufzeichnungen über die Erträge waren schon vor dem letzten Weltkrieg nicht mehr vorhanden.

dem Fundort von Stolpmünde belegen“ war, weil die anderen Distrikte in besonderer Pacht vergeben wurden. Der Vertrag hatte Gültigkeit vom 1. Januar 1815 bis 31. Dezember 1820. Als Pacht hatte die Gemeinde die „jährliche Summe von Elf Thaler in Courant nach dem Münzfuß de 1764 prompt und unweigerlich zu erlegen“. Ähnliche Verträge wurden für die übrigen Stranddörfer Neu Strand, Weitenhagen, Schönwalde und Rowe abgeschlossen.

Von Leba bis Kolberg

Der Landrat in Stolp veröffentlichte nach erfolgter Verpachtung des Bernsteinfanges stets in allen Stranddörfern eine Bekanntmachung, in welcher Unberechtigten bei Strafe verboten wurde, Bernstein zu suchen. Zufällig gefundener Bernstein war sofort an den Pächter oder seine Bevollmächtigten abzuliefern. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, dass sich die Bewohner der Stranddörfer Bernstein widerrechtlich aneigneten und an wilde Händler veräußerten.

Am 6. April 1833 erließ der Landrat von Gottberg in Stolp zum Rechtsschutz der Pächter eine längere Verordnung, durch die in allen Strandortschaften das Hausieren mit Bernstein jedermann untersagt wurde. Die Polizei-, Zoll- und Steuerbe-

● **Bernsteinmuseen** Die Entstehung des Bernsteins, seine Geschichte und die Wege, die „Das Gold der Ostsee“ genommen haben und viele interessante Exponate können in den Museen besichtigt werden. Zum Beispiel in Greifswald im Pommerſchen Landesmuseum; in Ribnitz-Damgarten im Deutschen Bernsteinmuseum; in Prerow im Kleinen Bernsteinmuseum; im Bernsteinmuseum im Ostseebad Dierhagen; im Ostseebad Sellin; in Danzig im Stockurm und ab Juni 2021 in der Großen Mühle (siehe PAZ Nr. 35 vom 28. August 2020); im Bernsteinmuseum im Dohnaturm in Königsberg und in der Bernstein-galerie und im Museum in Nidden und dem Bernsteinmuseum in Polangen. Eine interessante Ausstellung gibt es im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Die Leser in Süddeutschland sollten unbedingt das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss in Ellingen besuchen. Aber auch an der Nordsee in St. Peter-Ording kann man entdecken, wie der Bernstein bearbeitet wird und Schaustücke ansehen. Dr. Timo Ibsen ging den Wegen des Bernsteins nach, in der ZDF-Mediathek können die Filme angeschaut werden: „Das magische Siegel – Bernsteinhandel in der Bronzezeit. Vor rund 3500 Jahren gelangte Bernstein über uralte Handelswege von der Ostseeküste bis nach Ägypten“ und weitere Folgen.

„Wie mutig und kritisch hinterfragend!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke, dass Sie sich bemühen, neben den alten deutschen Ortsnamen auch die russischen und polnischen Namen zu nennen.“

Dr. Manfred Fritz Steiner, Bremen



Ausgabe Nr. 53

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an: redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

IMMER MEHR VERBOTE!
ZU: DIE POLITISCHE QUACKSALBEREI GEHT UNVERMINDERT WEITER (NR. 53)

Die Bundesregierung und alle Landesregierungen verwalten dieses Pandemie-Geschehen doch ganz ordentlich, so auf den ersten, groben Blick gesehen. Leider scheint es dann wieder ein paar sehr „kleinliche“ Menschen im Lande zu geben, die das wieder ganz anders sehen und beurteilen, und gleich den „Rohrkrepierer“ bemühen müssen.

Kann der „Staat“ mit diesen vereinbarten Maßnahmen überhaupt das Ziel erreichen, dass wir Bürger vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus geschützt werden können? Sind diese Maßnahmen überhaupt erforderlich, und wie werden dabei unsere Grundrechte missachtet? Wie steht es denn nun mit der Verhältnismäßigkeit dieser gewählten Mittel?

Fragen über Fragen, aber wir, das Volk, wir werden vorab nicht gefragt, ob wir das alles mitmachen wollen. Wir bekommen nur ständig immer noch mehr Verbote vor den „Latz geknallt“, und es wird nicht nur mit dem Zeigefinger gedroht, falls wir nicht mehr „auf lieb Kind“ machen.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

FREIWILLIG UNFREIWILLIG
ZUR KARIKATUR: RENTENPLANUNG (NR. 53)

Der Gesetzgeber ist beim Erlassen von Ver- und Geboten sehr gut im Geschäft, gleichzeitig muss er das Einhalten dieser Maßnahmen mit einem ausgeklügelten Kontrollsystem dauerüberwachen.

Eine „staatliche“ Impfpflicht (auch so eine Art von „Ge/Verbot“) soll es vorerst nicht geben, entweder jeder macht beim Impfen freiwillig oder eben unfreiwillig mit: „freiwillige Unfreiwilligkeit“ vs. „unfreiwillige Freiwilligkeit“.

Die Qual der Wahl, die bleibt wohl wieder dem Einzelnen überlassen, eine Wahl zwischen Pest und Cholera.

Riggi Schwarz, Büchenbach

EINE SPUR VON BREXIT-NEID
ZU: AUFBRUCH IN DIE WELT (NR. 53)

Ich glaube und denke, auch mit einer Spur von Neid, dass man die Briten nur beglückwünschen kann, dass sie es dank ihrer hartnäckigen regierenden Politiker geschafft haben, dem Moloch „Europäische Union“ zu entfliehen: Endlich wieder selbst bestimmen und entscheiden zu können, was für das Land gut oder schlecht ist, ohne Rücksicht auf eine in die Gigantomanie reichende Superbürokratie nehmen zu müssen – das ist gewiss ein Riesenerfolg, der sich in der Zukunft auszahlen wird.

Da man auch nicht so dämlich war, die eigene Währung zugunsten von besserem Spielgeld aufzugeben, dürfte es für einen ökonomischen und politischen Neuanfang recht optimistisch aussehen. Wer einigermaßen einen Realitätssinn besitzt, der müsste das Empire mit Neid und Wehmut betrachten.

Die Geschichte hat gezeigt, dass die Briten mit einem „Aufbruch in die Welt“ immer recht gut zurechtgekommen sind, ohne sich mit Selbstvorwürfen zu belasten oder belasten zu müssen – wie das zum Beispiel die Deutschen so an sich haben.

Manfred Kristen, Freital

EINE FALSCH E ENERGIEWENDE
ZU: DIE POLITISCHE QUACKSALBEREI GEHT UNVERMINDERT WEITER (NR. 53)

Die unglaublich radikale Energiewende in Deutschland beschert dem Haushaltskunden enorme Strompreise. Gegen eine Energiewende ist nichts zu sagen, sie ist erforderlich. Aber nicht in der praktizierten Form. Hier wurden dem Druck seitens der Grünen sowie von Greta & Co. nachgegeben. Warum?

Es kann nicht sein, dass etwas aufgegeben wird ohne ausreichende Alternativen. In Deutschland wird nicht ausreichend Strom produziert. Wir sind gezwungen, Strom zu kaufen. Die Stroman-

bieter werden nicht müde, darauf aufmerksam zu machen, dass die hohen Stromkosten auf die staatlich veranlassenen Preisbestandteile zurückzuführen sind. Das ist zwar nicht falsch, aber mit dem verbleibenden „armseligen“ Rest lässt es sich offenbar immer noch gut leben. Sie finden immer einen Grund für Preiserhöhungen.

So kann es vorkommen, dass der Kunde zwar weniger Strom verbraucht, aber trotzdem keine Ersparnis hat. Einem Haushaltskunden kann es durchaus passieren, dass trotz geringerem Verbrauch gegenüber dem Vorjahr der monatliche Abschlag für ihn genauso hoch ist. Es gibt nicht wenige Fälle, wo der Haushaltskunde sogar mehr zahlt als im Vorjahr.

In Deutschland und Dänemark haben die Haushalte mit Abstand die höchsten Stromkosten zu zahlen. Selbst wenn man die Kosten in Relation zum Kaufkraftstandard setzt, erreicht Deutschland nur den Platz 6 in Europa. Aber in Deutschland zahlt der Haushaltskunde nicht nur für Strom viel Geld, sondern auch für Heizungskosten. Auch hier lässt sich nicht immer alles mit dem Verbrauch begründen. Wenn der Haushaltskunde Fernwärme bezieht, kann es geschehen, dass er regelmäßig alle sechs Monate mit Erhöhungen zu rechnen hat.

Sollten Grüne einmal Regierungsverantwortung auf Bundesebene erhalten, wird sich zeigen, ob sie nur weinerlich jammern und mehr als nur Zuwanderungs- oder Klimapolitik können.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

DIE SPITZE DES EISBERGS
ZU: BEI DAIMLER BRODELT ES (NR. 51/52)

Sicher ist das 25 Jahre her, da hatte ich in Stuttgart ein Seminar der IG Metall besucht. Schon damals wurde auf die ungewisse Zukunft der Autobranche abgehoben. Ich sehe das sehr nüchtern: Wir werden, wenn die E-Autos wirklich massiv kommen, zumindest 50 Prozent der Arbeitsplätze bei den Automobilzulieferern

verlieren. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs.

Wir müssen daran denken, dass auch durch die Materialeinsparungen Arbeitsplätze bis hin zu den Minen verloren gehen. Wenn Sie hier beginnen, die Kette bis hin zur Fertigmontage zu verfolgen, werden Sie schnell dahinterkommen, wie einschneidend diese E-Auto-Klimapolitik auf unser Gesellschaftssystem sein wird.

Natürlich denke ich auch an das schrumpfende Facharbeiterpotential. Je kleiner die zu erstellenden Module werden, desto weniger Konstruktionskräfte werden benötigt. Selbstverständlich gilt das genauso bei den Hilfskräften in der Produktion. Das sind heute zum größten Teil Leute aus den unterschiedlichsten Nationen. Und die bekommen schon heute nicht genug Arbeit.

Ich nehme an, dass dann die Steuerlast für das Volk noch höher wird und die Sozialleistungen weniger werden. Wie werden dann die sicherlich von diesen Einsparungen betroffenen Migranten reagieren? Nun, all diese Folgen werden nicht mehr von Frau Merkel vertreten. Und: Früher war mal Grün die Farbe der Hoffnung! Markwart Cochi, Chemnitz

EINFACH MAL DANKE SAGEN
ZU: UNTERM KREUZ (NR. 51/52)

Wir möchten auf diesem Wege Danke sagen für die gelungene Weihnachtsausgabe der PAZ mit so zahlreichen interessanten Beiträgen. Wie mutig und vor allen Dingen kritisch hinterfragend Sie die aktuellen Themen angehen! Erwähnen möchten wir den Wochenrückblick „Überall Chancen“ und in dem Zusammenhang den Leserbrief „Unnötige Drangsalierungen“ zum Thema „Die Zweifel am Corona-Management wachsen“ (Nr. 47). Zutreffender geht es gar nicht. Der Artikel aus der Nr. 50 „Kritik aus berufenem Munde“ fließt mit ein und lässt die Zweifel an allen Maßnahmen wachsen. Werden diese Stimmen nie gehört? Einfach klasse!

Manfred und Gisela Löffelmacher, Flensburg

ANZEIGE

Auf was Sie sich jetzt gefasst machen müssen

■ Mit Corona wird die Welt dauerhaft verändert werden. Wir haben acht hochkarätige Vordenker und Experten nach ihrer Einschätzung gefragt. Welche Gefahren birgt die aktuelle Krise und wie wird die Welt nach Corona aussehen?

Prof. Sucharit Bhakdi: Immunität, Herdenimmunität und Impfung

Dr. Andreas von Bülow: Die Impfpagende des Bill Gates und sein Einfluss auf die WHO und die Pharmaindustrie

Willy Wimmer: Die WHO als Schild und Schwert der Neuen Weltordnung

Thor Kunkel: Von medizinischen Wörtern und Covidioten – die Framing-Bausteine zur Corona-Krise

Dr. Markus Krall: Die bürgerliche Revolution

Dr. Bruce Fife: Corona – diese Pandemie kam nicht zufällig zustande

Prof. Dr. Stefan W. Hockertz: Corona-Impfung – Risiken und Nebenwirkungen

Dirk Müller: Die Welt in der größten Wirtschaftskrise aller Zeiten!

Der Kongress ist auch weiterhin online buchbar unter: www.kopp-kongress.de

Kopp-Online-Kongress 2020: Wie mit Corona die Welt verändert wird
6 DVDs • Laufzeit ca. 620 Minuten • Best.-Nr. 982 600 • 39,- €

Jetzt auch als DVD!
Erhältlich ab 13.01.2021

INFO-Programm gemäß § 14 JuSchG

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

EXOTISCHE KÜCHE

Pralinen der Natur

Im Januar wird in Thailand die Tamarinde gefeiert – In Asien schwört man auf die Hülsenfrucht ebenso wie auf die Durian-Frucht

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Ein fröhliches Festival zu Ehren der süßen Tamarinde feiern die Einwohner der nordthailändischen Stadt Phetchabun jedes Jahr im Januar mit Besuchern aus dem ganzen Land. Als „Praline der Natur“ genießen die Thailänder die köstlich schmeckende süße Frucht einer speziellen Zuchtvariante des Tamarindenbaums (*Tamarindus indica*). In der Provinz Phetchabun befindet sich ein großes Anbaugelände der süßen Tamarinde.

Natürlicherweise bildet der in den Tropen und Subtropen häufig kultivierte Tamarindenbaum säuerlich schmeckende Früchte aus, daher sein Beiname „Sauerdattel“. Die majestätische, bis zu 25 Meter hohe immergrüne Hartholzpflanze ist eine Wildobstart und gehört zur Pflanzenfamilie der Hülsenfrüchtler. Sie wächst als Schattenspendler auch in den Parks und Gärten von Bangkok und anderen Städten Südostasiens. In Thailand zählt der Tamarindenbaum zu den wichtigsten Mehrzweck-Fruchtbaumarten. Das Fruchtfleisch seiner Schoten, die Samen und die gefiederten Blätter werden für Lebensmittel und in der Medizin, das Holz als Baumaterial verwendet.

Gutes Mittel gegen Seekrankheit

Die bräunlichen, leicht gekrümmten Tamarindenschoten sind fünf bis 20 Zentimeter lang. Im Inneren der reifen Schote umgibt ein dunkles, klebriges Fruchtfleisch bis zu zwölf Samen. Mit ihrem säuerlichen, erdig-würzigen Geschmack spendet die Frucht einer Vielzahl von Curry-Gerichten und Soßen eine besondere Note. Die hohe Wertschätzung der Tamarinde lässt sich aus der vielfachen Verwendung in der thailändischen, indischen, indonesischen, philippinischen, mexikanischen, brasilianischen sowie west- und südafrikanischen Küche erse-



Begehrte Hülsenfrucht: Eine Schote Tamarinde

Foto: Shutterstock

hen. In den Anbauländern wird die Tamarinde auch frisch oder getrocknet, als süßer oder saurer Snack genossen. Sie wird in der traditionellen Medizin bei vielen Krankheiten und gesundheitlichen Störungen eingesetzt, so bei Gallenleiden, Gicht, Bindehautentzündung, Fieber, Infektionen, Entzündungen und Parasiten.

Ursprünglich stammt der Tamarindenbaum aus Ostafrika. Wie Schriftquellen belegen, war die Pflanze bereits im vierten Jahrtausend v. Chr. in Indien heimisch. Der Name leitet sich in allen europäischen Sprachen aus dem Arabischen ab: tamr al-hindi, indische Dattel. Es handelt sich dabei um eine Reminiszenz an

die jahrhundertelange Dominanz der Araber im Seehandel mit Indien und China sowie im Zwischenhandel mit den Europäern bis um 1500.

Bereits der in Europa als Avicenna bekannte persische Arzt Abu Ali al-Husayn ibn Abdullah ibn Sina (980–1037) erwähnte die Tamarinde in seinen Schriften, desgleichen die Ärzte der im Mittelalter berühmten italienischen Schule von Salerno. Seit dem 15. Jahrhundert war die Tamarinde in deutschen Apotheken zu finden. Sie war anerkannt als Mittel bei Gallenleiden und fieberigen Infektionen. Wegen ihrer milde abführenden Wirkung, die aber durch längeres Wässern abgemil-

dert oder vermieden werden könne, empfahl auch der berühmte Arzt Theophrastus Bombast von Hohenheim, genannt Paracelsus (1493/94–1541), die indische Dattel. Auf langen Seereisen war die Tamarinde ein hochgeschätztes Mittel gegen die Seekrankheit, das auch bei der Vitamin C-Mangelkrankheit Skorbut eine günstige Wirkung hatte.

In der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien hat die exotische Frucht als Bestandteil der Worcester-Soße und der Braunen Soße eine Spur ihrer einstigen Bedeutung hinterlassen. Heute kennen nicht mehr viele Menschen in Europa die Tamarinde. In manchen Supermärk-

ten kann man das Fruchtfleisch als Paste in Tuben, verflüssigt in Gläsern oder getrocknet und zu Blöcken gepresst kaufen. In Asia-Märkten sind auch Tamarinden-Snacks und mitunter die reifen Schoten erhältlich.

Seine geliebte Stinkfrucht

Die Ursache ihrer wohltuenden Eigenschaften ist durch verschiedene Studien bekannt. Das Fruchtfleisch der Tamarinde ist eine wahre Vitaminbombe und enthält die Spurenelemente Calcium, Kalium, Magnesium, Zink und Eisen, essentielle Aminosäuren, Antioxidantien sowie Phytonährstoffe, mit denen sich Pflanzen vor Bakterien, Käfern und Pilzbefall schützen.

Tipp: Zur Entsäuerung setzt man einen Teelöffel Fruchtmarmelade eine halbe Stunde mit einem halben Liter heißem Wasser an. Das so gewonnene Tamarindenwasser kann für alle Gemüsesuppen verwendet werden.

Während die Tamarinde alle Qualitätsmerkmale der sogenannten „Superfoods“ erfüllt und jederzeit in diesen modernen Nahrungsmittel-Kanon aufgenommen werden könnte, dürfte für die in den Tropenländern ebenfalls beliebte und gesunde Durian-Frucht der Weg in diesen Olymp der Gesundheitskost versperrt bleiben. Der Grund: Das süße Fruchtfleisch der eiförmigen oder runden, bis zu fußballgroßen Kapsel Frucht des Durianbaumes riecht extrem unappetitlich.

In Asien wird Durian daher auch als Stinkfrucht bezeichnet. Hat man die dicke braungelbe, stachelige Haut der Frucht entfernt, verströmt das dreigeteilte Fruchtfleisch in ihrem Inneren einen intensiven Geruch nach faulen Eiern und Röstzwiebeln. In einigen asiatischen Ländern ist der Verzehr der Durian-Frucht in öffentlichen Verkehrsmitteln, Hotels und Taxis verboten. In Europa findet man sie hauptsächlich in Asia-Läden. Einige Internet-Anbieter liefern sie frei Haus.

JAPANISCHE DELIKATESSE

Kapriziöses Gewürz

Megascharf und krebshemmend – Wasabi kommt auch in deutschen Küchen immer mehr in Mode, ist aber nicht immer echt

Zusammen mit dem Sushi ist aus Japan eine weitere kulinarische Mode in den Westen gelangt: die Beilage Wasabi, die so scharf ist, dass einem beim ersten Genuss die Tränen kommen.

Doch das, was man hierzulande den Verbrauchern zu ihrem Sushi-Gericht reicht, hat mit dem kraftvollen Gewürz oft wenig zu tun. Da echter Wasabi mit einem Kilopreis von 200 Euro zu den teuersten Viktualien gehört und die Nachfrage stetig steigt, wird er weltweit mit Füllstoffen wie Maisstärke, Meerrettich- und Senfpulver gestreckt und mit grüner Lebensmittelfarbe verkaufsfördernd eingefärbt. Echter Wasabi ist in vielen Produkten dann nur noch zu etwa 0,5 Prozent enthalten, wenn überhaupt.

Auch die Bezeichnung „Bergstockrose“ ist das Ergebnis eines Übersetzungsfehlers. Die Japaner betitelten ihre heimische Gewürzpflanze mit einem Schriftzeichen für „Berg“ und einem weiteren, das sie auch für „Stockrosen“ gebrauchten, was europäische Wissenschaftler fälschlich mit „Bergstockrose“ übersetzten. Doch mit diesen hat er rein gar nichts zu tun. Auch der oft genutzte Name „Japanischer Meerrettich“ trifft es nicht, denn der bei uns bekannte Meerrettich ist allenfalls als entfernter Cousin anzusehen.

Wasabi gehört zu den Kreuzblütengewächsen genau wie Brokkoli, Rosenkohl oder Grünkohl. Gesundheitsbewusste Menschen lässt diese Tatsache aufhorchen, weiß man doch, dass diese voller wertvoller organischer Isothiocyanate (Senföle) stecken, denen die Wissenschaft krebshemmende Wirkung bescheinigt. Während man in Europa das Gewürz eher nur als Beigabe zum Sushi kennt, wird Wasabi in Japan genutzt wie Senf bei uns. Man würzt Teriyaki-Gerichte damit, reibt es frisch über Nudeln, nutzt ihn in Dips, Soßen, Marinaden und für Dressings. Darüber hinaus gibt es Wasabi-Wein, Likör und Eis.

Große Heilwirkung attestiert

In japanischen Handschriften aus dem 8. Jahrhundert wurde die Pflanze erstmals erwähnt. Damals nutzte man den „wildten Ingwer“, so seine frühere Bezeichnung, jedoch nicht als Nahrungsmittel, sondern allein wegen seiner Heilkraft.

Die bis zu 60 Zentimeter hohe Staudenpflanze liebt die Uferbereiche kühler, mineralstoffreicher Bergbäche in Regionen, wo sich die Temperaturen nur um die zehn Grad Celsius bewegen. Da die japanische Küche sich weltweit wachsender Beliebtheit erfreut, kann Japan die

Nachfrage nach dem scharfen Gewürz, auch im eigenen Land, kaum decken. Obwohl der Anbau eher schwierig ist und einige Jahre vergehen müssen bis zur ersten Ernte, wird Wasabi nun auch erfolgreich in vielen anderen Ländern angepflanzt. Dabei genießt derjenige aus Neuseeland unter Kennern einen guten Ruf.



Scharfes Grünzeug: Wasabi

Eine Studie zeigte, dass der Isothiocyanat-Gehalt neuseeländischen Wasabis höher ist als der aus dem Ursprungsland.

Um aus dem vertikal wachsenden Wurzelstock der Pflanze die begehrte Würze herzustellen, rieben japanische Köche traditionell die geschälte Wurzel kreisförmig auf einer Reibe aus Haifischhaut, der sogenannten Samegawa-Oroshi, zu einem Brei. Haifischhaut ist mit winzigen Zähnnchen bestückt und eignete sich bestens zum Reiben der Pflanzen-Sprossachse. Aus Tierschutzgründen kommen heute meist Metallreiben, die Oroshigane, zur Herstellung der Wasabi-Paste zum Einsatz.

Das Gewürz ist mehr als kapriziös. Senföle sind oxidationsempfindlich, daher verlieren sie ihre Würzkraft bereits nach einer halben Stunde. Eine Lagerung in luftdichten Verpackungen ist daher empfehlenswert. Man verwendet ihn kalt, da sich sein Aroma beim Erhitzen verflüchtigt. Echten Wasabi zeichnet eine kräuterfrische, angenehm grüne Note aus, sein ätherisches Öl enthält Duft- und Geschmacksstoffe, die ähnlich in Rucola vorkommen.

Laut dem US-Biochemiker Bharat Aggarwal, der seit Jahren am M.D. Anderson-Krebszentrum in Texas die Heilwir-

kung von Gewürzen erforscht, schützt Wasabi die Gesundheit auf vielerlei Weise. Nicht grundlos nutzten Japaner dieses starke Gewürz als Beigabe zu ihren rohen Fischspeisen, denn Wasabi bildet einen natürlichen Schutzschild gegen E. coli und Staphylococcus aureus, Bakterien also, die Lebensmittelvergiftungen auslösen können. Wirksam ist es auch gegen Helicobacter pylori Bakterien, die oft die Ursache von Magengeschwüren sind.

Australische Forscher stellten fest, dass Wasabi sich positiv auf den Cholesterinspiegel auswirken kann. Selbst der Osteoporose könnte Wasabi entgegenwirken, da die Forscher Inhaltsstoffe im Gewürz entdeckten, die die Knochendichte erhöhen könnten.

Wegen der Schärfe ist Wasabi nicht für Kinder geeignet, da es Schleimhäute und Atemwege reizt. Vorsicht ist geboten für Menschen mit geschwächten Blutgefäßen, nach einem Herzinfarkt oder Schlaganfall sowie bei Typ-2-Diabetes, hier kann der Verzehr größerer Mengen ein Risiko bilden.

Wer beim Wasabi nicht spart, sondern sich die echte Gabe aus dem Land der aufgehenden Sonne gönnt, wird das Geschmack- und Gesundheitserlebnis sicher nicht bereuen. Silvia Friedrich

● FÜR SIE GELESEN

Zwischen zwei Kulturen

Mittlerweile sind die in der Bundesrepublik geborenen Kinder der sogenannten Gastarbeiter erwachsen. Und leiden unter Identitätskrisen. Davon zeugt nicht zuletzt das Buch „Das ist auch unser Land“ von Cigdem Toprak. Die Politikwissenschaftlerin türkischer Herkunft, die für mehrere große Zeitungen schreibt, offenbart darin ungewollt das psychische Elend, welches dadurch entsteht, dass Menschen versuchen, den Spagat zwischen zwei extrem unterschiedlichen oder sogar unvereinbaren Kulturen zu bewältigen. Wobei sie aber nicht die Immigration als die wahre Wurzel des Übels sieht, sondern über die angeblich so bornierte und um Abkapselung bemühte Aufnahmegesellschaft hierzulande philosophiert.

Als Kronzeugen für ihre Ausführungen über „Rassismus“, „Ausgrenzung“, „Diskriminierung“, erzwungene „Ghettoisierung“ und so weiter benennt Toprak Rapper, Hip-Hop-Produzenten, Models, Influencer, Martial-Arts-Kämpfer, Sneaker-Designer und Angehörige ähnlicher „Berufe“, welche natürlich allesamt auf ihre ganz spezielle Weise dazu beitragen, das bunte Deutschland voranzubringen. Aber vielleicht hätte sich Toprak auch einmal in andere migrantische Milieus begeben sollen, wo es etwas „bürgerlicher“ zugeht und die Nachkommen der Einwanderer nicht permanent damit beschäftigt sind, Haare in der deutschen Suppe zu finden. W. Kaufmann

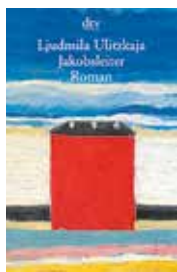


Cigdem Toprak: „Das ist auch unser Land. Warum Deutschsein mehr als deutsch sein ist“, Christoph Links Verlag, Berlin 2020, broschüriert, 253 Seiten, 18 Euro

Sowjetische Schicksale

Ljudmila Ulitzkaja, eine der wichtigsten russischen Schriftstellerinnen, verbindet in ihrem Roman „Jakobsleiter“ die große Geschichte mit dem Schicksal einer einfachen Familie nach der Oktoberrevolution. Die Bühnenbildnerin Nora findet im Nachlass ihrer Großmutter Marussja deren Briefwechsel mit Jakob, ihrem Mann. Von dem Großvater wusste Nora wenig. Neugierig geworden, erfährt sie, dass er ein Wirtschaftswissenschaftler war, der, weil er auf Missstände hinwies, die längste Zeit seines Lebens in der Verbannung in Sibirien verbracht hat. Seine Frau ließ ihn schließlich fallen.

Nora erlebt selbst Brüche und Verwerfungen. Sie bekommt einen Sohn von einem Mann, den sie nicht liebt, ist lange einem georgischen Theaterregisseur hörig, den sie zwar liebt, der aber verheiratet ist. Ihr Sohn droht in den USA, wo sein Vater lebt, auf die schiefe Bahn zu geraten, sodass die resolute Nora ihn wieder zurück nach Moskau holt. MRK



Ljudmila Ulitzkaja: „Jakobsleiter. Roman“, dtv, München 2020, Taschenbuch, 608 Seiten, 14,90 Euro

POPULÄRWISSENSCHAFT



Die Wirkung von Orten

Die seit Kindheitstagen am Mittelalter interessierte Historikerin Roberta Rio ist dem Phänomen des „genius loci“ nachgegangen

FOTO: SHUTTERSTOCK

Von der Antike bis zur Gegenwart Warum fühlen wir uns an einigen Orten wohl und an anderen nicht? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Erkrankungen und dem Aufenthalt in Häusern oder häufigen Unfällen an bestimmten Straßenabschnitten?

Wer mit Wünschelruten negativen Erdstrahlen auf die Spur geht, um das Phänomen zu klären, wird nicht selten belächelt oder in die Nähe von Ver-

schwörungstheorien gerückt. Und doch gibt es wissenschaftliche Studien, die den Einfluss etwa unterirdischer Wasserquellen auf das Wohlbefinden der Menschen bestätigen.

Die Historikerin Roberta Rio lehrt als Gastprofessorin an den Universitäten von Bologna, Wien und Berlin. 2011 stellte sie an der Universität von Glasgow erstmals ihre Methode vor, der Wirkung von Orten mithilfe der Erforschung ih-

rer Geschichte, auffälligen Anzeichen wie anormalen Pflanzenwuchsrichtungen und ähnlichen Erscheinungen nachzugehen. Bei ihren Theorien hilft der gebürtigen Italienerin ihr Interesse für Geschichte. Ihre Erforschung des „genius loci“ führte sie bis in die Antike zurück.

In ihrem Buch „Der Topophilia Effekt“ berichtet sie unter anderem von einem Spaziergang mit einem Bekann-

ten in einem Hohlraum der Etrusker im toskanischen Pitigliano (siehe Foto). Plötzlich wurde das Display der mitgeführten Kamera schwarz. Der Akku hatte sich vollständig entleert, obwohl er zuvor aufgeladen worden war. Rios Erforschung des Phänomens legt nahe, dass die Etrusker das System der Hohlwege aus medizinischen Gründen anlegten, um den Magnetismus der Gesteine zu nutzen. Auch heute wird in der alternativen Medizin die Magnetfeldtherapie angewandt.

Unsere Vorfahren verfügten bereits über Wissen von radioaktiven Strahlen und deren Wirkung. Der griechische Schriftsteller Plutarch berichtete von Dämpfen im Apollon-Tempel, denen er die visionären Trancezustände der Orakel-Priesterinnen von Delphi zuschrieb. Spätere Vulkanologen fanden heraus, dass der Tempel direkt über zwei Zonen der Erdkruste zu liegen scheint, sodass Gase aus dem Erdinneren in den Raum treten konnten.

Rio hat vielen hilfeschuchenden Privatleuten geholfen, unerklärliche Vorgänge in ihren Wohnhäusern zu klären. Es handelt sich um eine äußerst interessante Lektüre.

Manuela Rosenthal-Kappi



Roberta Rio: „Der Topophilia Effekt. Wie Orte auf uns wirken“, edition a, Wien 2020, gebunden, 268 Seiten, 22 Euro

GESCHICHTE

Die Gründung des Landes Thüringen

Anlässlich des 100. Jahrestags nahmen mehrere Landeshistoriker eine Würdigung der damaligen Ereignisse vor

VON DIRK KLOSE

Vor 101 Jahren wurde das Land Thüringen gegründet. In einem Kraftakt hatten sich sieben Einzelstaaten aus freien Stücken zusammengeschlossen. Damit war diese Region, jahrhundertlang Inbegriff deutscher Kleinstaaterei, zu einem einheitlichen politischen Land geworden, allerdings noch ohne die Gebiete um die heutige Landeshauptstadt Erfurt, die erst 1944 hinzukamen. Die acht Sterne im heutigen Landeswappen symbolisieren Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen, Reuß und Erfurt.

Aus Anlass dieses Jubiläums haben mehrere Landeshistoriker eine kritische Würdigung der damaligen Ereignisse vorgenommen. Der Band „Engere Heimat“ beschreibt nicht nur detailliert die Politik in allen sieben Einzelstaaten, sondern geht auch auf die politische Zerklüftung der Region ein, die sich 1920 im Kapp-Lüttwitz-Putsch in bürgerkriegsähnlichen Unruhen äußerte, ferner auf die für Thüringen prekären Vermögensstreitigkeiten mit den früheren Fürstentümern: Schließlich erläutert er, warum Preußen eisern an seinem großen Regierungsbezirk Erfurt festhielt.

Es ist ein inhaltlich weit gefasster, ungemein materialreicher Band. Er gibt Zeugnis, wie sich die Region angesichts drohender Bedeutungslosigkeit gewissermaßen selbst aus dem Sumpf zog. Der Preußen-Historiker Heinrich von Treitschke hatte

über die thüringischen Kleinstaaten geäußert: „Unsere Cultur verdankt ihnen unsäglich viel, unser Staat gar nichts.“ Und im Jahr 1906 hatte der SPD-Politiker Arthur Hofmann mit dem Wort vom „Thüringer Kleinstaatenjammer“ dem allgemeinen Missvergnügen Ausdruck verliehen.

Die Fürsten hatten noch nicht abgedankt, als schon erste Gespräche über einen Zusammenschluss stattfanden. Im Mai 1919 war der „Gemeinschaftsvertrag“ über den Zusammenschluss der thüringischen Staaten“ ausgehandelt. Er trat Anfang 1920 in Kraft, ab dem 1. Mai 1920 stand Thüringen „reichsrechtlich“ neben den anderen Ländern. Ein Jahr später wurde die neue Landesverfassung verabschiedet, Weimar wurde Landeshauptstadt.

Ein Land scherte damals aus: der südlichste Staat Sachsen-Coburg. In einer Volksabstimmung entschied sich eine deutliche Mehrheit für den Anschluss an Bayern, mit der Folge, dass das Land 1945 zur amerikanischen Besatzungszone und später zur Bundesrepublik gehörte. Alle anderen Thüringer mussten dagegen in den DDR-Bezirken Erfurt, Gera und Suhl leben.



Christian Faludi/Marc Bartuschka (Hg.): „Engere Heimat. Die Gründung des Landes Thüringen 1920“, Weimarer Verlagsgesellschaft im Verlagshaus Römerweg, Wiesbaden 2020, gebunden, 408 Seiten, 18 Euro

BALTIKUM

Gutshäuser in Dur und Moll

Die Fotokünstlerin Anja Putensen hat neben liebevoll restaurierten teilweise verfallene Gutshäuser in ästhetischer Weise abgebildet

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Mit ihrer Kamera hat sich die Fotografin Anja Putensen in Estland und Lettland auf eine „subjektive Spurensuche“ um noch erhaltene, teilweise aber dem Verfall preisgegebene Gutshäuser der deutschen Großgrundbesitzer begeben. Viele der Gutshäuser sind liebevoll restauriert worden. Umgewandelt in Museen oder Hotels, zählen sie zu den kulturellen Attraktionen ihrer Region.

In dem Band „Das Gut. The Manor. Muiža. Mõis. Auf den Spuren baltischer Gutshauskultur“ wird eine Auswahl von Fotografien an diesen historischen Orten präsentiert. Die Bildmotive entlang einer Ästhetik, die ins Ungefähre und Ungewisse verweist, werden durch eingestreute Textbausteine konkretisiert. Putensen wählte eine imaginative Ausdrucksweise, um mit Anspielungen bildliche Vorstellungen zu wecken. Kostbar wie die bruchstückhaften Erinnerungen ist die Anmutung des dunkelblauen Leinwandbuchs mit seiner goldfarbenen Prägung aus stilisierten Nadelbäumen.

Klare Farbigkeit wechselt ab mit matten Farben, sanfte Grün- und Brauntöne legen den Schleier des Geheimnisvollen über die abfotografierten alten Gemälde, Tapeten, Ausschnitte von Interieurs. Alles bleibt anonym. Verdunkelt, halb verschattet oder extrem unscharf gehalten sind einige Fotografien der typischen Landschaften: Birken- und Kiefernwälder, Strandszenen, ein altes Boot im Wald, Gutshäuser im Park.

Was die Hinterlassenschaften der ehemaligen herrschaftlichen Bewohner betrifft, so wird dem Betrachter kaum ein Blick auf rekonstruierte Wohnensembles gestattet. Gezeigt werden vorwiegend Ausschnitte der früheren Häuslichkeit, sei es ein halbes Schaukelpferd oder eine einzelne Jagdtrophäe. Die kurzen Texte in deutscher, englischer, estnischer und lettischer Sprache sind Auszüge aus Kindheitserinnerungen. Sie werfen Schlaglichter auf die gesellschaftlichen Verhältnisse bis zu den politischen Umwälzungen nach dem Ersten Weltkrieg.

Am Ende bleiben zur Gestaltung des Fotobandes Fragen offen. Warum sind einige Seiten des Buches weiß geblieben? Warum wurden einige Fotos doppelt, und zwar gespiegelt, abgebildet, warum ein Motiv ganz unkenntlich gemacht? Weshalb werden die Ursprungsorte der Fotografien auf einer Karte angezeigt, wenn die Angaben mangels Seitennummerierung nicht nachvollziehbar sind? All das dürfte wohl in der ästhetischen Intention des Buchprojekts begründet liegen, beim Betrachter aber könnte schlussendlich das Gefühl überwiegen, als Rezipient überfordert zu sein.



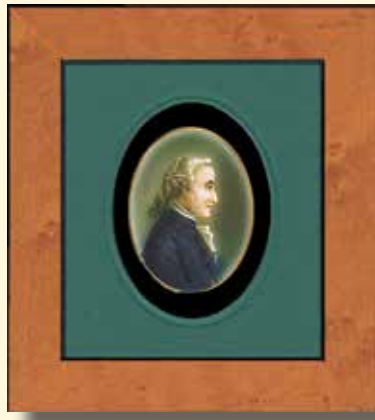
Anja Putensen: „Das Gut. The Manor. Muiža. Mõis. Auf den Spuren baltischer Gutshauskultur“, Kerber Verlag, Bielefeld 2020, gebunden, 92 Seiten, 24 Euro



Porzellanrelief König Friedrich II. von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief des berühmten Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 x 5 cm.
Nr. P A1239 Porzellanrelief 49,00 €



Porzellanminiatur Friedrich II.
Porzellanminiatur des großen Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1237 Porzellanminiatur 49,00 €



Porzellanminiatur Immanuel Kant
Porzellanminiatur des großen Philosophen Immanuel Kant. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1235 Gebunden 49,00 €



Porzellanrelief Königin Luise von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Königin Luise in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Relief hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1238 Porzellanrelief 49,00 €



Modischer ovaler Amethystanhänger mit Silberfassung und Silberkette (ca. 50 cm. Länge)
Ein hochwertiges Schmuckstück für Jung und Alt.
Nr. P A1550 59,90 €



Kühlschrankschmagnet und Flaschenöffner mit einer Abbildung des beliebten Königs Friedrich II. von Preußen
Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe
Nr. P A1377 4,95 €



Schlüsselanhänger mit Wappen Pommern
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0259 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0260 (3 Expl.) 13,95 €



Kalender Sudetenland in alten Ansichten 2021
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus dem Sudetenland. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1545 Kalender 14,90 €



Kalender Danzig in alten Ansichten 2021
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Danzig. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1543 Kalender 14,90 €



Historische Karte Provinz Posen 1905
Das Großherzogtum Posen war eine der Provinzen des Königreichs Preußen, welche von 1815 bis 1920 bestand. Die vorliegende Karte zeigt die Provinz um 1905. Sie gehörte ab 1871 zum Deutschen Reich. Die Fläche der Provinz wird auf der Karte mit 28.958 qm² ausgewiesen, dabei beanspruchte der Regierungsbezirk Posen lediglich 17.508,9 qm². Grenz- und flächenkolorierte Karte. Darstellung 10% vergrößert zum Original. Kartograph: Friedrich Handtke (1815 bis 1879). Außenformat 64 x 86 cm, Darstellungsgröße 62,2 x 83,1 cm.
Nr. P A1472 Historische Karte 19,95 €



Immanuel Kant
Die drei Kritiken
Gebunden
1.312 Seiten
Nr. P A1142 9,95 €

Kritik der reinen Vernunft * Kritik der praktischen Vernunft * Kritik der Urteilskraft
Immanuel Kants „Kritiken“ gehören zu den weltweit meistbeachteten Werken der Philosophie. In der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781/1787) widmet sich der Königsberger Denker der philosophischen Schlüsselfrage „Was kann ich wissen?“ Die „Kritik der praktischen Vernunft“ (1788) behandelt die allgemeinen Grundlagen der Ethik und die verbindlichen Voraussetzungen sittlichen Handelns. In der „Kritik der Urteilskraft“ (1790) vereint Immanuel Kant seine Ästhetik mit einer Theorie der organischen Natur und vollendet seine kritische Philosophie.

Nur noch wenige Exemplare



Postkartenkalender
Nidden 2021
und die Kunst auf der Kurischen Nehrung
Format 16,6 x 17,4 cm
Nr. P A1529 Gebunden 6,95 €



Kalender Berlin in alten Ansichten 2021
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Berlin. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1559 Kalender 14,90 €



Carolin Philipps
Friederike von Preußen
Die leidenschaftliche Schwester der Königin Luise
„Galanteste Löwin des Jahrhunderts“ hat man sie genannt: Friederike von Preußen, geborene Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz (1774–1841). Tatsächlich rankt sich um die „sündige“ Schwester der Königin Luise ein streng gehütetes Familiengeheimnis, das nach mehr als anderthalb Jahrhunderten aufgedeckt wurde. Carolin Philipps schreibt aus bis dahin unbekannten Quellen heraus die Biografie einer außergewöhnlichen Frau, die entgegen allen Regeln ihre Sehnsucht nach Glück und Liebe lebte. 384 Seiten
Nr. P A1539 Taschenbuch 14,00 €



Flaggenpin mit Wappen Pommern (ca. 20 mm)
Nr. P 9953 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen Westpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9952 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €



Flaggenpin Königsberg (ca. 20 mm)
Nr. P 9949 2,50 €



Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €

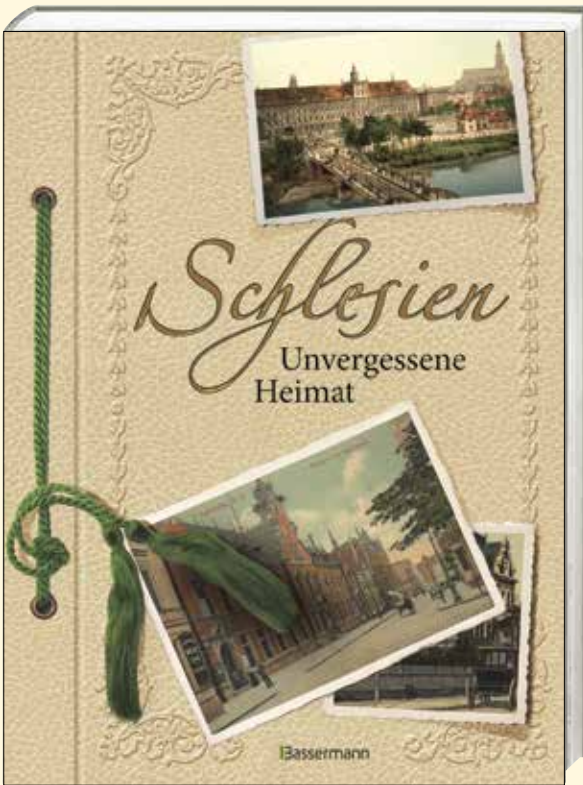


Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Evamaria Moeke
Das Beste aus der Schlesiens Küche
Kochen mit Tradition
Mit vielen original schlesischen Rezepten.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0314 5,00 €

Dieses Buch präsentiert die schlesische Küche, in all ihrer Vielfältigkeit. Einige haben vielleicht noch die Eltern oder Großeltern von den Leckereien schwärmen hören, die sie aus ihrem „Schlätzerland“ noch kannten: Das Schlesische Himmelreich, Häckerle, Mohnklöße und natürlich der weithin bekannte und gerühmte „Sträselkucha“. Hier kann man diese Gerichte wiederentdecken und ausprobieren. Aber auch „Neuentdecker“ sind herzlich willkommen diese traditionelle, aber noch lange nicht altdomische Küche kennenzulernen. Die schlesische Küche hat einiges zu bieten, von ganz einfachen und schnellen Gerichten, über schmackhafte Festgerichte, zu den bekannten verführerischen Süßspeisen, für die die Schlesier bekannt waren.



Ewald Lindner
Ostpreußen
Unvergessene Heimat in 1.000 Bildern
Es liegt in der Natur des Menschen, dass er nach seinen Wurzeln sucht und wissen möchte, wo er herkommt. Dieser opulente Bildband versucht in über 1000 alten Fotos und Postkarten die Sehnsucht nach der alten Heimat zu stillen. Die Reise in die Vergangenheit führt in die einstigen Regierungsbezirke und Landkreise und zeigt das beschauliche Leben in den Städten und Dörfern Schlesiens. Zu jedem Gebiet gibt es eine kulturhistorische Einführung und Karten erleichtern sich zurechtzufinden. 336 Seiten im Großformat.
Nr. P A1516 Gebunden 14,99 €

Bildwandkarten – Geroltt je 8,90 €
Farbenprächtige Heimatbildwandkarten!
Im Format 57 x 49 cm mit Wappen der Städte und Provinzen, sowie der Abbildung markanter Bauwerke.

Bildwandkarte Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Geroltt
Nr. P 9985 Bildwandkarte 8,90 €

Bildwandkarte Pommern – Geroltt
Nr. P A0016 Bildwandkarte 8,90 €

Bildwandkarte Schlesien – Geroltt
Nr. P A0017 Bildwandkarte 8,90 €



Früher € 12,90
Jetzt € 8,90

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● **AUFGESCHNAPPT**

Im Unterschied zu vielen anderen sind Einzelhändler von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Politik bereits jetzt betroffen. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate wurden sie per Verordnung zur Schließung ihrer Geschäfte gezwungen, ein Ende ist nicht absehbar. Nachvollziehbar war daher das Vorhaben von Udo Siebzehnrübl, der in Bayern mehrere „Inter-sport“-Filialen betreibt, zumindest an zwei Standorten am 11. Januar einfach zu öffnen. Staatliche Hilfen habe er bislang kaum erhalten, zudem sei „das Lager voller Winterware“. Verbunden war damit der Gedanke, andere Händler würden sich anschließen. Viel positive Resonanz gab es auch. Das freute Siebzehnrübl allerdings nur bedingt, denn die „rechte Szene“ sei auf die Aktion aufmerksam geworden. „Querdenker“ warben dafür. Das scheint nun schwerer zu wiegen als das durch die Politik angerichtete wirtschaftliche Desaster, da sei „eine Grenze“ erreicht. Der Filialbetreiber rückte aufgrund des Beifalls von der „falschen Seite“ von seinem Vorhaben ab und blieb geschlossen. *E.L.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Selber schuld!

Wie man Bürger dressiert, Radikale produziert und die Verantwortung loswird

VON HANS HECKEL

Was da passiert ist, bringt uns auf eine fabelhafte Idee! Was ist denn da passiert? Können Sie oben unter „Aufgeschnappt“ lesen. Kurz gesagt: Ein Ladenbesitzer wollte aus Protest gegen den Lockdown am 11. Januar einfach aufmachen, Verbot hin, Verbot her. Als aber auch die „Rechten“ dazu applaudierten, hat er sofort gekuscht – wegen „Beifalls von der falschen Seite“. Der Laden blieb zu.

Die fabelhafte Idee liegt auf der Hand. Wir müssen nur ein paar Beifallklatscher „von der falschen Seite“ engagieren, die alles, was die Regierung nicht mag, öffentlich toll finden. So können die Mächtigen jedweden Ungehorsam gewissermaßen niederklatschen lassen. Herrschen kann so einfach sein, wenn man die Sache propagandistisch hinreichend vorbereitet hat.

Und da hat man sich wirklich Mühe gegeben. Wer genau hinsieht (was zum Glück nur wenige tun), erkennt jetzt, worauf der „Kampf gegen Rechts“ wirklich gerichtet war. Natürlich nicht gegen echte Rechtsextremisten mit Hitlerbild in der Gruselkammer, sondern auf die breite bürgerliche Mitte. Sie hat man mit diesem „Kampf“ derart perfekt dressiert, dass sie ganz ohne Befehl Männchen macht. Da reicht allein der erwähnte „Beifall“ als gebieterischer Schlüsselreiz und: Hopp!

Der Kampf gegen Extremismus erfordert kernige Typen, die vor harten Maßnahmen nicht zurückschrecken. Aber logischerweise benötigt ein Politiker, der sich in jahrelangem zähen Streben das Marken-Etikett „Kerniger Typ, der vor harten Maßnahmen nicht zurückschreckt“ ersabbelt hat, auch Extremisten, um seine Kernigkeit wahlkampfgerecht in Szene zu setzen. Sonst strahlt das Etikett ja gar nicht.

Markus Söder weiß das und warnt daher davor, dass sich aus den Lockdown-Kritikern eine „Corona-RAF“ herauschälen könnte. Wie bitte? Wir haben schon besser gelacht, amüsieren sich die Bürger auf der Straße über die skurrile Warnung, was Söder natürlich ärgern muss. Der Franke ist ein Kämpfer, also verzagt er nicht, sondern legt sich ins Zeug: Auf Bayerns verschneiten Hügeln lässt er die Polizei aufmarschieren, um Rodlern nachzustellen oder Wandergruppen auseinanderzuscheuchen. Die Reaktion der Betroffenen läuft ganz nach Plan, sie fühlen sich sinnlos

schikaniert und einige werden richtig zornig. Wer weiß, vielleicht „radikalisieren“ sich ein paar von den wirklich Erzürnten, und vielleicht macht einer von denen dann später etwas schrecklich Dummes. Schon hätte Söder seine „Corona-RAF“ und könnte richtig loslegen mit seiner Kernigkeit und Härte! Man muss die Leute eben nur lange und gründlich genug triezen, irgendwann verliert einer von denen die Nerven und dreht durch. Fertig ist die „Radikalisierung“.

Zwar nahm die Zahl der Covid-Kranken auf den Intensivstationen zuletzt schon wieder ab. Doch das hindert lautstarke Politiker wie Söder nicht daran, dennoch eine ständig wachsende Verschärfung der Lage zu konstatieren. Ein Widerspruch, klar, aber wir wollen gerecht bleiben: Denn wer sich das deutsche Impf-Desaster oder das vielfache Versagen beim Schutz der besonders gefährdeten Gruppen vor Augen führt, der kann unseren führenden Politikern keineswegs vorhalten, dass sie es beim Vorantreiben jener „Verschärfung“ an der gebotenen Hingabe fehlen ließen.

Neben solchen Leistungen ist es für das Image eines Politikers ebenso wichtig, dass er nicht verantwortlich gemacht wird für unangenehme Sachen. Aber einer muss doch verantwortlich sein, oder? Genau deshalb arbeitet die Propaganda-Maschine bereits seit Monaten am schlechten Gewissen der Bürger, auf dass sie sich selbst oder besser noch dem blöden, bösen Nachbarn die Schuld geben statt der Politik. Weil viele von uns „immer noch nicht verstanden haben, könnte Deutschland spätestens im Februar der totale Lockdown drohen“, droht uns ein großes Nachrichtenmagazin. Nein, nicht das aus Hamburg, das andere.

Totaler Lockdown hieße ganztägige Ausgangssperren mit dem Verbot, haushaltsfremde Personen überhaupt noch zu treffen oder die eigene Wohnung zu verlassen, es sei denn für Arztbesuche, zum Einkaufen oder in dringenden Fällen. Das wäre was, wie? Wir hören den Lauterbach förmlich vor Verzückung plätschern angesichts dieses Horrors. „Es liegt an jedem einzelnen“, reibt uns das Magazin vorsorglich die Schuld für diesen Albtraum rohrstockschiwendend unter die Bürgernase.

Dass Verantwortung auf die erwünschte Weise zugeordnet wird, war in der gesamten Corona-Geschichte entscheidend. Als beispielsweise in Trumps USA die täglichen To-

Man muss die Bürger nur lange genug triezen. Irgendwann dreht einer durch und macht etwas schrecklich Dummes

desraten viel höher ausfielen als in Merkels Deutschland, war beides zweifelsfrei auf den Erfolg beziehungsweise das Versagen der jeweiligen politischen Führer zurückzuführen. Als nun im Januar die Todeszahlen pro Kopf in Deutschland jene in den (immer noch von Trump regierten) USA überholten, hatte dies dagegen nicht das Geringste mit den Regierungsqualitäten von Kanzlerin oder Präsident zu tun. Die Amis hatten höchstens unverdientes Glück gehabt, und bei uns liegt es schließlich „an jedem einzelnen“.

Wer auf die krude Idee kommen sollte, weiterhin hohe Todesraten unter den besonders gefährdeten Gruppen mit dem von Merkel verschuldeten Impf-Desaster in Zusammenhang zu bringen, der betreibt nichts anderes als schäbigste „Instrumentalisierung der Opfer“, indem er die Tragödien skrupellos politisch ausschlachtet.

Auf diese Weise freigesprochen von aller Schuld oder Verantwortung für die eigenen Fehlleistungen, glänzt die politische Klasse der Bundesrepublik vollkommen fleckenlos in der Sonne, sodass es Zeit wurde, dem Rest der Welt goldene Lehren zu erteilen. Wobei Heiko Maas sich mal wieder in unübertrefflicher Manier hervorgetan hat, als er den USA einen „Marshallplan“ zum Wiederaufbau ihrer Demokratie nach den dunklen Trump-Jahren angeboten hat. Deutsche Patrioten werden sich nach dieser diplomatischen Höchstleistung zum ersten Mal in ihrem Leben darüber gefreut haben, dass unser Land im Laufe der Jahrhunderte so klitzeklein geworden ist. Das erhöht die Chance, dass Amerikaner, die erkunden wollen, wo diese Lachnummer herkam, uns auf der Weltkarte gar nicht finden.

Und wir können noch mehr: Während die Amis von uns lernen, wie Demokratie geht, bringen wir den Israelis gleich noch den Rechtsstaat bei. Den haben die nämlich nicht, weiß Reiner Haseloff, nur deshalb können die auch viel schneller impfen als wir. So was hat er wirklich gesagt.

Während wir also die frohe Botschaft von Demokratie und Rechtsstaat in die bedürftige Welt posaunen, hebt bei uns die Debatte über eine (also doch?) „Impfpflicht“ und den „totalen Lockdown“ an. Gleichzeitig präsentiert uns die Regierung ein neues „Anti-Hass-Gesetz“ zur weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit. Kein Fußbreit denen, die da ein bisschen „radikal“ werden! Aber ein klein wenig verstehen kann man sie doch.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Alexander Wendt beobachtet in seinem Blog „publicomag“ (6. Januar) als Reaktion des Impf-Desasters einen interessanten Wechsel in der Argumentation von Bundesregierung, EU und deren medialer Unterstützer:

„Alle bisherigen Corona-Maßnahmen wurden damit begründet, es ginge darum, Menschenleben zu retten. Dieses Ziel könne und dürfe nicht mit materiellen Gütern aufgewogen werden. Wie sich jetzt herausstellt, sind Güter die höchsten Güter nicht, das Leben aber irgendwie auch nicht. Sondern ... die Verhinderung des sogenannten Impfnationalismus und die strikte Bewahrung des EU-Gleichschritts unter besonderer Beachtung der Sparsamkeit an einer völlig absurden Stelle.“

Nachdem eine befreundete Schauspielerin wegen der Lockdown-Folgen für sie in den Freitod ging, denkt der Autor und Filmregisseur Tom Bohn in der „Welt“ (8. Januar) darüber nach, was die Politik Deutschland und unserem Kulturleben antut – und fragt sich, warum:

„Ein Kollege nannte es vor Kurzem: das leise Sterben. Unsere Gesellschaft verliert gerade ihre Seele – und merkt es noch nicht einmal. In der Politik zählt nur Anderes: zielgerichtetes Durchgreifen, harte Maßnahmen, Zügel anziehen. Dass dies längst nicht nur zum Wohle der Allgemeinheit, sondern auch im Hinblick auf eine mögliche Kanzlerkandidatur und die Bundestagswahlen geschieht, ahnen inzwischen nicht nur die Feinsinnigen.“

Roger Letsch sieht die Besetzung des US-Kapitols als Folge eines Versagens der politischen Klasse beider großen Lager, wie er in seinem Blog „Unbesorgt“ (7. Januar) schreibt:

„Die Unfähigkeit beider Seiten, in den vergangenen zwei Monaten den dringend nötigen Prozess der Vertrauensbildung einzuleiten, hat die Vereinigten Staaten in diese unmögliche Lage gebracht. Nach dem gewaltsamen Eindringen in den Kongress deutet leider nichts darauf hin, dass sich das Karussell des Misstrauens bald langsamer drehen wird. Man hatte auf der einen Seite auf die „Kraft der Massen“ und auf der anderen Seite auf die „Heiligkeit der Institutionen“ und die Legitimität jeder ihrer Handlungen vertraut. Beides hat sich als Illusion erwiesen, die der ganzen Welt noch teuer zu stehen kommen wird.“

● **WORT DER WOCHE**

„Dass die Regierenden die Vorfälle im Kapitol zum Anlass nehmen, die Dringlichkeit ihrer Gesetzesverschärfung zu betonen, untermauert den Eindruck, ihnen gehe es in erster Linie darum, die Freiheit der Meinungsäußerung einseitig zu beschneiden.“

Ramin Peymani, in seinem Blog „Liberaler Werte“ (11. Januar) zum geplanten, verfassungsrechtlich äußerst umstrittenen „Anti-Hass-Gesetz“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de



Sonderveröffentlichung
Preußische Allgemeine Zeitung
Freitag, 15. Januar 2021 – 1,00 €

PAZ-SPEZIAL

150 Jahre Nationalstaat

Vergöttlichung des Kaisertums:
Von 1877 bis 1890 schuf Hermann
Wislicenus in der Goslarer Kaiserpfalz
ein imposantes Wandgemälde,
in dem er den Hohenzollern-Kaiser
Wilhelm I. und den Thronfolger
Friedrich Wilhelm (später Friedrich III.)
in die Tradition der römisch-deutschen
Kaiser stellte

Eine Reichsgründung und ihre Folgen

Am 18. Januar 1871 wurde Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser ausgerufen. Dieser Tag
gilt als Geburtsstunde des modernen deutschen Nationalstaates.
Betrachtungen über die damaligen Ereignisse und deren Bedeutung für unsere Gegenwart

150 Jahre Reichsgründung

18. JANUAR 1871

IN DIESER BEILAGE

Ein deutscher Mythos

Herfried Münkler über die Bedeutung des 18. Januar 1871 in der deutschen Geschichte
[Seite 2](#)

Das Kaiserreich und wir

Christoph Nonn fragt nach den Parallelen zwischen dem Staat Otto v. Bismarcks und der Bundesrepublik
[Seite 3](#)

Bismarcks ewiger Bund

Oliver F. R. Haardt widmet sich in einer neuen Studie dem Verfassungsaufbau des Kaiserreichs
[Seite 4](#)

Der vergessene Monarch

René Nehring erinnert an König und Kaiser Wilhelm I. sowie dessen Bedeutung für die Ereignisse um 1871
[Seite 6](#)

Kein Abschied von Österreich

Eberhard Straub erinnert daran, dass nach 1871 die Kulturnation größer war als der deutsche Nationalstaat
[Seite 7](#)



PAZ-SPEZIAL

Eine Sonderveröffentlichung der
Preußischen Allgemeinen Zeitung

IMPRESSUM

Redaktion: René Nehring (Chefredakteur und V.i.S.d.P.) **Bildredaktion:** Manuela Rosenthal-Kappi, Harald Tews
Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Geschäftsführer: Dr. Sebastian Husen
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.
Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.
Internet: www.paz.de
E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Ein deutscher Mythos

HERFRIED MÜNKLER

Die Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm zum deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles ist im Kollektivgedächtnis der Deutschen, wenn überhaupt, heute nur noch durch das monumentale Bild Anton von Werners präsent. Werner hat das Geschehen in drei Fassungen gemalt, der Schlossfassung, der Zeughausfassung und der Friedrichsruher Fassung, von denen nur letztere erhalten ist. Die beiden anderen wurden im Krieg zerstört. Die Geschichte der drei Bilder kann als symbolisch für die Geschichte des Reichs angesehen werden: Katastrophen, Untergänge und Vernichtung haben seinen Weg begleitet. Immerhin: Die erhaltene Friedrichsruher Fassung ist von Wilhelm I. als die „offizielle Fassung“ der Kaiserproklamation bezeichnet worden. Sie zeigt auf der linken Seite den vom Kronprinzen und dem Großherzog von Baden und einer dicht gedrängten Gruppe von Würdenträgern flankierten Wilhelm sowie rechts Bismarck und Moltke, den politischen Konstrukteur des Reiches und den militärischen Planer der „Reichseinigungskriege“, hinter ihnen Offiziere, die ihre Säbel und Tschakos zum Vivat nach oben gerissen haben. Zivilisten, Bürger und einfaches Volk sind nicht zu sehen. Sie hätten zu der Zeremonie auch keinen Zutritt erhalten. Man hat das militärische Gepränge der Kaiserproklamation später als Symbol für den „militaristischen Charakter“ des Reichs bezeichnet.

Geburtsstunde mit Komplikationen

Tatsächlich fand am 18. Januar 1871 in Versailles nur die Kaiserproklamation und nicht etwa die Reichsgründung statt. Die nämlich war bereits am 1. Januar als Verwaltungsakt erfolgt – ohne Zeremoniell und Feierlichkeiten, denn fast alle, die dabei eine Rolle hätten spielen müssen, befanden sich bei den Truppen in Frankreich, wo der Krieg ja noch fortdauerte. Es war indes nicht nur die Abwesenheit der „Celebrities“ aus Berlin, die zur Reichsgründung als unspektakulärem Verwaltungsakt geführt hatte, sondern auch eine Reihe politischer Dilemmata standen einer großen Zeremonie entgegen: Wilhelm lehnte den vorgeschlagenen Titel „Deutscher Kaiser“ ab, und der von ihm präferierte Titel „Kaiser von Deutschland“ war staatsrechtlich problematisch. Die Lösung in Versailles bestand darin, dass der Großherzog von Baden, der ranghöchste der anwesenden Herrscher, ein Hoch auf „Kaiser Wilhelm“ ausbrachte. Aber das war noch das geringste Problem der Reichseinigung: Man hat sie hernach gern als deutsche Nationalstaatsgründung bezeichnet, aber formell handelte es sich dabei um einen Fürstenbund, den die regierenden Oberhäupter miteinander geschlossen hatten.

Das Reich war ein materiell schwaches Gebilde, denn die Steuern blieben weiterhin Länderangelegenheit, und auch ein deutsches Militär gab es nicht. Es gab vielmehr ein preußisches, ein bayerisches, ein sächsisches und ein württembergisches Heer, mit denen das Reich dann in den Ersten Weltkrieg zog. Nur die Kriegsmarine war Reichsangelegenheit. Die politischen Klammern dieses kuriosen Konstrukts waren der Kaiser, der Kanzler und der Reichstag. Regiert wurde das Reich

durch den Kanzler mit Hilfe von Staatssekretären. Minister und Ministerpräsidenten gab es nur auf Länderebene. Ein solches Gebilde war auf Symbolik und mediale Präsenz angewiesen; die Herrschaft Wilhelms II., des Enkels, wurde dem entsprechend zu einer großen Selbstinszenierung. Aus heutiger Sicht war das modern. Das politische Problem war, dass Viele den Schein für die Wirklichkeit nahmen. Staatsrechtlich ein Scheinriese, bezog das Reich seine Macht aus ökonomischer Potenz und militärischer Kompetenz. Selbstsicher ist es auf dieser Grundlage nie geworden.

Moderner Nationalstaat versus altes Reich

Mindestens zwei konkurrierende Mythen kämpften um die Identitätsmarkierung des Reichs: Auf der einen Seite standen die bürgerlich-liberalen Kreise, von denen die Reichsgründung als nachholende Nationalstaatsbildung der Deutschen beschrieben wurde, und auf der anderen Seite jene, die das neue Reich in die Tradition des alten Reichs stellten und dabei vor allem die sächsischen, salischen und staufischen Kaiser herausstellten, wobei die Idee eines fiktiven Legitimitätstransfers von den Hohenstaufen zu den Hohenzollern eine zentrale Rolle spielte. Die Idee des Nationalstaats kam nicht ohne demokratische Partizipation aus, weswegen hier der Reichstag, immerhin auf der Grundlage eines allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrechts zusammengesetzt, die zentrale Rolle spielte, wohingegen im Mythos des Legitimitätstransfers das Haus Hohenzollern im Mittelpunkt stand und die Geschichte Preußens vom Großen Kurfürst über Friedrich den Großen bis zur angeheirateten Königin Luise das Charisma bereitstellte, das den Vorrang der Hohenzollern gegenüber den Wittelsbachern, Wettinern, Welfen und allen anderen deutschen Herrscherhäusern begründete. Unter günstigen Umständen konnten beide Mythen sich gegenseitig verstärken, was die meiste Zeit ja auch der Fall war. Aber in schwierigen Lagen standen sie zumeist gegeneinander, wie im Spätherbst 1918, als der Kaiser ging und die Nation blieb.

Im Rückblick kann man das als das Wunder des Hohenzollernreichs beschreiben, das ja nicht einmal ein halbes Jahrhundert Bestand gehabt hatte: Es zerfiel nicht in die Teile, aus denen es in der staatsrechtlichen Konstruktion eines Fürstenbundes zusammengesetzt worden war, und auch die Rivalitäten zwischen Süd- und Norddeutschen oder Rheinländern und Altpreu-

In schwierigen Lagen standen die Idee des Nationalstaats und der Reichsmythos zumeist gegeneinander, wie im Spätherbst 1918, als der Kaiser ging und die Nation blieb



Kaum noch im Kollektivgedächtnis der Deutschen vorhanden: Die Ausrufung Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser am 18. Januar 1871. Im Bild die erhaltene Friedrichsruher Fassung des Gemäldes von Anton von Werner

ßen, die vor der Reichsgründung immer wieder eine Rolle gespielt hatten, konnten nicht die Zentrifugalkräfte entfalten, die das Nationalprojekt auch hätten beenden können. Der Zerfall Jugoslawiens zu Beginn der 1990er-Jahre hat gezeigt, wie prekär Nationalstaatsbildungen auf bundesstaatlicher Grundlage sind.

Das Erstaunliche an der Bismarckschen Reichsgründung ist, dass dieses Reich 1918 das Verschwinden des Kaisers und die klägliche Rolle des Reichskanzlers, also Wegfall oder Versagen von zwei der drei Klammern, überstanden hat. Die Erfahrung des Weltkriegs, die Erinnerung an den industriellen Aufstieg und die kulturelle Zusammengehörigkeit dürften für den Zusammenhalt eine wichtige Rolle gespielt haben. Dennoch war keineswegs sicher, dass das auf so vielen Kompromissen begründete Reich den Zerfall seiner institutionellen Struktur überleben würde. Zumindest in dieser Hinsicht erwies sich Bismarcks Konstruktion als Erfolgsprojekt.

Demokratische Vorgeschichte

Es gab freilich auch eine politische Vorgeschichte zur Reichsgründung, die bei der Abdankung des Kaisers viel zum nationalen Zusammenhalt beigetragen hat – und das waren die Revolution von 1848, die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, die dort ausgearbeitete Verfassung und die Entscheidung des Paulskirchenparlaments, den Hohenzollern in Berlin und nicht den Habsburgern in Wien die Kaiserkrone anzutragen – also die Entscheidung für die kleindeutsche Lösung. Das war eine Entscheidung für die Nation und gegen ein Vielvölkerreich mit deutschsprachiger Mehrheit. Friedrich Wilhelm IV. hat die ihm von den Abgeordneten der Paulskirchenversammlung angetragene Kaiserkrone jedoch abgelehnt, weil sie ihn an die demokratische Legitimation gefesselt hätte. Sein Bruder Wilhelm I. hat die Krone, wenn auch zögerlich, angenommen, weil sie ihm, was Bismarck fein eingefädelt hatte, von den deutschen Fürsten und namentlich von deren vornehmstem, vom bayerischen König Ludwig II., angetragen wurde. So glaubte er, der demokratischen Legitimation entkommen zu sein. Tatsächlich folgte Bismarcks Projekt den von der Paulskirchenversammlung vorgezeichneten Spuren. Eigentlich tauschte er nur die Überbringer der Nachricht aus. Und er vertraute darauf, dass das in den Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich vergossene Blut Wilhelm verpflichtete, die Krone anzunehmen.

Das ist die tiefere Wahrheit des Umstands, dass von den drei Fassungen der Kaiserproklamation, die Anton von Werner gemalt hat, nur die von Friedrichsruh überlebt hat: Auf ihr steht Bismarck im Zentrum, und alle anderen sind um ihn herum gruppiert. Was geschieht, ist letzten Endes sein Werk. Er hat die Fäden des Geschehens in der Hand behalten, und seine Pläne sind aufgegangen – auch und gerade in machtpolitischer Hinsicht. Der in der Literatur gern als „Urpreuße“ bezeichnete Bismarck hatte begriffen, dass das durch den glücklichen Ausgang von Kriegen zur europäischen Großmacht aufgestiegene Preußen auf Dauer die ihm zugefallene Rolle nicht würde spielen können, sondern dass es dazu „eingedeutscht“ werden musste. In der Vergangenheit ist viel darüber debattiert worden, ob mit der Reichsgründung von 1871 nun Deutschland „borussifiziert“ worden oder aber Preußen in Deutschland aufgegangen sei. Diese Frage ist kaum – oder nur von Fall zu Fall – zu entscheiden, denn das Preußen nach dem Wiener Kongress, zu dem auch das Rheinland und ehemalige Teile Sachsens gehörten, war ein anderes als das seines Aufstiegs vom Großen Kurfürsten bis Friedrich dem Großen. Es war selbst bereits erheblich „eingedeutscht“. Karl Marx und Friedrich Nietzsche waren preußische Staatsbürger – bis sie es vorzogen, als Staatenlose zu leben. Wie viele andere hatten sie nichts gemein mit dem Ideal bzw. Klischee des preussischen Junkers, der als Offizier seinem König diene.

Preußen ist bereits vor dem 18. Januar 1871 in Deutschland aufgegangen. Und auch davor schon hat es Deutschland seinen Stempel aufgedrückt. In dieser Hinsicht war der 18. Januar 1871 nur der Stichtag in einer lange währenden Entwicklung.

● **Prof. Dr. Herfried Münkler** war bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Büchern gehören u.a. „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2008) und „Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918“ (2013, beide Rowohlt).
www.rowohlt.de

FOTO: PA

150 Jahre Reichsgründung

VON CHRISTOPH NONN

Vor 150 Jahren wurde das deutsche Kaiserreich gegründet. Seit seinem Ende in der Revolution von 1918 schwankt seine Beurteilung von einem Extrem ins andere. Während der vier Jahrzehnte, die auf seinen Untergang folgten, galt das Kaiserreich vielen als „gute alte Zeit“. Schließlich hatten die Deutschen zwischen 1871 und 1914 eine bis dahin beispiellos lange Zeit ohne kriegerische Verwicklungen genossen, in der es wirtschaftlich beständig bergauf gegangen war. Wer das miterlebt hatte, der dachte in einer Ära der Weltkriege und Wirtschaftskrisen wehmütig daran zurück.

Erst mit dem Ende des Wiederaufbaus und dem Durchbruch des „Wirtschaftswunders“ Ende der 1950er Jahre überstieg der Wohlstand wieder den, der am Vorabend des Ersten Weltkriegs erreicht gewesen war. Etwa gleichzeitig stellte sich die zweite deutsche Demokratie, die Bundesrepublik, im Gegensatz zum Weimarer Experiment als dauerhaft stabil heraus. Jetzt rückte die autoritäre politische Struktur des Kaiserreichs, sein Mangel an Parlamentarismus, seine Klassengesellschaft in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Aus der „guten“ wurde eine „schlechte alte Zeit“. Zudem fragten die Deutschen nun verstärkt nach den historischen Wurzeln des Nationalsozialismus und fanden sie nicht zuletzt im Kaiserreich.

Heute lebt niemand mehr, der die Zeit vor 1914 noch bewusst miterlebt hat. Selbst die Zahl der Zeitzeugen des Nationalsozialismus schrumpft rapide. Mehr als hundert Jahre nach dem Ende des Ersten und fünfundsechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist das historische Urteil über das Kaiserreich differenzierter geworden. Die Beschäftigung mit ihm taugt kaum noch als Positiv- oder Negativfolie, die dem Heute vorgehalten wird, sie eignet sich wenig zur Diskreditierung der Gegenwart oder zur Legitimation von Zukunftsentwürfen. Ein entspannterer Umgang mit der Zeit von 1871 bis 1918 ermöglicht es aber mittlerweile, jenseits von solcher Geschichtspolitik aus Parallelen zwischen damals und heute Schlüsse zu ziehen.

Außenpolitische Parallelen

Auf den ersten Blick hat zwar die heutige Bundesrepublik mit dem Kaiserreich wenig gemeinsam. Es lassen sich aber durchaus einige Parallelen zwischen der damaligen Zeit und der Gegenwart ausmachen. Die wohl offensichtlichste dieser Parallelen ist eine außenpolitische. Sie ergibt sich aus der Rolle, die Deutschland nach 1871 in Europa spielte. Mit dem Deutschen Reich entstand damals eine hegemoniale Macht in der Mitte des Kontinents. 1990 hat sich die Geschichte wiederholt. Durch die Wiedervereinigung wurde die Bundesrepublik das Schwergewicht der Europäischen Union und ist es bis heute noch mehr geworden. Deutschland rückte damit, ob man das nun begrüßt oder nicht, zu einer *Global Player* nicht allein in wirtschaftlicher, sondern gleichermaßen in politischer Hinsicht auf. Auch das geschah nach 1871 schon einmal.

Sogar die Umstände, die diese Konstellation entstehen ließen, waren ähnlich. Die Reichsgründung von 1871 war keine ausschließlich deutsche Angelegenheit. Andere Europäer in anderen Ländern haben dazu, dass sie möglich wurde, ebenfalls ganz wesentlich beigetragen – durch das, was sie taten, oder auch durch das, was sie unterließen. In dieser Hinsicht gibt es ebenfalls Parallelen zwischen 1871 und der Vereinigung von 1990. In beiden Fällen stand eine angelsächsische Weltmacht dem Einigungsprozess wohlwollend gegenüber. In beiden Fällen war die östliche Flügelmacht Europas, Russland, anderweitig und vor allem mit sich selbst beschäftigt. Die zwei wichtigsten anderen europäischen Mächte – Frankreich und Österreich 1871, Frankreich und Großbritannien 1990 – lehnten die deutsche Einigung zumindest anfangs eher ab, ohne sie freilich verhindern zu können. Sie arrangierten sich dann aber wenigstens teilweise – wie Österreich nach 1871



Symbol der staatlichen Kontinuität zwischen dem Kaiserreich und der Bundesrepublik: Der von Paul Wallot erbaute Reichstag in Berlin

Foto: bpk images

Das Kaiserreich und wir

Mehr als hundert Jahre nach dem Ende der Monarchie in Deutschland ist die Beurteilung der Zeit zwischen 1871 und 1918 entspannter geworden. Das eröffnet die Möglichkeit für eine Betrachtung der erstaunlichen Parallelen zwischen dem Reich und der Bundesrepublik

und Frankreich nach 1990 – mit dem neuen deutschen Nationalstaat in der unmittelbaren Nachbarschaft, sodass aus argwöhnischen Nachbarn bald enge Freunde wurden.

Noch in einer anderen Hinsicht waren Reichsgründung wie Wiedervereinigung keine spezifisch deutsche Sache. Sie waren vielmehr Teil eines Prozesses der Bildung von Nationalstaaten, die ganz Europa erfassten. Während des 19. Jahrhunderts veränderte der Kontinent durch die Gründung von insgesamt elf neuen Staaten grundlegend sein Gesicht. Mehr als die Hälfte dieser Gründungen fand in den 1860er und 1870er Jahren statt. Die Entstehung des Deutschen Reiches lag chronologisch wie geographisch dabei im Zentrum, und es war der größte der neuen Nationalstaaten – aber beileibe nicht der einzige. Auch die zweite deutsche Einigung Anfang der 1990er Jahre war wieder Teil eines europäischen Prozesses: Abermals bildeten sich in einem Schub ein Dutzend Nationalstaaten neu, als der Ostblock und mit ihm einige seiner Mitgliedsländer zerfielen.

Internationale Verflechtungen

Modellcharakter für die deutsche Politik nach 1990 hatte das Konzept der außenpolitischen „Saturiertheit“ des Reiches, die Bismarck seit 1871 verkündete. Nach dem Vorbild des ersten Reichskanzlers damals schloss auch die politische Führung des wiedervereinigten Deutschland ausdrücklich und demonstrativ jede weitere territoriale Expansion aus. Nach 1871 wie 1990 wurde auf diese Weise den Nachbarn die Angst vor dem neuen politischen und wirtschaftlichen Schwergewicht in der Mitte Europas genommen. Der Verzicht des neuen Kolosses im Zentrum des Kontinents auf aggressive Machtpolitik wirkte jeweils international entkrampfend. In der Folgezeit trug noch weiter zur Entspannung bei, wie bereitwillig sich Deutschland nach 1871 wie nach 1990 in wachsende politische und wirtschaftliche Verflechtungen einbinden ließ, ja diese selbst anregte.

Auf längere Sicht wurden die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Verflechtungen

allerdings teilweise auch zur Belastung für die internationalen politischen Bindungen. Denn Deutschland, zum wichtigsten Umschlagplatz für den Warenaustausch auf dem europäischen Kontinent geworden, nutzte diese Schlüsselstellung auf Kosten seiner Nachbarn aus. Unter Bismarck ging das Deutsche Reich 1879 zu einer Politik hoher Schutzzölle über. Diese Politik war in vielfacher Hinsicht fragwürdig. Sie trübte die Beziehungen zu anderen europäischen Staaten, vor allem zu Russland, das auf Agrarexporte nach Deutschland angewiesen war. Sie verhinderte eine wirtschaftliche Arbeitsteilung auf dem Kontinent, die letztlich allen zugutekam. Und sie behinderte sogar die Weiterentwicklung der deutschen Industrie. Mit rationaler Wirtschaftspolitik hatte das alles nichts zu tun. Bismarcks Motiv war vielmehr, den landwirtschaftlichen Interessen durch Zollschutz einen Dienst zu erweisen und sich so ihrer Unterstützung zu versichern.

Auch darin kann man manche Parallelen zur heutigen Situation erkennen. Das deutsche Kaiserreich betrieb eine nationalegoistische Wirtschaftspolitik zum einseitigen Schutz der deutschen Landwirtschaft vor Agrarimporten. Das erwies sich für die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches zu seinen europäischen Nachbarn als nachteilig. Heute betreibt die Bundesrepublik Deutschland eine nationalegoistische Wirtschaftspolitik zur einseitigen Förderung der deutschen Exporte. Bei der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik, bei der Finanzierung der Energiewende und in vielen anderen Bereichen wird die deutsche Exportwirtschaft auf Kosten der Verbraucher und des Binnenmarkts bevorzugt. Das hat zwar die Zahl der Arbeitsplätze erhöht. Die soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik ist dadurch allerdings beträchtlich angewachsen. Vor allem aber führt es zu gewaltigen Außenhandelsüberschüssen. Damit hat Deutschland sich nicht eben Freunde in Europa gemacht – ähnlich wie durch die Hochschutzzollpolitik in der Zeit Bismarcks. Ökonomisch war das ein zweischneidiges Schwert. Genauso wie

die Begünstigung der heute zentralen exportindustriellen Interessen.

Innenpolitische Versuchungen

In der Innenpolitik sind die Parallelen weniger offensichtlich. Anders als in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik lag das Machtzentrum im Kaiserreich beim Monarchen und dem von ihm ernannten Kanzler. Der demokratisch gewählte Reichstag war zwar ein zunehmend populäres Forum der Nation, aber nur mit beschränkten, vor allem negativen Kompetenzen ausgestattet. So konnte er der Regierung das Geld verweigern. Das nutzten die Parlamentarier, um die Interessen ihrer Klientel zu befriedigen und selbst Einfluss auszuüben. Politische Verantwortung übernehmen mussten sie nicht. Auch die Wähler gewöhnten sich daran, letzten Endes die Regierung für alles verantwortlich zu machen. Das Kaiserreich wurde deshalb zu einer Schönwetterautokratie: Als Frieden, Wohlstand und Wirtschaftswachstum im Ersten Weltkrieg endeten, waren auch die Tage seiner politischen Existenz gezählt.

Die Bundesrepublik hat eine andere Verfassungsstruktur. Doch weil parlamentarische Demokratie eine Dauerbaustelle ist, ist auch in ihr die Versuchung für Parteien und Wähler groß, statt der Übernahme von Verantwortung in Politik und Zivilgesellschaft allein mit anklagendem Finger auf „die da oben“ zu deuten. Wenn eine solche Mentalität die Überhand gewinnt, kann das gegenwärtige System sich leicht als Schönwetterdemokratie entpuppen – und in einer krisenhaften Situation ein vergleichbares Ende wie das Kaiserreich finden.

● **Prof. Dr. Christoph Nonn** ist Professor für Neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu seinen Büchern gehören u.a. „Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert“ (2015) sowie zuletzt „12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871 bis 1918“ (2020, beide C.H. Beck).

www.geschichte.hhu.de

Auf den ersten Blick hat zwar die heutige Bundesrepublik mit dem Kaiserreich wenig gemein. Es lassen sich aber durchaus einige Parallelen zwischen der damaligen Zeit und der Gegenwart ausmachen

150 Jahre Reichsgründung

Ein Kaisertum ohne starkes Monarchenamt

Über die verfassungsmäßige Stellung des Kaisers im Deutschen Reich von 1871 und seine Abhängigkeit von der Macht Preußens sowie dessen Ministerien, Streitkräften und sonstigen Behörden

VON OLIVER F.R. HAARDT

Als das Deutsche Reich 1871 ins Leben trat, umgab den neuen Nationalstaat der Anschein eines Fürstenbundes. Dieser Eindruck entstand ganz wesentlich durch die besondere Stellung, die die Reichsverfassung dem Kaiser gab. Die Verhandlungen zur Vereinigung der deutschen Einzelstaaten hatten auf Drängen Bismarcks darauf verzichtet, den Kaiser zu einem Reichsmonarchen zu machen. Stattdessen war der preußische König in der Proklamationszeremonie von Versailles zu einem *primus inter pares* des Bundes der regierenden Fürsten erklärt worden. Was genau hieß das aber? Welche Rechte und Pflichten waren mit dieser Stellung verbunden? Und wie unterschieden sie sich von denen eines echten Monarchen?

In der Exekutive gewährte die Verfassung dem Kaiser äußerst weitgehende Befugnisse. So unterstand ihm die gesamte auswärtige Gewalt. Er vertrat das Reich völkerrechtlich, konnte Verträge mit anderen Staaten eingehen, Gesandte beglaubigen und empfangen und im Namen des Reiches Frieden schließen und Krieg erklären. Um Letzteres zu tun, brauchte er allerdings die Zustimmung des Bundesrates, außer im Falle eines direkten Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten. Auch die Personalgewalt lag ganz in seinen Händen. Er ernannte, vereidigte und entließ alle Reichsbeamten, inklusive des Kanzlers. Laut Verfassung war er somit Kopf der nationalen Verwaltung und Chef des einzigen Amtsträgers, den sie zur Übernahme von Regierungsaufgaben vorsah. Das gab dem Kaiser die Möglichkeit, durch die Besetzung der jeweiligen Schlüsselpositionen den Kurs der Exekutive in allen Bereichen maßgeblich mitzubestimmen. Im Rahmen der sogenannten Reichsaufsicht überwachte er außerdem die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder, informierte den Bundesrat gegebenenfalls über Unregelmäßigkeiten und setzte von diesem beschlossene Gegenmaßnahmen um. Verletzte ein Einzelstaat seine verfassungsmäßigen Pflichten schwer und verhängte der Bundesrat deshalb eine Reichsexekution, durfte der Kaiser Strafmaßnahmen bis hin zu einer militärischen Intervention durchführen. In der Legislative waren seine Rechte dagegen sehr viel begrenzter. Alles, was ihm hier zustand, war, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen sowie Gesetze auszufertigen und zu verkünden. Die Verfassung beschränkte seine Rolle in der Gesetzgebung also auf rein formale Funktionen.

Vollzugsgewalt beim Bundesrat

Dieses Set an exekutiven und legislativen Rechten machte den Kaiser zwar zu einer wichtigen Figur innerhalb des Regierungssystems, aber nicht zu einem Monarchen des Reiches. Während es in der politischen und rechtlichen Diskussion der Zeit durchaus umstritten war, was genau eine konstitutionelle Monarchie aus-

machte, „so gilt doch von allen Monarchien“, wie der deutsch-österreichische Rechtswissenschaftler Georg Jellinek in seiner *Allgemeinen Staatslehre* zur Jahrhundertwende resümierte, „dass alle staatlichen Funktionen ihren Ausgangspunkt und daher auch ihren Einigungspunkt im Monarchen haben“. Für den Kaiser galt das weder in der Exekutive noch in der Legislative. Trotz seiner Dominanz in allen auswärtigen und Personalangelegenheiten ruhte die Vollzugsgewalt grundsätzlich beim Bundesrat. Das machte die Verfassung zum Beispiel dadurch deutlich, dass sie das klassische Regierungsvorrecht, das Parlament auf-

Reichsgesetze kamen allein durch die übereinstimmenden Mehrheitsbeschlüsse von Bundesrat und Reichstag zustande. Für den Kaiser war keine gleichwertige Rolle im legislativen Prozess vorgesehen

zulösen, der Länderkammer übertrug. Dem Kaiser gab sie lediglich ein Zustimmungsrecht. An der Gesetzgebung beteiligte sie ihn überhaupt nicht gestalterisch. Reichsgesetze kamen allein durch die übereinstimmenden Mehrheitsbeschlüsse von Bundesrat und Reichstag zustande. Für den Kaiser war keine gleichwertige Rolle im legislativen Prozess vorgesehen.

Wie limitiert die Stellung war, die die Verfassung ihm gab, wird deutlich, wenn wir bedenken, welche Rechte ihm im Vergleich zu einem monarchischen Souverän fehlten. Als Referenzpunkte bieten sich die beiden Institutionen an, die aufs Engste mit seinem Amt beziehungsweise dessen Entstehungsgeschichte verflochten waren: das Königtum in Preußen, mit dem der Kaiser in Personalunion verbunden war, und das Kaisertum der Frankfurter Paulskirche, das gewissermaßen als sein historischer Vorgänger allen Parteien bei den Verhandlungen über seine verfassungsrechtliche Position vor Augen stand. Die preußische Verfassung von 1850 erklärte unmissverständlich, dass „dem Könige allein [...] die vollziehende Gewalt“ zustehe. Der Verfassungsentwurf der Frankfurter Nationalversammlung ging sogar noch einen Schritt weiter. Er be-



Architekt des Kaiserreichs und Konstrukteur eines Monarchenamts, das ganz auf Preußen zugeschnitten war: Der preußische Ministerpräsident und erste Reichskanzler Otto v. Bismarck. Im Bild das Gemälde „Fürst Bismarck am Bundesratstisch, eine Rede haltend“ von Anton von Werner (um 1888)

Foto: bpk images

150 Jahre Reichsgründung

stimmte, dass „ueberhaupt [...] der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maaßgabe der Reichsverfassung“ habe und „ihm als Träger dieser Gewalt [...] diejenigen Rechte und Befugnisse [zustünden], welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen“ seien. Eine solche Generalermächtigung, die den Kaiser zum Kristallisationspunkt der Exekutive erklärt hätte, kannte die neue Reichsverfassung nicht. Außerdem stand sowohl dem preußischen König als auch dem Kaiser der Paulskirche das allgemeine Verordnungsrecht zu, also die Befugnis, in allen Regierungsfeldern Dekrete zur Ausführung der Gesetze zu

Bundesrat und Reichstag beschlossene Gesetze zu obstruieren. Darüber hinaus hatte er anders als sein Frankfurter Vorläufer oder sein preußischer Alias auch nicht das Recht, Gesetzesentwürfe in den legislativen Prozess einzubringen.

Kein Würdenträger aus eigenem Recht

Der wichtigste „Gegensatz [...] gegen das Monarchenrecht“ bestand aber gar „nicht in dem verschiedenen Maße der Machtbefugnisse“, wie Paul Laband in der fünften Auflage seines *Staatsrechts* nach Jahren der Beobachtung unterstrich, sondern „in der Verschiedenheit des Rechtsgrundes“, auf dem das Kaiseramt beruhte. Der

machte sie es allen anderen regierenden Fürsten des Reiches unmöglich, jemals dessen Amt zu beanspruchen. Dadurch sicherte das Kaisertum die Hegemonie, die die preußische Monarchie über Deutschland auf dem Schlachtfeld gewonnen hatte, staatsrechtlich ab. Die Untrennbarkeit des Kaiseramtes und der preußischen Krone ergab sich dabei nicht nur aus dem, was die Verfassung festlegte, sondern auch aus dem, was sie nicht regelte. Im Gegensatz zur Frankfurter Reichsverfassung verlor sie kein einziges Wort über die Modalitäten der Erbfolge und die Regeln für eine mögliche Abdankung oder Regentschaft. Es galten daher die jeweiligen Bestimmungen, die das

Auszeichnungen monarchischen Landesherren vorbehalten waren, konnte er sie nur als König von Preußen vornehmen. Um ausdrücklich auf die ganze Nation bezogene Ehrungen durchführen zu können, schuf Wilhelm I. deshalb wenige Monate nach der Reichsgründung in Erinnerung an die Einigungskriege per Allerhöchster Ordre eine neue Version der III. und IV. Klasse des Königlich Kronen-Ordens. Dieses kreuzförmige Abzeichen verlieh der König von Preußen an einem weißen, sechs Mal schwarz gestreiften Ehrenband, das durch seine roten Seitenränder an die Reichsflagge erinnerte. Ein besseres Sinnbild für die doppelte Identität des Kaisers hätte es kaum geben kön-



Auch in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung hatte das Amt des Deutschen Kaisers im Vergleich zu anderen Monarchien weniger Kompetenzen. Das Bild zeigt die „Reichstagsöffnung im Weißen Saal des Berliner Schlosses durch Wilhelm II., 25. Juni 1888“ (Gemälde von Anton von Werner, Öl auf Leinwand, 1893)

Foto: bpk images

erlassen. Genau wie das Recht, den Reichstag zu eröffnen, legte die Verfassung von 1871 dieses klassische Vorrecht eines konstitutionellen Monarchen nicht dem Kaiser, sondern dem Bundesrat bei.

In der Legislative war der Unterschied noch deutlicher. Die preußische Verfassung bestimmte, dass „die gesetzgebende Gewalt [...] gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt“ werden und die „Uebereinstimmung“ aller drei Organe „zu jedem Gesetze erforderlich“ sein sollte. Dementsprechend konnte der König jeden ihm missliebigen Gesetzesbeschluss blockieren. Er hatte also ein absolutes Veto. Die Frankfurter Reichsverfassung machte den Kaiser im Gesetzgebungsverfahren zwar nicht ganz so stark, gab ihm aber zumindest das Recht, legislative Beschlüsse zu verzögern und so eine abermalige Verhandlung zu erwirken. Erst wenn der Reichstag ein Gesetz „in drei unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden unverändert gefaßt“ hatte, konnte der Kaiser ein solch suspensives Veto nicht mehr einlegen. Unter der Verfassung von 1871 stand dem Kaiser weder ein Veto der einen noch der anderen Sorte zu. Es gab keine Vorschrift, die es ihm ausdrücklich erlaubt hätte, einmal vom

Kaiser war kein Würdenträger eigenen Rechts. Anders als der Entwurf der Paulskirche definierte die Verfassung von 1871 kein eigenständiges Amt eines „Reichsoberhauptes“, das sie dem König von Preußen übertragen hätte. Vielmehr stand diesem das Präsidium des Bundes unter dem Titel eines „Deutschen Kaisers“ automatisch zu. Eine Kaiserwürde, die an ein unabhängiges nationales Amt gebunden war, gab es somit gar nicht. Der preußische König trug in seinen föderalen Funktionen kraft seines eigenen und nicht kraft eines gesonderten Amtes die Ehrenbezeichnung eines Kaisers. Es handelte sich dabei folglich nur um eine „Quasi-Amtswürde“, wie der Bonner Staatsrechtler und überzeugte Monarchist Philipp Zorn in Holtzendorffs Rechtslexikon kritisch anmerkte. Anders ausgedrückt: Als Teil des bündischen Scheins, in den Bismarck den neuen Nationalstaat hüllte, war das Amt des Kaisers eine bloße Verkleidung. Unter dem nationalen Gewand des Staatsoberhauptes steckte der König von Preußen. Um ein Monarch zu sein, fehlte dem Kaiser also nicht nur die eigene Krone, sondern auch die autonome Substanz.

Indem die Verfassung den Kaiser derart eng an den preußischen Thron band,

Als Teil des bündischen Scheins, in den Bismarck den neuen Nationalstaat hüllte, war das Amt des Kaisers eine bloße Verkleidung. Unter dem nationalen Gewand des Staatsoberhauptes steckte der König von Preußen. Um ein Monarch zu sein, fehlte dem Kaiser also nicht nur die eigene Krone, sondern auch die autonome Substanz

preußische Staatsrecht und die Hausgesetze der Hohenzollern für die Krone von Preußen festlegten. Nicht als Deutscher, sondern als Preuße bestieg der Kaiser den Thron, übergab er seine Amtsgeschäfte im Krankheitsfall einem Stellvertreter und reichte er seine Würde im Moment seines Todes an einen Nachfolger weiter. Sein Amt war demzufolge nicht viel mehr als ein „Akzessorium der preußischen Krone“, wie Laband auf den Punkt brachte.

Monarch ohne eigene Institutionen

Dieser Zubehörcharakter äußerte sich besonders deutlich darin, dass dem Kaiser bis auf seinen Titel keinerlei monarchische Ehren aus eigenem Recht zustanden. Im Gegensatz zu ihrem Pendant von 1849 richtete die Reichsverfassung weder eine kaiserliche Residenz noch eine Ziviliste ein. Auch einen eigenen kaiserlichen Hof gab es nicht. Für alle seine Aufgaben musste der Kaiser die entsprechenden preußischen Einrichtungen nutzen. Die im Zusammenhang mit seiner Amtsführung anfallenden Ausgaben übernahm die preußische Ziviliste, die deshalb im Laufe der Jahre mehrmals erhöht wurde. Noch nicht einmal eigene Orden oder Adelstitel konnte der Kaiser verleihen. Da die Stiftung und Zuerkennung solcher

Genau wie der Orden war das Kaiseramt mit den deutschen Farben dekoriert, aber preußisch im Kern. Das Staatsoberhaupt des Reiches war kein Kaiser, sondern ein Kaiser-König.

● **Dr. Oliver F. R. Haardt** ist Lumley Research Fellow in Geschichte am Magdalene College der Universität Cambridge. Zuvor studierte er ebenfalls in Cambridge am Trinity College Geschichte und promovierte 2017 unter Christopher Clark.

www.hist.cam.ac.uk

Der Text ist ein Auszug aus:



Oliver F. R. Haardt
Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs

944 Seiten mit 48 s/w Abbildungen, 16 Graphen und 1 Karte, wbg Theiss, ISBN: 978-3-8062-4179-2, 40 Euro

150 Jahre Reichsgründung

VON RENÉ NEHRING

Wilhelm I. ist ein historisches Phänomen. Obwohl das Leben des Monarchen – geboren 1797, gestorben 1888 – weitestgehend parallel zu dem ereignisreichen 19. Jahrhundert verläuft und in enger wechselseitiger Beziehung zu den Zeitläuften steht, und obwohl Wilhelm als König von Preußen der erste Kaiser des zweiten Reichs wird, umgibt ihn kein besonderer historischer Nimbus. Tragen andere Herrscher aus seinem Hause Beinamen wie der „Große Kurfürst“ Friedrich Wilhelm von Brandenburg oder wie der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. oder wie Friedrich II. „der Große“ oder auch nur der „Romantiker auf dem Throne“ wie Wilhelms I. älterer Bruder Friedrich Wilhelm IV., so ist in der historischen Überlieferung selbst bei interessierten Laien kaum eine Vorstellung vom Wirken dieses Monarchen bekannt. Auch das größte politische Ereignis in seinem Leben, die Kaiserkrönung in Versailles am 18. Januar 1871 – und damit der endgültige Aufstieg der Hohenzollern an die Spitze der deutschen Fürsten – wird gemeinhin nicht mit Wilhelm, sondern mit Otto v. Bismarck verbunden.

Wenn überhaupt, dann haben sich eher negative Wilhelm-Überlieferungen erhalten. Für die politische Linke ist er vor allem der „Kartätschenprinz“, der 1848 der Revolution den Garaus macht; und Konservative wie Liberale nehmen in der für sie maßgeblichen Einigungsfrage den König neben dem zupackenden Bismarck eher als wankelmütig wahr. Beides empfiehlt ihn nicht als Idol für politische Lager. Selbst die Geschichtsschreibung weiß wenig mit Wilhelm anzufangen; wenn er überhaupt auftaucht, dann zumeist als ein historiographischer Mitläufer zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Bismarck. Bezeichnend ist das Urteil Jürgen Angelows, dass Wilhelm „mehr Zuschauer als Akteur“ war und dass seine Leistung allenfalls darin bestanden habe, „in entscheidenden Momenten der Geschichte passiv geblieben zu sein und begabteren Köpfen den Vortritt gelassen zu haben“.

Ein Prinz mit konkretem Programm

Dabei zeigen seine Denkschriften und Korrespondenzen, dass Wilhelm alles andere als ein unpolitischer Kopf ist. Schon im Vormärz beteiligt sich der – seit dem Tode seines Vaters Friedrich Wilhelm III. und der Amtsübernahme seines kinderlosen Bruders Friedrich Wilhelm IV. im Juni 1840 zum Thronfolger und Prinz von Preußen ernannte – Wilhelm regelmäßig an den Debatten zum Tagesgeschehen. Konsequenterweise verteidigt er dabei nach innen die Vorrechte der Krone und fordert nach außen einen Machtgewinn Preußens.

Zu einem Schlüsselerlebnis wird die Märzrevolution 1848. Obwohl Wilhelm wenige Tage vor deren Ausbruch in Berlin von seinen militärischen Aufgaben entbunden wird, um ins Rheinland zu wechseln, und somit keine Befehlsgewalt über irgendwelche preußische Truppen hat, gilt er für die Revolutionäre schnell als Hassfigur, die für die Niederschlagung der Revolution verantwortlich gemacht wird. Bei Nacht und Nebel muss Wilhelm fliehen – und weiß von nun an, auf welch wackeligen Fundamenten die Monarchie ruht.

Interessanterweise flieht der vermeintlich reaktionäre Prinz von Preußen nicht an den Hof eines Verteidigers der alten Zeiten – etwa nach Petersburg, wo seine Schwester Charlotte als Kaiserin Alexandra Fjodorowna Gemahlin des Zaren Nikolaus ist –, sondern in die liberale Hochburg der damaligen Zeit – nach London. Dort trifft er regelmäßig den Gemahl der Queen Victoria, Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha, und bahnt die freundschaftlichen Beziehungen an,



Von der Geschichtswissenschaft bislang kaum gewürdigt: Der preußische König und spätere deutsche Kaiser Wilhelm I., hier in einem Porträt von Paul Bülow um 1880

Foto: bpk images

Der verkannte Monarch

Bis heute gilt Wilhelm I. als unpolitischer König, der eher zufällig, wenn nicht gar gegen seinen Willen Kaiser wurde. Dabei hat er sich seit seinen Tagen als Kronprinz aktiv am politischen Geschehen Preußens beteiligt

die später das Kaiserreich offiziell mit dem Vereinten Königreich unterhält. Schon in England fügt sich Wilhelm in die neuen Verhältnisse und fordert, jegliche Versuche zur Wiederherstellung der alten Ordnung zu unterlassen.

Liberaler Aufbruch

Zurück in Berlin empfängt der Prinz von Preußen – nicht zuletzt unter dem Einfluss seiner Gemahlin Augusta, die zu Goethes Zeiten am Weimarer Hof aufgewachsen war – eine Abordnung der Frankfurter Paulskirche, während sein Bruder Friedrich Wilhelm die Repräsentanten des ersten gesamtdeutschen Parlaments brüsk zurückweist. In der folgenden Reaktionszeit unter Ministerpräsident Otto Theodor v. Manteuffel steht er auf der Seite der Liberalen und wird trotz seiner Stellung als Thronfolger politisch kaltgestellt.

Als sich 1858 der Gesundheitszustand Friedrich Wilhelms IV. zunehmend verschlechtert und der Bruder letztlich auf seine Regierungsgewalt verzichten muss, wird Wilhelm zum Prinzregenten ernannt und leistet, obwohl formal nur Stellvertreter des Königs, einen Eid auf die Verfas-

sung, was Friedrich Wilhelm stets vermeiden hat. Damit erkennt Wilhelm die Verfassung als für das Geschlecht der Hohenzollern verbindlich an.

Konsequent läutet der Prinz von Preußen die Neue Ära ein mit dem Ziel, die bürgerlichen Freiheiten wieder stärker zu ermöglichen. Diese Ära ist jedoch vorbei, als Wilhelm glaubt, dass die Liberalisierung zulasten der überlieferten Rechte der Krone geht. Zur schicksalhaften Streitfrage wird die Heeresreform, in der der Prinz unter anderem eine Anhebung des Wehretats und der Wehrdienstzeit fordert. Wilhelm sieht die Weigerung des Parlaments, ihm die dafür erforderlichen Mittel zu bewilligen, als Angriff auf seine Rechte als Monarch. Entschieden lehnt er jeden Kompromissvorschlag ab und verschleißt darüber mehrere Minister, die zum Teil langjährige Weggefährten sind.

König von Preußen

Mit dem Tode Friedrich Wilhelms IV. 1861 wird Wilhelm König. Zum Zeichen der Bekräftigung der tief in einer Krise steckenden Monarchie krönt er sich im Oktober des Jahres in Königsberg als zweiter Ho-

henzollern-Monarch – nach Friedrich I. 1701 – selbst zum König von Preußen. Als sich die innenpolitischen Verhältnisse 1862 weiter festfahren, beruft er im September den Landtagsabgeordneten Otto v. Bismarck zum Ministerpräsidenten.

Bismarck gilt heute als derjenige, der von nun an in der preußischen Politik die Führung übernimmt. In einer Rede vor dem Abgeordnetenhaus erklärt er am 30. September 1862 unter anderem: „... nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut“. Im sich verschärfenden Verfassungskonflikt vertritt er im Januar 1863 die „Lückentheorie“, derzufolge die Verfassung keine Vorkehrung dafür treffe, dass die Parlamentarier unterschiedliche Auffassungen in der Budgetfrage hätten als der Monarch.

Schaut man sich jedoch die Äußerungen Wilhelms in jener Zeit an, stellt sich die Frage, wer hier wem folgt. So erklärt der König zur „Lückentheorie“ in einem Brief an den liberalen Oberstleutnant v. Vincke zu Olbendorf-Schlesien bereits am

2. Januar 1863, also gut vier Wochen vor Bismarck: „Wo steht es in der Verfassung, daß nur die Regierung Konzessionen machen soll und die Abgeordneten niemals??? (...) Das Abgeordnetenhaus hat von seinem Rechte Gebrauch gemacht und das Budget reduziert. Das Herrenhaus hat von seinem Rechte Gebrauch gemacht und das reduzierte Budget en bloc verworfen. Was schreibt die Verfassung in einem solchen Falle vor? Nichts!“

Und bereits im Mai 1849 schrieb Wilhelm an seinen alten Erzieher Oldwig v. Natzmer: „Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht. Ob die Zeit zu dieser Einheit schon gekommen ist, weiß Gott allein! Aber daß Preußen bestimmt ist, an

Die Forderung, dass die Hohenzollern an die Spitze der deutschen Fürsten treten müssten, zieht sich durch unzählige Briefe, Denkschriften und Reden des Monarchen seit seiner Kronprinzenzeit

die Spitze Deutschlands zu kommen, liegt in unserer ganzen Geschichte, – aber das Wann und Wie darauf kommt es an.“ Klingt dies nicht ganz so wie Bismarcks Rede von „Eisen und Blut“? Auf jeden Fall verdeutlichen diese – und unzählige weitere – Zitate, dass Wilhelm lange bevor Bismarck die Verantwortung für die Geschichte Preußens übertragen bekommt, deutlich Ziele formuliert, die in den folgenden Jahren umgesetzt werden.

Dies gilt vor allem für Wilhelms Auffassung von der Rolle Preußens in Deutschland. Die Forderung, dass die Hohenzollern an die Spitze der deutschen Fürsten treten müssten, zieht sich durch unzählige Briefe, Denkschriften und Reden des Monarchen seit seiner Kronprinzenzeit. Insofern kann davon, dass dieser König gegen seinen Willen Kaiser wurde, nicht die Rede sein. Zwar kritisiert Wilhelm noch am Abend vor seiner Ausrufung 1871, dass ihm das Kaiseramt kaum mehr erscheine als das eines „Charaktermajors“, doch meint dies eher die damit verbundenen geringen Kompetenzen und weniger das Amt an sich.

Das Verhältnis zu Bismarck

An der herausragenden Bedeutung Otto v. Bismarcks ändern derlei Erkenntnisse nichts. Der Ministerpräsident und spätere Reichskanzler bleibt der große Gestalter jener innen- und außenpolitischen Revolution, die die Gründung des Deutschen Reiches letztlich ist. Und doch muss angesichts der Aussagen Wilhelms und seiner – am Beispiel des Verfassungskonflikts gezeigten – Bereitschaft, in grundlegenden, seine Rechte als Monarch betreffenden Fragen nicht nachzugeben, bezweifelt werden, dass er all die politischen Umwälzungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur klagend ertragen hat.

Vielmehr spricht vieles dafür, dass Bismarck im Wesentlichen die grundlegenden politischen Vorstellungen seines Königs umsetzt und nicht zuletzt deshalb so viele Gestaltungsfreiräume erhält, weil der Monarch in ihm endlich jenen „Macher“ gefunden hat, der in der Tagespolitik das umsetzt, was er selbst seit Jahrzehnten an Zielen verfolgt.

150 Jahre Reichsgründung

Der geistige Raum der Nation

Nach der Reichseinigung von 1871 waren die politischen Grenzen Deutschlands andere als diejenigen des deutschen Kulturraums. Und doch rückte die Kulturnation enger zusammen als jemals zuvor

VON EBERHARD STRAUB

Am 20. Januar 1871 dankte Franz Grillparzer der Königin Augusta von Preußen, indessen deutsche Kaiserin, für deren Glückwünsche zu seinem 80. Geburtstag. „Also zuerst die Ehrfurcht vor der Kaiserin und Königin. Dann ist aber noch etwas, was hundertfältig in meinem Herzen widerklingt: die Tochter Weimars! Ja, Majestät! Dort ist trotz Main und Rheinlinien das wahre Vaterland jedes gebildeten Deutschen.“ Als solchen begriff sich der österreichische Schriftsteller weiterhin. Die „Reichsdeutschen“ konnten neue Grenzen ziehen und mit ihnen einen neuen politischen Raum einhegen. Das war betrüblich und bedenklich genug. Aber das wahre Vaterland, der deutsche Kulturraum, entzog sich solchen Eingriffen, wie er hoffte. Weimar lebte fort in der Sprache, im Wort, das Geist und Leben beisammenhält. Weimar war aber nicht nur ein heiliger Ort für Grillparzer. Bereits Goethe hatte aufmerksam und mit Sympathie das Wiedererwachen der Tschechen, der Kroaten, Serben und Ungarn beobachtet.

Vielfältige Zentren des Kulturlebens

Diese, im k.u.k.-Reich groß geworden, verehrten Goethe als Freund und Befreier. Den meisten Dichtern und Gelehrten, die sich darum bemühten, einen jeweiligen Volksgeist zu erwecken – übrigens meist mit Hilfe enthusiastischer Deutscher, die gerne auch Böhmen, Slowaken oder Ungarn wurden –, war gar nicht an einem vollständigen Bruch mit den Deutschen gelegen. Sie sahen die Vorteile, die ihnen die übernationale Monarchie im Einverständnis mit den deutschen Staaten bot – nämlich nur in dieser Kombination eine gewisse Weltgeltung zu gewinnen. Daran änderte sich auch nach 1871 nichts. Denn das Deutsche Reich blieb ja ein Verein deutscher Staaten, die ihre Verluste politischer Selbstständigkeit durch moralische Eroberungen, also kulturelle Eigenwilligkeit kompensieren wollten. Diese Absicht erleichterte es den „Reichsdeutschen“, die ja gar keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sondern Bayern, Hessen, Sachsen oder Preußen blieben, sich in das Reich als einem

Verband zu fügen, der in Vielfalt geeint weit davon entfernt war, in der Gleichheit der Lebensverhältnisse und des Denkens ein wünschenswertes Ideal zu vermuten.

Um 1900 unterschieden sich die Residenzstädte, aber auch die großen Handelsplätze wie Frankfurt, Leipzig oder Breslau erheblich voneinander, die alleamt eifersüchtig beobachteten, was sich in Berlin regte. Mochte das Reich von 1870/71 auch politisch geeint sein, kulturell glich es eher dem Italien der Stadtstaaten während der Renaissance. Dieses Deutschland der Städte und ungemein verschiedener kultureller Bestrebungen und Lebensformen zwischen Köln und Königsberg zog Europäer aus allen Himmelsrichtungen wegen seiner ungewöhnlicher Freiheiten an.

Vor allem aber entsprach die aufregende Unübersichtlichkeit im Deutschen Reich den Temperamenten in Österreich-Ungarn. Wien war die deutsche Weltstadt, doch im Laufe des 19. Jahrhunderts hatten sich Prag und Budapest ebenfalls zu europäischen Metropolen entwickelt, Graz und Innsbruck betonten eine bewusste Unabhängigkeit, Lemberg und Agram traten hinzu, und Triest blieb als Erbe Venedigs der wichtigste Hafen im Mittelmeer.

Diese Städte schauten nach Wien und Berlin, suchten jedoch zugleich engen Anschluss an die vielen kulturellen Zentren im deutschen Reich, die wie sie stolz auf ihre Eigenart waren. Was alle verband, das war die deutsche Sprache, eine Art Latein des 19. Jahrhunderts, eine Reichssprache für die Monarchie und die übrigen Deutschen, wo immer sie lebten. Sie war ein notwendiges Verkehrsmittel wie die Eisenbahn. Während der langen Epoche des Kaisers Franz-Joseph lernten sich die einzelnen Völker und die Deutschen insgesamt erst richtig kennen. Das führte zu Reibereien, die von Politikern betont und oft übertrieben wurden, aber auch zu einer bislang ungewohnten Nähe.

Die Bedeutung der Sprache

Denn die meisten Ungarn, Böhmen, Kroaten und so weiter lernten die Vorteile schätzen, die mit dem Gebrauch der deutschen Sprache und der Kenntnis anderer Umgangssprachen in Österreich-Ungarn verknüpft waren. Die „Reichsdeutschen“ sahen es nicht anders. Schließlich war die Donau-Monarchie ihr



In Wien geboren, in Berlin und Dresden uraufgeführt: Wie viele österreichische Intellektuelle überquerte auch der Schriftsteller Hugo von Hofmannsthal die nach 1871 entstandenen politischen Grenzen mühelos *Foto: bpk images*

zuverlässigster Verbündeter und Handelspartner. Das setzte damals noch voraus, Sprachen zu lernen, um sich mit einem potentiellen Geschäftspartner besser verständlich machen zu können.

Die Deutschen waren noch polyglott, wirkliche Europäer, und hatten eine Freude daran, in dem weiten Hinterland ihres Reiches keine Fremden zu sein. Diese Weitläufigkeit bewahrte sie vor Provinzialismus, und alsbald erkannten Skandinavier wie Russen, dass über deutsche Übersetzungen der Weg in die Weltliteratur führte. Die Deutschen in Österreich und Ungarn waren darauf bedacht, ihre Vorstellungen von der Aufgabe Österreichs den neuen Verhältnissen anzupassen, damit Deutschland in Europa und Mitteleuropa zusammen mit Österreich weiterhin als eine kulturelle Macht zu wirken vermochte. Die Nation konnte sich nicht auf einen politischen Staat beschränken, sondern sie blieb auf die Kulturnation angewiesen, die als solche andere Völker und Sprachen umfasste; jedoch nicht, um diese zu erdrücken, vielmehr um sie als regionale Sonderformen in größere Zusammenhänge zu rücken.

Franz Molnárs Komödien wurden über Wien und Berlin und die übrigen deutschen Theater zu Welterfolgen wie die Operetten seines Landsmanns Franz Lehár. Die Direktoren des Burgtheaters waren meist Reichsdeutsche, während in Berlin der Österreicher Max Reinhardt sein Bühnenimperium aufbaute. Der Münchner Richard Strauss, Generalmusikdirektor des preußischen Königs und deutschen Kaisers, ließ seine Opern mit samt den Libretti des Wiener Hugo von Hofmannsthal zuerst in Dresden aufführen. Eine kleinere Stadt biete ein aufmerksameres Publikum als in Wien oder Berlin, wo eine Sensation der nächsten folge und deshalb jede Konzentration verhindere, sich ernsthaft auf ein Werk zu einlassen.

Wegen des ungemeinen Erfolgs des „Rosenkavalier“ 1911 wurden erstmals Sonderzüge eingesetzt, um es sensationslüsternen Berlinern zu ermöglichen, in Dresden diese Wiener Farce schon zu sehen, bevor sie in Berlin ihre Premiere hatte. Hofmannsthal und Strauss veranschau-

lichten die ungebrochene deutsch-österreichische Einigkeit. Hofmannsthal, dessen Dramen zuerst in Berlin gespielt wurden, scharte um sich einen Kreis von Norddeutschen, den Bremer Rudolf Alexander Schröder, den Königsberger Rudolf Borchardt, den in Wiesbaden geborenen Eberhard von Bodenhausen oder den Berliner Harry Graf Kessler, mit dem zusammen er in Weimar die Dichtung des „Rosenkavaliers“ entworfen hatte. 1927 würdigte er in einer großen Rede in München das Schrifttum als geistigen Raum der Nation, den eigentlichen Lebensraum nicht allein der Deutschen, sondern aller gebildeten Mitteleuropäer, die als solche Anteil an der deutschen Kultur und Kulturnation hatten. Richard Strauss verließ 1919 Berlin und ging nach Wien. Der bayerische Preuze wurde zum bayerischen Österreicher und blieb doch, was er immer war – ein deutscher Meister.

Vielfältige Zentren des Kulturlebens

Zum geistigen Raum gehörte unbedingt die Wissenschaft. Es war im preußischen Kultusministerium Friedrich Althoff, den Wilhelm II. seinen „Napoleon der Hochschulpolitik“ nannte, der ab 1898 gemeinsame Konferenzen der deutschen Kultusministerien mit den entsprechenden österreichischen Beamten organisierte, um Österreich und das Reich als gemeinsames Reservoir für die „deutsche Wissenschaft“ als Inbegriff der Freiheit und ernster Wissenschaftlichkeit zu nutzen und die weitere Entwicklung der Universitäten zu koordinieren. Österreich bis hinab nach Siebenbürgen und hinüber nach

Czernowitz sowie das Deutsche Reich waren sich nie so nahe gewesen wie nach 1871. Zwar dienten die Reichsdeutschen von nun an nur noch selten in der k.u.k. Armee und waren kaum noch Hofräte. Aber sie reisten kreuz und quer durch „die Monarchie“, und Österreicher wie Ungarn tummelten sich überall „im Reich“ als Maler, Musiker, Studenten, Schauspieler, Professoren oder undefinierbare Genies. Das hatte Folgen bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Der Kult um Rilke und Kafka erreichte erst nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Höhepunkt. Wer nach und nach Thomas Manns Lübecker Bildungsbürgerromane nicht mehr gar so exquisit fand, hielt sich an Robert Musil und Hermann Broch oder schloss sich den „Heimitisten“ an, die sich mit Heimito von Doderers Romanen einem langwierigen Prozess der Austrifizierung unterzogen, den der Schriftsteller, dessen Vorfahren aus dem protestantischen Württemberg und aus Bayern kamen, selbst durchlaufen musste. Das untergegangene Österreich-Ungarn überlebte im deutschen Heimatfilm und in Schlagnern. In der Operette „Im weißen Rössl am Wolfgangsee“, 1930 in Berlin uraufgeführt, sind noch einmal sämtliche Klischees aus der Welt von gestern versammelt: die Alpenkulisse, resolute Madeln, prächtige Mundwerkburschen, Berliner Anwälte mit Gemüt, ein verträumter deutscher Professor und nicht zuletzt der Kaiser, der weise und gütig alles Ungeordnete wieder ins Lot bringt.

Heute ist in Deutschland und in Österreich die Welt von gestern vollständig vergessen. Mitten in Europa sind Deutsche und Österreicher Provinzler geworden, die behaupten, Europäer zu sein, ohne über ihre deutschen und mitteleuropäischen Wurzeln Bescheid zu wissen. Doch wie kann einer Europäer sein, der nicht einmal sich selber kennt?

● **Dr. Eberhard Straub** ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehört unter anderem „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014). www.eberhard-straub.de



Auch Rainer Maria Rilke gehörte – wie viele andere Prager Autoren – zu den führenden deutschen Intellektuellen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert *Foto: bpk images*

Österreich bis hinab nach Siebenbürgen und hinüber nach Czernowitz sowie das Deutsche Reich waren sich nie so nahe wie nach 1871

150 Jahre Reichsgründung

NACHLESE

Ein Reich und seine Geschichte(n)

Zum 150. Jahrestag der Reichsgründung erscheinen zahlreiche Bücher, die sowohl die damaligen Ereignisse als auch die folgenden Jahrzehnte in einem neuen Licht erscheinen lassen. Eine – keineswegs vollständige – kleine Übersicht



Geschichte eines Reiches

Versailles, 18. Januar 1871: Im Spiegelsaal des berühmten Schlosses der französischen Könige wird das deutsche Kaiserreich ausgerufen. Seine folgende Entwicklung war geprägt von immenser wirtschaftlicher Dynamik bei weitgehendem politischem Stillstand, demokratischen Lernprozessen und autoritärer Verkrustung, bahnbrechenden Sozialreformen und heftigsten sozialen Konflikten.

In zwölf Kapiteln, die jeweils von den Ereignissen eines bestimmten Tages ausgehen, beleuchtet Christoph Nonn diese faszinierend bunte Epoche und lässt die Menschen lebendig werden, die sie gestalteten und durchlebten. So etwa der Künstler Anton von Werner, der die Kaiserproklamation gleich mehrfach malte, Julie Bebel, die selbstbewusst in der Politik wie in der gemeinsamen Drechslerwerkstatt an die Stelle ihres Manns August trat, wenn der wieder einmal im Gefängnis saß, oder der Schuster Wilhelm Voigt, der als „Hauptmann von Köpenick“ eine Stadt zum Narren hielt und damit eine Nation zum Lachen brachte.

Christoph Nonn
12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871 bis 1918
C.H.Beck 2020, gebunden,
687 Seiten mit 16 Abbildungen
ISBN: 978-3-406-75569-9,
34,- Euro



Ein Feldzug und seine Folgen

Dieses Buch widmet sich dem Deutsch-Französischen Krieg und seinen Folgen für beide Seiten. Ebnete die Schlacht von Sedan im Spätsommer 1871 den Weg zur deutschen Kaiserproklamation, so markiert die Gefangennahme des Kaisers Napoleon III. nicht nur das Ende der französischen Monarchie, sondern auch den Niedergang der einstigen Grande Nation. Klaus-Jürgen Bremm legt mit dieser Arbeit eine umfassende Gesamtdarstellung und teilweise Neubewertung jener historischen Ereignisse vor. Ein Schwerpunkt ist dabei das militärische Geschehen – so werden die entscheidenden Schlachten wie Weißenburg, Wörth und Spichern, Metz und Sedan detailliert analysiert –, doch auch die Bedeutung der Propaganda und das Schicksal der Zivilisten werden in den Blick genommen.

Obwohl beide damals entstandenen Staaten – das deutsche Kaiserreich und die französische Dritte Republik – längst wieder aus der Geschichte verschwunden sind, sollte nach Meinung des Autors die Bedeutung des sogenannten „Einigungskrieges“ nicht unterschätzt werden.

Klaus-Jürgen Bremm
70/71. Preußens Triumph über Frankreich und die Folgen
wbG Theiss 2020, Hardcover mit Schutzumschlag, 336 Seiten mit 27 s/w Abb. und Karten, ISBN: 978-3-8062-4019-1
28 Euro



Würdigung eines Königs

Rund 30 Jahre herrschte Wilhelm I. (1797–1888) über Preußen, davon 17 Jahre über ganz Deutschland – und hinterließ in der Geschichte tiefere Fußspuren als weithin angenommen. Der Monarch, dessen Popularität im Lauf seines Lebens heftig schwankte, bewirkte einen tiefgreifenden politischen Umbruch in Preußen. Er stürzte sein Land in den Heeres- und Verfassungskonflikt und machte mit seinen Armereformen Preußens Siege in den deutschen Einigungskriegen überhaupt erst möglich. Bislang kaum bekannt ist, wie Wilhelm I. zunächst als Oberster Kriegsherr und dann als Deutscher Kaiser beträchtliche Wirkungsmacht entfaltete. Ohne sein Agieren wäre die preußisch-deutsche Geschichte in mancherlei Hinsicht anders verlaufen.

Robert-Tarek Fischer beschreibt in dieser Arbeit das bewegte Leben Wilhelms I. im Stil einer modernen, chronologisch strukturierten Biographie und fokussiert dabei auf jene Initiativen und Entscheidungen, mit denen Wilhelm I. Einfluss auf die Geschichte nahm. Das Buch zeichnet ein neues Bild des bislang unterschätzten ersten Deutschen Kaisers.

Robert-Tarek Fischer
Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser
Böhlau 2020, gebunden, 404 Seiten mit 12 farbigen und 13 s/w Abbildungen, ISBN: 978-3-412-51926-1, 27,99 Euro



Wege in die Moderne

Als der deutsche Nationalstaat 1871 die politische Bühne betrat, hatte das junge Kaiserreich gegenüber anderen Ländern einiges aufzuholen: Die einzelnen Regionen des Reichs mussten zusammenwachsen und eine gemeinsame Identität entwickeln. Auch unter den europäischen Großmächten wollte sich Deutschland behaupten – nicht zuletzt, indem es sich Kolonien in Afrika und Asien verschaffte.

Jens Jäger zeigt in seiner Arbeit, dass das Kaiserreich weit moderner war als heute gemeinhin angenommen: ein Nationalstaat, der an der Spitze des technischen Fortschritts stand und aktiv an der um 1880 beginnenden Globalisierung teilnahm. Schnelle Eisenbahn- und Schiffsverbindungen entstanden, die Kommunikationsnetze wurden ausgebaut – und die einstigen Kleinstaaten wuchsen rasch zu einer Nation mit gemeinsamem Selbstverständnis zusammen. Auch nach außen vernetzte sich das Kaiserreich. So bildeten sich in der Zeit zwischen 1871 und 1914 gesellschaftliche Strukturen heraus, die für die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert entscheidend sein sollten.

Jens Jäger
Das vernetzte Kaiserreich. Die Anfänge von Modernisierung und Globalisierung in Deutschland
Reclam 2020, gebunden mit Schutzumschlag, 259 Seiten mit 13 Abbildungen, ISBN: 978-3-15-011304-2, 22,- Euro



Szenen einer Ausstellung

Drei Kriege, drei Siege, eine Nation? In seiner Sonderausstellung „Krieg Macht Nation“ widmete sich das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden im vergangenen Jahr der 150. Wiederkehr der Gründung des Kaiserreichs.

Der Begleitband zeigt die Exponate der Ausstellung und beschreibt in begleitenden Essays, welche Ziele und Hoffnungen die Menschen von damals mit der Idee der Nation verbanden und welche Rolle Kriege dabei spielten. Ausgehend von den europäischen Revolutionen 1848/49 wird eine Epoche von ungeheurer Dynamik gezeigt, in denen Fabriken, Eisenbahnen, Telegraphen, Massenpresse und das Streben nach gesellschaftlicher Teilhabe den Alltag der Menschen verwandelten.

Dabei wird die Reichsgründung als ergebnisoffener Prozess erkennbar, den viele Menschen miteinander ausgehandelt und gegeneinander erkämpft haben. Über deutsche Perspektiven hinaus öffnet die Publikation den Blick für die Auswirkungen der Einigungskriege auf die damals unterlegenen Mächte Dänemark, Österreich und Frankreich.

Gerhard Bauer et. al. / Militärhistorisches Museum der Bundeswehr
Krieg Macht Nation. Wie das deutsche Kaiserreich entstand
Sandstein Verlag 2020, 432 Seiten mit 474 meist farbigen Abbildungen, ISBN: 978-3-95498-545-6, 48,- Euro

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de